

Reflexionen über den Krieg gegen die Ukraine - und Möglichkeiten seiner Beendigung

Paul Schäfer (Jan. 2023)

Gliederung:

- I. Verlauf des Krieges (Februar – Dezember 2022)
- II. Rekurs auf die ukrainische Geschichte und die Geschichte des ukrainisch-russischen Konflikts
- III. Die Entscheidung zum Krieg: Die Metamorphosen des Putin-Regimes
- IV. Anmerkungen zum Charakter des Krieges und seiner Dynamik
- V. Auswege? Sind Verhandlungslösungen in Sicht?

I. Verlauf des Krieges (Februar – Dezember 2022)

Der General und Militärhistoriker Carl von Clausewitz hat sich eingehend mit den Unwägbarkeiten des Krieges beschäftigt, mit den Friktionen, mit denen man nicht gerechnet hat, nicht rechnen konnte. Dass am Ende etwas Anderes herauskommt als in der Planung des Krieges ursprünglich angenommen oder intendiert wurde, gehört zu dieser historischen Erfahrung.

Was den am 24. Februar 2022 eröffneten Krieg des Putin-Regimes gegen das Nachbarland Ukraine betrifft, neigten viele Medienvertreter*innen, Politiker*innen, Wissenschaftler*innen zu der Annahme, dass die Ukraine nicht lange durchhalten werde. Das entsprach wahrscheinlich auch den Vorstellungen Wladimir Putins. Heute kann man den Eindruck gewinnen, dass Viele davon ausgehen, dass die Ukraine, der David also, den russischen Goliath militärisch besiegen könne. Ukrainische Offizielle fassen dafür das Frühjahr 2023 ins Auge. Ob die dafür herangezogenen Fakten – die hohen Verluste an Mensch und Material auf russischer Seite und die ausgehende Munition - zutreffen, können wir nicht abschließend beurteilen. Im Krieg überlagert die Kriegspropaganda alles. Bleiben wir bei dem, was wir nach dem bisherigen Verlauf des Krieges wissen.

Erste Etappe:

Am 24.2.2022 starten die russischen Streitkräfte heftige Luftangriffe auf ukrainische Großstädte und einem insgesamt großdimensionierten Einmarsch von drei Seiten (über Belarus Richtung Kiew, über die Nordgrenze Richtung Charkiw und über den Süden (Krim) Richtung Donbas. Die Anzahl der eingesetzten Kräfte, der Einmarschplan und das formulierte Kriegsziel der „*Entmilitarisierung und Entnazifizierung*“ lassen den Schluss zu, dass es der russischen Führung um zwei Ziele ging: a) die Erzwingung eines Regierungswechsels in Kiew,- d.h. die Einsetzung einer willfährigen neuen Regierung (regime-change) und b) die Etablierung einer unmittelbar kontrollierten Einflusszone im Süden und Osten des Landes, über deren Ausdehnung zunächst nichts bekannt ist. Die Herstellung einer Landverbindung zwischen der bereits annektierten Krim und Russland wird dabei als prioritär angenommen.

Das Ziel der Auslöschung ukrainischer Souveränität muss schon in dieser Phase als krachend gescheitert gelten. Aus der Eroberung der Hauptstadt Kiew in wenigen Tagen wurde nichts. Der unerwartet harte Widerstand ukrainischer Kräfte hat diese Absicht vereitelt. Zugleich wurden die eklatanten Schwächen der russischen Militärmaschinerie gnadenlos offengelegt. Über mehrere Tage sitzt eine 64 km lange Militärkolonne zwischen der russisch-ukrainischen Grenze und den Vororten Kiews fest. Militärisch gesehen ein worst case. Ein deutlicher Hinweis, der zeigt, dass Russland zwar seine

Waffenarsenale erheblich modernisieren konnte, wovon Putin ja schon seit Jahren schwärmt, aber die Truppe, in Bezug auf Motivation, Ausstattung und Führungs- und Kommunikationskapazitäten der kämpfenden Verbände in keiner guten Verfassung ist.

Dass sich das Putin-Regime bei der Entscheidung zum Krieg in jeder Hinsicht verkalkuliert hat, wird relativ rasch deutlich. Man unterschätzte die Entschlossenheit zum Widerstand in der Ukraine völlig und man hatte die Bereitschaft „des Westens“ zum ökonomischen und militärischen Engagement nicht auf dem Schirm. Wahrscheinlich hat man auch die breite Staatenmehrheit in der in der UN-Generalversammlung, die den Angriff verurteilte, nicht erwartet. Dass man den Beitritt nordischer Länder zur NATO nicht bedacht hat, ist nachvollziehbar: Vor Beginn des Krieges schien dies eher undenkbar. Es zeigt nur, wie oben angedeutet, dass man mit solchen Unwägbarkeiten rechnen muss, wenn man einen Krieg beginnt.

Zweite Etappe:

In der zweiten Etappe des Krieges, die Ende März beginnt, sehen wir das Abrücken der Streitkräfte, die schon die Vororte Kiews erreicht und die Hauptstadt fast umzingelt hatten, von diesem Schauplatz. Außenminister Lawrow kündigt an, dass man sich auf „*die Befreiung des Donbas*“ konzentrieren wolle. Und in der Tat findet eine Umgruppierung der bewaffneten Kräfte statt, die in eine Großoffensive im Südosten/ Osten des Landes einmündet. Die Vermutung liegt nahe (und wird durch ein Zitat eines führenden Generals in diesen Tagen unterstrichen) dass es um die Schaffung eines neuen, von Moskau kontrollierten Staatsgebiets geht, das weit über die von den Separatisten bereits besetzten „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ hinausgehen soll. Ob Russland damit die Vereinigung des alten „Neurusslands“ (Novorossja), von Charkiv über Cherson und Odessa bis zum russisch bestimmten Transnistrien meint, bleibt unklar.

Auch wenn Russland bei seinem Vormarsch einige Niederlagen erleidet – das Flaggschiff der Schwarzmeerflotte, die „Moskwa“, wird versenkt, die wichtige Schlangeninsel muss aufgegeben werden, erzielt die Aggressionsarmee beträchtliche Gebietsgewinne. Sie sind mit Ortsnamen wie Cherson, Mikolajew, Saporischschja, Mariupol (im Mai), Seweredonetsk, Lisitschansk (im Juni) verbunden. Was nicht gelingt, ist die Einnahme Charkivs - trotz heftiger Luftangriffe.

Dritte Etappe:

Seit Ende August verzeichnen wir ein kaum für realistisch gehaltenes Momentum ukrainischer Truppen, denen es gelungen ist, ein nicht ganz kleines Territorium, mitunter in der Tiefe von 35 bis 45 km, von weit über 100 Städten und Dörfern ist die Rede, zurück zu erobern (was man ursprünglich für unmöglich hielt). Diese Geländegewinne sind ein deutliches Zeichen, dass die Ukraine die russischen Truppen nicht zuletzt durch die modernen Waffen des Westens erheblich unter Druck setzen kann. Man muss in jedem Falle von horrenden Verlusten ausgehen – allerdings gilt dies für beide Seiten.

Das veränderte Kriegsszenario hat weitreichende Konsequenzen gezeitigt:

- Putin muss im September 22 eine *Teilmobilmachung* von ca. 300.000 Wehrpflichtigen anordnen, die die Lage in Russland selbst beträchtlich verändert: Die „Spezialoperation“ ist in der Wahrnehmung dort endlich angekommen und muss als Krieg wahrgenommen werden.
- Er verkündet die *Annexion* der vier Regionen Luhansk, Donez, Cherson, Saporischschja, die durch (Schein-Referenden) legitimiert werden soll. Der Aufbau russischer Verwaltungseinheiten ist in vollem Gange. Offenkundig geht es bei der Annexion auch darum, dass man die Fortsetzung des Krieges und seine Eskalation von da ab als „Verteidigungskrieg“ rechtfertigen kann.
- Russland leitet eine *neue Kriegsführung ein*, die zum einen auf stärkere Terrorisierung der Zivilbevölkerung (Kriegsverbrechen!) und auf die Zerstörung der ukrainischen Infrastrukturen setzt. Beides offensichtlich mit dem Ziel, den Willen der ukrainischen Gesellschaft zur

Selbstbehauptung möglichst noch diesen Winter zu brechen und die Führung des Landes zum Aufgeben (Abrücken von Rückeroberungszielen) zu zwingen. So wird durch Raketen-, Drohnen- und Artilleriebeschuss binnen einer Woche 1/3 der Kraftwerkskapazitäten der Ukraine zerstört und die Energieversorgung des Landes erheblich gefährdet.

Mit den in diesem Zeitraum eingeleiteten Maßnahmen des Kreml (v.a. Stopp von Gaslieferungen), die auf eine wirtschaftliche Rezession im Westen zielen und dem Versuch, eine neue Flüchtlingswelle zu provozieren, soll zugleich die Bereitschaft der Bevölkerungen in den mit der Ukraine verbundenen Staaten zur Solidarität untergraben werden.

Für die Beurteilung, inwieweit es einmal mehr um eklatante Fehleinschätzungen des Putin-Regimes geht, ist es noch zu früh. Aber es ist davon auszugehen, dass der noch weiter brutalisierte Krieg Hass und Widerstandsbereitschaft in der Ukraine eher steigern wird. Die Ukraine wird nicht so schnell klein beigegeben. Und die Allianz der Staaten an der Seite der Ukraine – NATO/EU und weitere – wird weiter daran festhalten, dass man alles Mögliche tun will, um Putins Kriegspläne zu durchkreuzen.

Zuletzt mussten russische Streitkräfte die Stadt Cherson und Umgebung räumen. Dieser Geländegewinn der ukrainischen Seite hat eine hohe Symbolkraft: Cherson, als erste Großstadt von der russischen Armee erobert, ist ein zentraler Knotenpunkt zwischen Odessa und Mariupol. Nördlich der Stadt befindet sich der gestaute Dnepr mit dem Wasserkraftwerk Kachowsk, das für die ukrainische Energieversorgung enorm wichtig ist. Ob noch vor dem Wintereinbruch mit einer neuen Offensive der Ukraine zu rechnen ist, wissen wir nicht. Auch ist unklar, ob ein frostiger Winter die Kriegshandlungen „runterdimmen“ wird, was allgemein angenommen wird. Dagegen spricht, dass die Ukraine ihr Momentum beibehalten will, über geeignete Winterausrüstung verfügt und es mit „Krieg in Russland“ gewisse historische Erfahrungen gibt.

Insgesamt ergibt eine nüchterne Betrachtung folgendes Bild: Es verbleibt ein großes Territorium, das die russischen Streitkräfte erobert haben, für dessen schnelle Wiedergewinnung die Ukraine eine enorme Streitmacht aufbieten müsste. Das ist kurzfristig ziemlich unwahrscheinlich. In der Sprache der Militärs: Russland hat trotz der bemerkenswerten operativ-taktischen Gewinne der Ukraine weiterhin strategisch die Oberhand – was die verheerenden Angriffe auf die gesamte Infrastruktur der Ukraine zeigen. Kurzfristig ist anzunehmen, dass beide Seiten erst einmal auf die Zuführung neuen Großgeräts und für deren Gebrauch ausgebildete Fachkräfte warten. Das gilt für die neu zu integrierenden Soldaten Moskaus wie für die im Westen derzeit ausgebildeten ukrainischen Truppenteile. Ob die jüngst wiederholten Aussagen Putins, dass man zu Verhandlungen grundsätzlich bereit sei, vor diesem Hintergrund nur darauf abzielen, Zeit zu gewinnen, oder ob sich mit Blick auf die hohen Verlusten der russischen Armee ein Einlenken andeutet, wissen wir gegenwärtig nicht. Dies in der nächsten Zeit diplomatisch auszutesten, sollte ein Gebot der Stunde für die Politik des Westens sein.

Russlands Potenziale realistisch einschätzen

Zu misstrauen ist jedenfalls allen Berichten, die von einer Erschöpfung der Reserven v.a. auf russischer Seite ausgehen. Das scheint weder bezogen auf das Personal (noch immer über 1,5 Millionen Wehrpflichtige) noch auf Kriegsmaterial der Fall zu sein. Allerdings weist der russische Sicherheitsexperte Boris Kagarlitsky darauf hin, dass man schon mit der Einbeziehung der Hälfte der neu eingezogenen Rekruten in die Armee an logistische und sonstige Grenzen geraten ist (Kagarlitsky 2022). Wegen der notorischen Geheimhaltung wissen wir zudem recht wenig über den Zustand des militärisch-industriellen Komplexes in Russland. Dabei spielt nicht zuletzt die Frage eine Rolle, ob und wie weit die Restriktionen bei den dual-use-Exporten (zivil und militärisch verwendungsfähige Technologien) der EU zu einer Beeinträchtigung der HighTech-Kriegsmaschine führen. Klar ist, dass die umfangreichen Sanktionen nicht zum Kollaps der russischen Wirtschaft geführt haben und auch nicht werden. Es handelt sich eher um eine Langzeitwirkung, die mit Sicherheit dazu führen wird, dass der Abstand Russlands zu den entwickelten Industriestaaten Einiges größer wird – nicht zuletzt wegen

des massiven Verlusts an HighTech-Knowhow und entsprechenden industriellen Kapazitäten. Hier ist auch der Hinweis auf den rapiden demographischen Niedergang des Landes angebracht. In den 90er Jahren war die Geburtenrate extrem niedrig. Und jetzt gibt es zusätzlich einen Exodus der Jungen und Gebildeten. Vor der Zwangsrekrutierung sollen bis zu 600.000 Männer im wehrfähigen Alter geflohen sein. Rosige Zukunftsperspektiven sehen anders aus.

Dass die zu erwartende große technologische Lücke und der wirtschaftliche Rückgang die Kriegsmaschinerie des Kreml stoppen könnte, ist eher unwahrscheinlich. Andererseits: Bei Großkriegen entscheidet die ökonomisch-technologische Basis mit darüber, wer durchhält und wer unterliegt. Russland kann, folgt man dieser Logik, eigentlich auf längere Sicht nur verlieren.

Kaschmir-Lösung?

Welche Perspektiven zu erwarten sind, ist schwer zu prognostizieren. Es hängt nicht zuletzt von den Kriegszielen Putins ab, die wir nicht völlig durchschauen können. Der US-amerikanische Sicherheitsexperte Anatol Lieven hat kurz vor der Einverleibung der vier Territorien geschrieben: „*Wenn Putin annektiert, droht eine Kaschmir-Lösung.*“ (Lieven 2022) Das ist keine völlig unrealistische Annahme. Das würde auf einen lang andauernden, bestenfalls halb eingefrorenen Konflikt hinauslaufen, der immer wieder von Kämpfen unterbrochen wird, ein *Zermübungskrieg* also, der von weiterem Wett-rüsten und ausgedehnter Ost-West-Blockkonfrontation, dem Kalten Krieg nach 1947 ähnlich, begleitet würde. ¹

Was als gesichert gelten kann: Russland kann die Ukraine nicht mehr unterwerfen. Andererseits ist zu bezweifeln, dass die Ukraine in der Lage sein wird, die besetzten Gebiete, möglicherweise sogar inkl. Krim, zurück zu erobern. Russland hat das Gebiet der ursprünglichen Kontaktlinie (nach Minsk-Abkommen) um das Vierfache erweitert. Das zurück zu kämpfen, ist nach militärischer Logik viermal so schwer, wie dieses Territorium zu verteidigen. Wie also soll das gehen? Andererseits sollte die Dynamik von Kriegen (siehe oben) nicht unterschätzt werden, die manchmal auch von Details abhängt (s. die Lieferung von Stinger-Raketen an die Mudjaheddin in Afghanistan in den achtziger Jahren).

An einem *Waffenstillstand*, der die Tür zu neuen Friedensverhandlungen öffnen würde, ist keine der beiden Seiten gegenwärtig interessiert. Russland hat wichtige Ziele kriegerisch erreicht, die Ukraine wird ihre inzwischen erreichten operativen Vorteile nicht aus der Hand geben wollen. Das sind wahrlich keine guten Aussichten. Trotzdem bleiben Handlungsoptionen:

Innengesellschaftliche Entwicklungen in Russland – man hat es bei der demoralisierenden und Wehrkraft eher zersetzenden Teilmobilmachung schon gesehen – werden immer wichtiger, wenn es um eine Wendung zum Frieden gehen soll. Hier ist der Hinweis von Kagarlitsky bedeutsam, dass sich hinter den Kulissen die Einsicht verbreite (auch unter Militärs), dass der Krieg eigentlich verloren sei und sich die Stimmen für Verhandlungen mehren. Schon dies spricht dafür, die „Winterzeit“ für diplomatische Initiativen zu nutzen (Ganser 2022). Darauf wird näher zurückzukommen sein.

¹ Die Provinz Kaschmir ist seit 1947 (nach dem britischen Abzug aus Indien) formal unabhängig, wird in Gänze von Indien beansprucht, das aber nur die Hälfte des Landes kontrolliert. Seitdem gibt es immer wieder Kampfhandlungen zwischen Indien und Pakistan, das den Norden und Westen der Region beherrscht. Eine Lösung des Problems und eine Überwindung der Zweiteilung, die beide Seiten nicht akzeptieren, ist auch nach über siebzig Jahren nicht in Sicht.

Die Gefahr nuklearer Eskalation

Die Frage nach Auswegen stellt sich auch deshalb so dringlich, weil der gegenwärtige Krieg, je länger er dauert, auch die Gefahr einer nuklearen Eskalation verschärft. Der Forschungsdirektor des European Council on Foreign Relations (ECFR) Jeremy Shapiro (Shapiro 2022) weist mit Recht darauf hin, dass die Gefahr zunimmt, Präsident Putin könne im Angesicht einer für ihn katastrophalen militärischen Niederlage zur Auslösung eines Atomschlags bereit sein. Und er hat auch Recht, dass man dieser Besorgnis Ausdruck verleihen muss statt sie zu verschweigen. Sie abzuweisen, damit man nicht erpressbar würde, ist auch wenig sinnvoll. Die Sorglosigkeit, mit der Hardliner im Westen die Frage der nuklearen Konfrontation behandeln, ist selber besorgniserregend. Die Frage bleibt dennoch, was aus der These folgt, dass alles getan werden müsse, um diese Katastrophe zu verhindern. Eins sollte klar sein: Es muss tatsächlich alles getan werden, um zu vermeiden, dass die NATO unmittelbar Kriegspartei wird. Diese bisherige rote Linie, die die rationalen Führungseliten in den USA und in der NATO sich zu eigen gemacht haben, gilt es strikt aufrecht zu erhalten.

Zum Zweiten sollten alle Redeweisen, dass man Russland ruinieren, das Land endgültig zu Boden werfen wolle etc., unterlassen werden. Ein drohender apokalyptischer Untergang Russlands würde die Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes aus Verzweiflung erheblich erhöhen.

Das heißt zum Dritten aber auch, dass man sich auf Kompromisse einstellen muss, die der russischen Seite einen Ausstieg aus dem Krieg leichter machen. Wahrscheinlich wird das auch in diskreten Gesprächen mit der Ukraine angesprochen.

Last not least: Über atomare Rüstungskontrolle und Abrüstung muss hier und heute vornehmlich zwischen den USA und Russland weiter geredet werden. Darauf sollten die Europäer entschieden drängen. Die Aussage, dass man mit dem Kriegsherren Putin nicht sprechen und verhandeln könne, ist nicht zielführend. Im Nuklearzeitalter muss man miteinander reden und auch Vereinbarungen treffen, um den schlimmsten Fall möglichst auszuschließen. Konkret: Die amerikanisch-russischen Gespräche über eine Verlängerung und Weiterentwicklung des New START-Vertrages, der 2026 ausläuft, sollten möglichst rasch beginnen und vor Ende 2024 – dem Zeitpunkt der nächsten US-Präsidenschaftswahl – zum Erfolg gebracht werden. Schließlich sollte nach der Erfahrung russischer Erpressungsversuche wieder stärker über verbindliche No First Use Vereinbarungen laut nachgedacht werden. Wie könnten verbindliche Regeln aussehen, die einen Ersteinsatz von Atomwaffen durch die A-Waffenmächte möglichst kategorisch ausschließen? Der bisherige Vorbehalt in den Militärdoktrinen der Atomsupermächte, dass man zwar den Ersteinsatz nicht wolle, aber im Falle einer existentiellen Bedrohung nicht ausschließen könne, ist unzureichend.

Andererseits darf in dieser Debatte nicht vergessen werden, dass es unklug wäre, dem russischen Präsidenten die Definitionsmacht über die Schwelle zum A-Waffeneinsatz zu überlassen. Wenn man sich nur davon leiten ließe, würde man dem Machthaber im Kreml, als dem „Skrupelloseren“, dem „Gewaltbereiteren“ ein Erpressungspotenzial an die Hand gegeben, das die Welt – auch weil es Nachahmer finden könnte - nicht friedlicher machen würde. Im Klartext heißt dies, dass man schlecht beraten wäre, in Ehrfurcht vor dem Drohpotenzial Putins zu erstarren. Man würde sich damit in den eigenen Handlungsmöglichkeiten weitestgehend einschränken. Nur zur Erinnerung: Schon seine Kriegserklärung verknüpfte Putin mit der Androhung nie gesehener Maßnahmen gegen diejenigen, die es wagen sollten, sich einzumischen. Hätte man also mit der praktischen Unterstützung der ukrainischen Verteidigung gar nicht beginnen sollen? Die Antwort lautet: Nein.

Es bleibt zu hoffen, dass die warnenden Erklärungen, die während des G-20-Gipfeltreffens in Bali von Joe Biden und Xi Jinping und dem Meeting selbst, Ende letzten Jahres abgegeben worden sind, in Moskau angekommen sind.

II. Rekurs auf die ukrainische Geschichte und die Geschichte des ukrainisch-russischen Konflikts

In den Debatten um die Ursachen des Krieges taucht gerade in der linken Community immer wieder der Aspekt auf, dass ein überbordender antirussischer Nationalismus der Ukrainer*innen wesentlich den russischen Staat herausgefordert habe und daher zur Erklärung des Krieges herangezogen werden müsste. Hinzugefügt wird, dass dieser extreme Nationalismus durch interessierte Mächte von außen gefördert und gegen Russland instrumentalisiert worden sei. Diese Annahmen sollten kritisch geprüft werden. Das setzt voraus, dass man sich – um eine seriöse Debatte zu ermöglichen – eingehender mit diesem „Nationalismus“, der viel mit ukrainischer Geschichte zu tun hat und der damit einhergehenden komplizierten Beziehung zwischen Russen und Ukrainern, auseinandersetzen muss. Dabei, so meine These, wird man nicht erst 2014, oder 2004, auch nicht 1991, sondern früher beginnen müssen.

Diese Auseinandersetzung scheint auch deshalb bitternötig, weil der Staat Ukraine hierzulande bisher nicht oder kaum wahrgenommen wurde. Der Osteuropa-Experte Karl Schlögel hat völlig zu Recht auf diese blinden Flecken aufmerksam gemacht, die die Wahrnehmung des „Ostens“ in der deutschen Öffentlichkeit weitgehend bestimmt haben.

„Besonders in Deutschland war man daran gewöhnt anzunehmen, dass sie (die Ukraine) irgendwie Teil Russlands, des „Russischen Reiches“ oder der Sowjetunion war und dass man dort eine Sprache sprach, die so etwas wie eine Unterart des Russischen sei.“ Er fährt fort: *„Die Ukraine blieb eine Leerstelle im Horizont, ein weißer Fleck, von dem allenfalls Beunruhigung ausging.“* (Schlögel 2015) Dass es bewaffnete Banden unter Führung Stepan Banderas gegeben hat, die an der Seite der Nazis gegen die Sowjetunion kämpften und bei der Judenverfolgung mitgewirkt haben, ist gerade in „linken Kreisen“ sehr bekannt und dieser Aspekt wird auch in der Betrachtung der Ukraine heute herangezogen. Wladimir Putin und seine PR-Abteilungen rücken dieses Thema auch immer wieder in den Fokus. Das sollte misstrauisch machen und den Ehrgeiz anstacheln, sich intensiver mit diesen geschichtlichen Hintergründen vertraut zu machen.

Wenn man sich dieser Mühe unterzieht, fällt schnell auf, wie sehr die Narrative auf russischer und ukrainischer Seite kontrovers und mythologisch aufgeladen sind. Einlassungen dazu finden sich nicht nur in der jeweiligen Historiker*innen-Zunft, auch die Staatsoberhäupter greifen gerne auf solche Erzählungen und ihre national geprägten Interpretationen zurück; die Geschichte wirkt in die Gesellschaften hinein.

Nun muss man nicht bis auf den Mythos des Kiewer Rus (900-1300 n.Chr.) zurückgehen. Es ist obsolet, dieses Kiewer Reich als russisch oder ukrainisch einzustufen - obwohl beide Seiten dies tun. Auf die damaligen Vielvölkerreiche, die von Adelsfamilien geführt wurden, passen die neuzeitlichen Kategorien nicht. Aber auf die sich in der Neuzeit entwickelnde „Nationalgeschichte“ der Ukrainer*innen in ihrem spannungsgeladenen Wechselverhältnis zum übermächtigen russischen Nachbarn wird man dennoch zurückgreifen müssen, um mehr Verständnis des gegenwärtigen Konflikts entwickeln zu können. Dies kann hier nur sehr cursorisch geschehen. Dabei geht es um eine zentrale These:

→ Das Charakteristische an der ukrainischen Geschichte ist die immer wieder verzögerte Nationalstaatsbildung, die in einem Zusammenhang mit der Kolonisierung dieses Raums und des Streits der verschiedenen Imperien um dieses Territorium gesehen werden muss. Ob man hier von andauerndem Kolonialismus sprechen sollte, mag strittig sein, nicht aber, dass es sich um eine Jahrhunderte währende Fremdbestimmung handelte, die sich erst Ende des letzten Jahrhunderts aufzulösen begann.

Ukraine = Grenzland

Ukraine heißt Grenzland. Es geht ursprünglich um die Trennlinie zwischen der sesshaften und der nomadischen Zivilisation im äußersten Osten Europas; es handelt sich, wenn man so will, um eine Verteidigungslinie an der Grenze zu den asiatischen Steppenvölkern und dem expandierenden osmanischen Reich. Später wird daraus die Kolonisierung der mittleren Ukraine und der fruchtbaren Steppengebiete nördlich des Schwarzen Meeres. Das stellt gewissermaßen den Kristallisationskern der ukrainischen Frühgeschichte dar. Charakteristisch sind eben die weitgehend offenen Grenzen dieses Raumes (osteuropäische Tiefebene), der eine natürliche Grenze erst im Westen an den Karpaten findet. Daher konnten Staaten leicht in diesen Raum eindringen; es ist ein immer wieder umkämpftes Territorium mit fließenden ethnischen Grenzen. Um diese Gebiete rangen mehrere Staaten, die sich im ausgehenden Mittelalter herausbildeten: Königreich Litauen-Polen, Russisches Zarenreich, die Habsburger, die im Westen großen Einfluss hatten (Lemberg), das Osmanenreich im Südwesten und jenseits des Schwarzen Meeres.

Ein Hinweis, der vielleicht nicht ganz unbedeutend ist: Die subalterne Stellung der Ruthenen (lateinischer Begriff für die ostslawischen Ethnien; die man später Kleinrussen und dann Ukrainer nannte), die den herrschenden Klassen der verschiedenen Imperien untergeordnet waren, hatte über Jahrhunderte hinweg die unangenehme Folge, dass sich bei Russen und Polen ein starkes Überlegenheitsgefühl gegenüber dem Bauernvolk der Ukrainer herausgebildet und verfestigt hat. Die umgekehrte Sichtweise gab es mit Beginn der Neuzeit besonders bei den westukrainischen Eliten, die konsequent nach Westen (=Europa) blickten, sich an Humanismus, Aufklärung und (west-) europäischer Kultur orientierten und die sich dadurch von den „unzivilisierten“ Völkern des Ostens absetzen wollten.

Beginn der Neuzeit – Beginn der ukrainischen Geschichte

Im großen russisch-ukrainischen „Historikerstreit“ spielt die Frage eine bedeutende Rolle, ob es überhaupt eine relativ eigenständige ukrainische Geschichte zwischen dem 16. und 20. Jahrhundert gegeben hat. Aber nach dem heutigen Stand der Forschung kann es daran keinen Zweifel mehr geben. Schon früh kam es zur Herausbildung eigener ukrainischer Traditionen (Bildung einer eigenen Volkssprache). Die Entstehung der Hetmanate der Kosaken im 16./17. Jahrhundert führte zur Bildung eigenständiger Institutionen, auf die sich Ukrainer*innen heute gerne berufen. Nur zur Erläuterung und sehr vergrößert: Die Kosaken waren ein Kriegervolk, das am Dnjepr siedelte, das bei der Kolonisierung der Steppengebiete links des Dnjepr (also östlich!) eine Rolle spielte, das von den imperialen Herrschern auch eingesetzt wurde, um diesen Raum gegen die Krimtataren (die mit dem Osmanischen Reich verbunden waren) zu verteidigen. Im russischen Narrativ wird dies schon mal auf den Topos „Räuberbanden“ verkürzt. Interessanterweise verkörperten diese „Kosaken-Republiken“ eine eigenartige Mischung aus straffer militärischer Organisation und „basis“-demokratischer Verfassung. Sie hatten eine demokratische Versammlung (rada), die die Aufgabe hatte, den Anführer, den Hetman zu wählen, ihn aber auch abwählen konnte. Diese Hetmanate hatten im 17. Jahrhundert eine nicht unbedeutende Bedeutung, auch weil sie in dieser Zeit enge Beziehungen zum intellektuellen und religiösen Zentrum in Kiew entwickelten. Charakteristisch sind die Versuche, sich eigenständig zu machen, eigene Rechte zu erkämpfen (Zaporozer Sic), was sich in mehreren Aufständen ausdrückte. Besonders zu erwähnen ist das Jahr 1648, als es einen Aufstand unter dem Hetman Chmelnyzkyi gegen den polnischen Adel gab, der vorübergehend Erfolg hatte. Beteiligt waren ehemals freie Bauern, die die Aufhebung der Leibeigenschaft forderten, aber auch Stadtbewohner, die mehr Rechte wollten. Für diese Zeit gilt – und es sollte ein Merkposten für spätere Phasen bleiben – dass sich die Kosaken immer wieder auf wechselnde Allianzen gestützt haben, um ihre Ziele zu erreichen, in denen sie aber in der Regel von den mächtigen Nachbarn für deren Zwecke instrumentalisiert wurden oder sich instrumentalisieren ließen.

Ein markanter Punkt ist dabei der Vertrag von Perejaslav aus dem Jahr 1654. Die Kosaken schworen den Treueid auf den Zar in Moskau, dieser wiederum schwor keinen Eid, sondern nahm diesen Akt entgegen. Damit war das Verhältnis von Herrscher und Vasall klar gestellt. Die russische Geschichtsschreibung sieht den Vertrag als Wiedervereinigung der zeitweilig getrennten Völker/Ethnien; die ukrainische Seite interpretiert den Vertrag als eine Übereinkunft zweier selbstständiger Entitäten, die dem Hetmanat bestimmte Rechte einräumen sollte.

Wie sehr dieses Ereignis immer noch das Geschichtsbild Russlands bis heute bestimmt, hat Wladimir Putin in seiner Rede an die Nation vom 21.2.2022 (Putin 2022 a.), festgehalten. Die Ukrainer waren immer „*unsere Leute*“, stellt er fest. „*Seit jeher nannten sie sich Russen, Orthodoxe.*“. Und er fährt fort: „*So war es vor dem 17. Jahrhundert, als sich ein Teil dieser Gebiete wieder mit dem Russländischen Staat vereinte, und so blieb es danach.*“. Was es wirklich mit Perejaslav auf sich hatte, kann man nachlesen bei Plokii (2022).

Man könnte jetzt noch Einiges über Iwan Mazepa, sagen, der 1687 zum Hetman gewählt und in der Ukraine heute sehr verehrt und als „Freund der Freiheit“ und Verteidiger der Rechte seines Volkes gerühmt wird. Sein Name ist mit der Schlacht von Poltawa 1709 verbunden. Da hatte er sich falsch entschieden und an der Seite des Schwedenkönigs Karl des XII. gekämpft. Es obsiegte Zar Peter der I. und damit war die endgültige Unterwerfung der Ukraine unter Russland besiegelt.

→ Und dies ist eben das zweite Charakteristikum der ukrainischen Geschichte: Die ca. dreihundert Jahre währende russische Vormachtstellung, die eine eigenständige Entwicklung des Landes beeinträchtigte.

Was bei diesem Ausflug in die Geschichte auffällt, ist - diese Erkenntnis ist nicht besonders originell - dass die nationale Frage immer eng mit der sozialen Frage verbunden ist. Mit Marx: Es geht immer auch um den Kampf der Klassen gegeneinander, miteinander. Natürlich gab es Teile der ukrainischen Ethnie, die sich den jeweiligen Adelsklassen (polnisch/russisch) andienten und assimilierten, aber das Gros der Bevölkerung stellten die abhängige Landbevölkerung, die frei werden wollte und die nach mehr Rechten strebenden Bürgerlichen in den Städten.

Diese Verknüpfung ist auch zu beachten, wenn wir über den Antisemitismus der Ukrainer reden, der gerne bis heute bemüht wird, um sich von der Ukraine abzusetzen. Die Besonderheit der Judenpogrome, die aber nicht nur auf ukrainisches Territorium zutrifft, kann nicht von diesen gesellschaftlichen Bezügen getrennt werden. Die Juden spielten oftmals eine Rolle als Verwalter, Pächter, Schankwirte, Steuereintreiber. Sie waren, wenn man so will, die Repräsentanten der Adels Herrschaft, denen die einfachen Leute unmittelbar gegenüberstanden. Sie taugten daher besonders als „Sündenböcke“ für wirtschaftliche Misere und soziales Elend. Bei den Judenpogromen 1905, die von der städtischen Unterschicht, Tagelöhnern und Beschäftigten des Eisenbahnbaus ausgehen, spielen zudem Konkurrenzbeziehungen der unteren Schichten eine Rolle. Bei den schlimmen Verfolgungen im Bürgerkrieg nach 1918 ff. geht es auch noch um politische Zuordnungen (Der Affront gegen jüdischen Bolschewismus auf der einen Seite, das Ressentiment gegen assimilierte Bourgeois auf der anderen).

Die Nationalbewegungen des 19. Jahrhunderts

Ohne Zweifel schließt die ukrainische Geschichte an die europäischen Entwicklungen im 19. Jahrhundert an. Die Rede ist von den beginnenden Nationalbewegungen, die sich in dieser Zeit in allen damaligen Imperien herausbildeten. Es waren eben durchweg Vielvölkerreiche, in denen ethnische Gruppen unterdrückt wurden (besonders in Schriftsprache und Hochkultur). Und es waren Intellektuelle, die die Führung einer kulturellen Erweckungsbewegung übernahmen. In der Ukraine ist dies mit dem Namen Taras Sevcenko, dem „Nationaldichter“ quasi, und der Universität Charkiv als Zentrum der Entdeckung von „Kleinrussland“ in Kultur und Schrift verbunden.

Dass diese Bestrebungen von der russischen Obrigkeit misstrauisch beäugt und von Repression begleitet wurden, versteht sich. Es sei als Beispiel nur der Innenminister-Erlass von 1863 (Russland) erwähnt, der ein Schriftenverbot enthält und den Unterricht in ukrainischer Sprache untersagte. Zitat: *„Eine eigene kleinrussische Sprache hat es nie gegeben, gibt es jetzt nicht und wird es nie geben. Der Dialekt, den das einfache Volk verwendet, ist russisch, nur verdorben durch polnische Einflüsse. Die russische Sprache ist den Kleinrussen genauso verständlich wie den Russen, ja sie verstehen sie sogar leichter als die sogenannte ukrainische Sprache. die jetzt für sie von einigen Kleinrussen und besonders einigen Polen ausgeheckt wird.“* (Kappeler 2022, S. 132). Dieser Verweis wirft auch ein Schlaglicht auf den seit Jahrhunderten währenden Sprachenstreit, genauer: die Unterdrückung der ukrainischen Sprache und Volkskultur. Dies sollte bei den heutigen von Russland ausgehenden Debatten über die schlimme Unterdrückung des Russischen in der Ukraine, einbezogen werden. Nur der Vollständigkeit halber: Der Zar sollte um die Jahrhundertwende Zugeständnisse machen und die ukrainische Literatur wieder zulassen; ein ukrainisches Bildungswesen wurde jedoch weiter verweigert.

Die Voraussetzung für die weitere Entwicklung einer ukrainischen Nationalbewegung war der Schub wirtschaftlicher und politischer Modernisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, der die damaligen Gesellschaften nachdrücklich veränderte. Wir reden hier über die Bauernbefreiung, über staatliche Reformen in Russland und Österreich etwa nach 1860 (Herausbildung von Verfassungsstaaten mit bestimmten bürgerlichen Rechten und Freiheiten) und der rasch einsetzenden Industrialisierung. Gerade dieser Umbruch hatte den Schwerpunkt in der südlichen Ukraine, in der Steinkohle und Erze gefördert und die Produktion von Eisen und Stahl aufgenommen wurde. Eine Besonderheit dabei: Diese Industrialisierung wurde vornehmlich getragen von russischen Industriellen und einer russisch geprägten Arbeiterschaft, die demzufolge ukrainischen Bewegungen skeptisch gegenüberstanden. Dies ist ein Zusatzfaktor, der die „verzögerte“, „nachholende“ Identitätsbildung der Ukrainer*innen erklärt.

So wird man für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg konstatieren müssen, dass die Ukrainer vor allem ein Bauernvolk waren, das in seiner Mehrheit noch aus Analphabeten bestand. Umso erstaunlicher, dass sich nationalrevolutionäre Bewegungen rasch ausbreiteten: Im Jahre 1900 gründeten revolutionäre Studenten in Charkiv die Revolutionäre Ukrainische Partei und die russische Revolution von 1905 erfasste in erheblichem Masse das Land: Da sind die Aufstände der Bauern, Streiks der Industriearbeiter, die Revolte der Soldaten, die in dem legendären Eisenstein-Film „Panzerkreuzer Potemkin“ festgehalten ist. Dabei ist wichtig anzumerken, dass sich in den Großstädten die Mehrheit der Bevölkerung als „russisch“ definiert; dies gilt ebenso für die Industriearbeiterschaft im Südosten und auch für einen beträchtlichen Teil der staatlichen Elite. Die enge Verknüpfung ergibt sich nicht zuletzt aus der Bedeutung der Ukraine für die wirtschaftliche Entwicklung des Zarenreiches. Fast 20 % der Industrieproduktion Russlands von 1914 kommt aus dem Südosten der Ukraine. Noch bedeutender ist allerdings der Landwirtschaftssektor. Die Hälfte des Getreide-, und 90 Prozent des Weizenexports Russlands kamen in diesem Jahr aus der Ukraine. Ein Drittel der Anbaufläche Russlands war ukrainisch, 40 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion fand dort statt. Diese Entwicklung war die Basis für das nach Weltgeltung strebende zaristische Russland.

Krieg und Revolution 1914-1921

Nach dem bisher Geschriebenen stellt sich natürlich die spannende Frage: Warum gelang es den Ukrainern nicht, nach dem Ende des 1. Weltkriegs einen eigenen Staat zu gründen, wie dies an vielen anderen Orten passierte? Als die Vielvölkerimperien zerbrachen, erfolgte eine breitere Nationalstaatsbildung, die zu neuen Staaten der Tschechen, der Polen, der Litauer, der Rumänen führte. Warum nicht die Ukraine? Hier stoßen wir wieder auf ein Grundmuster, das die ukrainische Frage seit Jahrhunderten prägte. Die „ukrainische Frage“ wurde im Ersten Weltkrieg und in der unmittelbaren Folgezeit internationalisiert. Österreich, Russland blieben misstrauisch gegenüber den Ukrainern und

versuchten jegliche Unabhängigkeitsbestrebungen zu unterdrücken. Auch Deutschland hatte außer an Rohstoffausbeutung wenig Interesse an der Ukraine. Trotz dieser extrem schwierigen internationalen Konstellation entwickelt sich im Zuge des Krieges das Aufbegehren der Ukrainer*innen und das Bestreben nach Eigenständigkeit: 1917 stellt sich der ukrainische Zentralrat (Rada), bis dato eher russisches Vollzugsorgan, als wichtiger Gegenspieler der Provisorischen Regierung auf (Zeit der Doppelherrschaft: Der Regierung Kerenski stand der Petrograder Sowjet gegenüber) und erklärt am 10. Juni 1917 die Autonomie der Ukraine: Die „Ukraine sei frei“, heißt es da. Die Provisorische Regierung in St. Petersburg erkannte diesen Schritt de facto an, verwies aber auf die geplante Verfassungskgebende Versammlung, die zu einer endgültigen Lösung des Problems kommen sollte. Die Veränderungen im Sommer 1917 waren beachtlich. Angeführt von dem Bauernverband Narodnaja Wolja ereignet sich quasi eine Agrarrevolution; die erst im April 1917 gegründete Ukrainische Sozialrevolutionäre Partei wird in kürzester Zeit zur führenden Kraft des Landes. Zur Illustration kann das Ergebnis der Wahlen im November 1917 herangezogen werden:

Die Bolschewiki, deren Programm viel Sympathie fand, erhielten 10 Prozent, in den Städten ca. 25 %. Die Sozialrevolutionäre erreichten in den vier Kerngouvernements rund 70 Prozent. Die Oktoberrevolution bringt natürlich eine radikale Veränderung dieser Konstellation mit sich. Die Rada in Kiew will mit den Bolschewiki zusammenarbeiten – als Teil einer Russischen Föderation. Dies wiederum wird von den Bolschewiki abgelehnt, die von Charkiv aus Aufstände gegen die ukrainische Interessenvertretung organisieren. Die Rote Armee erobert am 8. Februar 1918 Kiew. Am 9.2.2018 unterzeichneten die Mittelmächte (Deutschland, Österreich) einen Separatfrieden („Brotfrieden“) mit der Ukraine, die damit als unabhängiger Staat anerkannt wurde. Auch Russland musste im Frieden von Brest-Litowsk am 3. März 1918 einen unabhängigen Staat Ukraine anerkennen. Dies ändert nichts daran, dass die Kämpfe weitergehen. In der Folgezeit wechseln sich von deutschen Militärbehörden oder den Interventionsmächten im russischen Bürgerkrieg eingesetzte Regierungen mit Regional-Regierungen der Bolschewiki ab. Ende des Jahres 1919 rücken Rotarmisten zum fünften Mal in Kiew ein.

Wir können ein Resumee ziehen:

- Die Ukraine war Hauptschauplatz des blutigen Bürgerkrieges und ihr Schicksal wurde (wieder einmal) von auswärtigen Mächten bestimmt. Die Mittelmächte waren nur mäßig an einer unabhängigen Ukraine interessiert und hatten eher begehrlische Blicke auf die Rohstoffe des Landes geworfen!
- Die Bolschewiki waren ein starker Faktor v.a. wegen der Roten Armee, aber auch wegen ihres Anhangs in der Industriearbeiterschaft und der russischen und jüdischen Bevölkerung in den Städten. Sie waren an der Ukraine brennend interessiert, „*deren wirtschaftliche Ressourcen und die geopolitische Lage für das Überleben des sowjetischen Staates entscheidend waren*“. (Kappeler 2022)
- Die ukrainische Nationalbewegung war zwischen Sozialrevolutionären und Nationalliberalen/Konservativen gespalten und blieb ohne einflussreiche Bundesgenossen. Die Bauern bildeten zahlenmäßig die stärkste Kraft, für die soziale Anliegen oberste Priorität hatten. Mit Nestor Machno gab es einen anarchistischen Anführer, der starken Rückhalt in der ländlichen Bevölkerung hatte, sich mit einer Freiwilligen-Armee längere Zeit gegen die Truppen der Weißen behaupten konnte. Versuche, sich mit den Bolschewiki zu einigen, scheiterten; Leo Trotzki und die von ihm befehligte Rote Armee schlugen den Aufstand der Machno-Bewegung 1921 brutal nieder.

Mit der Oktoberrevolution wurde das Verhältnis zwischen Ukrainern und Russen durch das Verhältnis zum Sowjetstaat und dessen dramatischen Entwicklungen geprägt. Zunächst hatte sich innerhalb der Bolschewiki der „ultralinke“ Flügel durchgesetzt, der durch Unverständnis gegenüber den Anliegen der (ukrainischen) Bauern gekennzeichnet war. Zwar setzte sich im Dezember 1919 W.I. Lenin mit einer gemäßigeren Linie durch, die auf die föderative Verbindung der Ukraine mit

Sowjetrussland zielte. Doch die Niederschlagung des Machno-Aufstandes 2021 führte zur nächsten Entfremdung gegenüber dem Sowjetstaat. Beachtenswert an Lenins Positionsbestimmung auch für die weitere Entwicklung ist die von ihm an dieser Stelle formulierte Kritik am „*großrussischen Imperialismus und Chauvinismus*“! Dass sich in der Folgezeit, dank der ebenfalls von Lenin eingeleiteten Neuen Ökonomischen Politik (NEP), ein beträchtlicher Aufschwung in Landwirtschaft und Industrie vollzog, der nicht zuletzt von der Ukraine ausging, (!), sei der Vollständigkeit halber erwähnt. Auch sollte keinesfalls unterschlagen werden, dass in dieser Phase beträchtliche Fortschritte in der Entwicklung eigenständiger, ukrainischer Kultur und Bildung gab.

Exkurs: Putins Geschichtsbild

Warum dieser Rekurs auf die Geschichte wichtig ist, zeigt einmal mehr der Blick auf die öffentlich bekundete Sichtweise Wladimir Putins auf diesen Zeitabschnitt. In der bereits zitierten Rede zur Lage der Nation stellt der russische Präsident fest: „*Die heutige Ukraine wurde voll und ganz und ohne jede Einschränkung von Russland geschaffen, genauer: vom bolschewistischen, kommunistischen Russland.*“ Er verbindet diese Aussage mit einer harten Kritik an W.I. Lenin, dessen konföderative Staatsidee „*eine Parodie von der Selbstbestimmung der Völker bis zur Abspaltung*“ gewesen sei. Und fährt fort: „*Warum musste man partout mit Gutsherrengeste alle möglichen, immer weiter in den Himmel schießenden nationalistischen Ansprüchen an den Rändern des ehemaligen Imperiums befriedigen?*“ Es ist bemerkenswert, dass in diesem Zusammenhang auch Bemerkungen über die undankbaren Ukrainer, denen man nach 1990 in jeder Hinsicht geholfen habe, fallen und sich hier der öfter reziertierte Satz findet: Die Ukraine habe „*nie eine gefestigte Tradition einer authentischen Staatlichkeit*“ besessen.

Was in allen Putin-Reden, Texten krass auffällt, dass er zwar auch russische Fehler und Schuld abstrakt einräumt, aber auf den entscheidenden Zeitabschnitt im Verhältnis der beiden Völker in jüngerer Zeit - die 30er Jahre – nicht eingeht. Die hauptsächlich politisch bewirkte große Hungersnot in der Ukraine und der Terror gegen die ukrainische Bevölkerung sind für ihn ein Non-Thema. Dabei ist es zweitrangig, ob man, wie es heute die Ukrainer offiziell tun, die Hungerkatastrophe 1931/32, der Millionen Menschen zum Opfer fielen, als beabsichtigten Genozid („Holodomor“) betrachtet oder nicht. Tatsache bleibt, dass die Entscheidungen Stalins zur rigorosen Kollektivierung der Landwirtschaft und einer mit Brachialgewalt vorangetriebenen Industrialisierung, den Ausgangspunkt für das Massensterben bildeten. Man geht heute von über 3 Millionen Todesopfern aus. Stalin war zur Planerfüllung auf höchste Lieferquoten von Getreide aus der Kornkammer des Landes angewiesen und setzte seine Ziele bar jeglicher Vernunft gnadenlos durch, bis er – auch gedrängt durch die lokalen Vertreter der Kommunistischen Partei - zur Mäßigung gezwungen wurde.

Die Weißwaschung des stalinistischen Terrorregimes durch Wladimir Putin ist offenkundig auch dadurch motiviert, dass er durch diese Auslassung die ukrainische Nationalbewegung und die von ihr ausgehende Partisanentätigkeit gegen die Roten Armee in toto als faschistische Kollaboration denunzieren kann, ohne auf mögliche Erklärungen/Differenzierungen eingehen zu müssen. Es bleibt richtig, dass an den Händen des einen Teils dieser Unabhängigkeitsbewegung jede Menge Blut klebt, nicht zuletzt jüdisches Blut. Die Zusammenarbeit der Banden des Anführers Stepan Bandera mit den Nazis bei der Judenverfolgung ist ein dunkles Kapitel ukrainischer Geschichte - was der ehemalige ukrainische Botschafter in Berlin, bis heute nicht wahrhaben will. Aber es ist auch wahr, dass es in der OUN, der ukrainischen Unabhängigkeitspartei, einen anderen Flügel gab, der sich von den Hitlerfaschisten fern halten wollte. Und: Die üble Kollaboration zu geißeln, ohne den Terrorismus gegen die Ukraine mit zu bedenken, ist unredlich. Noch schlimmer ist, dass Putin die Gleichsetzung der Bandera-Leute mit der heutigen ukrainischen Führung nutzt, um für sich die große Tradition des Vaterländischen Krieges gegen die Nazi-Eindringlinge zu reklamieren und damit *seinen* Angriffskrieg zu rechtfertigen.

Im Übrigen hat Wladimir Putin in einem Grundsatzbeitrag ausführlich dargelegt, welche Bedeutung die Geschichte des letzten Jahrhunderts für das Verhältnis der beiden Völker aus seiner Sicht hat: W. Putin: „*On the Historical Unity of Russians and Ukrainians*“, 12. Juli 2021 (Putin 2021). Dieser Text sei zur Lektüre dringend empfohlen.

Eine eingehende Betrachtung dieses besonders relevanten Zeitabschnitts findet sich im Kapitel „Das rote Jahrhundert“ bei Serhii Plokyh (2022), Die Frontlinie.

Daraus lässt sich ein weiteres Merkmal des ukrainisch-russischen Verhältnisses ableiten:

→ Das Trauma des Holomor und des Stalin'schen Terrors haben sich in das Langzeitgedächtnis der Ukrainer*innen eingegraben, und diese Erinnerung ist auch heute noch präsent.

Nach Stalin: Normalisierung und neue Phase der Russifizierung

Was die Entwicklung des russisch-ukrainischen Verhältnisses nach 1945 betrifft, müssen an dieser Stelle wenige Sätze genügen: Der XX. Parteitag der KPdSU 1956 brachte eine Teilabrechnung mit dem Stalinismus und seinen Verbrechen. Die Opfer der Repressionswelle nach 1934 wurden überwiegend rehabilitiert, die vor 1934 Verfolgten und Ermordeten nicht. Das Gesamtsystem des Stalin'schen Terrors wurde vordergründig kritisiert, aber nicht prinzipiell in Frage gestellt.

Immerhin: Die föderalen Elemente des Sowjetstaates wurden gestärkt, mehr Freiheitsrechte gewährt. Der Nachfolger Stalins, Nikita Chruschtschow war Ukrainer und in seine Amtszeit fällt eine kurze Spanne der Wiederbelebung des Ukrainischen, wahrscheinlich auch als Wiedergutmachung für erlittenes Unrecht gedacht. Möglicherweise ist die *Schenkung* der Krim an die Ukraine 1954 in diesem Zusammenhang zu sehen. Diese Ukrainisierung wurde unter der Regentschaft Leonid Breschnews wieder zurückgedreht, Säuberungswellen gegen den „ukrainischen Nationalismus“ seit Beginn der 70er Jahre gehörten dazu. Die Russifizierung setzte sich in den 80er Jahren massiv fort, was sich nicht zuletzt im Schul- und Hochschulwesen ausdrückte. Man sprach Russisch oder: Man hatte Russisch zu sprechen.

Nun weisen Vertreter*innen der historischen Sozialwissenschaft darauf hin, dass man die ukrainisch-russische Geschichte im Rahmen der Sowjetunion nicht auf ein repressives Sowjetregime, das ungelöste Nationalfragen hinterlassen habe, reduzieren dürfe. Sie verweisen darauf, dass es sich um ein Konstrukt vieler Territorialnationen („socialist nations“) gehandelt habe, die in Gestalt autonomer Republiken durchaus je eigene moderne Kulturen und Eliten hätten ausbilden können (s. dazu Zhurzhenko 2010). Aber schon hier greift der Einwand, dass man mittels entpolitisierter Ethnizität die eigenständigen Entwicklungen auf Kultur und Folklore einengt. Und der Eindruck bleibt, dass man die Dominanz- und Unterordnungsbeziehungen in der Sowjetunion nur unzureichend in den Blick nimmt. Dennoch ist es richtig, dass es auch eine gemeinsame, wenn auch temporäre, - d.h. immer wieder von Repressionen unterbrochene - Modernisierungsgeschichte gegeben hat, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beginnt. Und es ist durchaus richtig, wenn man solche Phasen als quasi „familiäre Kohabitation“ bis ins 21. Jahrhundert hinein konzidiert. Aber offensichtlich, und das konnte man an anderen Ecken der Welt (Westbalkan) ebenso studieren, gelingen solche Integrationsprozesse nur in Phasen guter wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, in Krisenzeiten brechen die unterschwelligten Konflikte und Widersprüche auf, die nicht mehr eingefangen werden können.

Der Prozess der Loslösung nach 1990

Mit dem Fall der Berliner Mauer, der Auflösung des Warschauer Vertrages und der Sowjetunion war eine völlig neue Situation entstanden. Dennoch überrascht, dass die Ukraine, wie andere der früheren Sowjetrepubliken, in kürzester Zeit - im August 1991 - ihre Unabhängigkeit und die Schaffung eines eigenen Staates erklärte. Aber die Loslösung ist nicht vom Himmel gefallen. Da gab es die Reak-

torkatastrophe von Tschernobyl 1986, die Proteste auslöste. In den Jahren danach breitete sich eine Oppositionsbewegung aus, die auf Unabhängigkeit drängte. In den großen Bergarbeiterstreiks manifestierte sich 1989 ein soziales Widerstandspotenzial, das auch gegen die verkrusteten Politikstrukturen gerichtet war. Der Wunsch nach einer Überwindung der Fremdbestimmung durch die Zentralmacht Moskaus begann sich auszuprägen und dies erklärt die fast einhellige Zustimmung der Bevölkerung zur Unabhängigkeitserklärung im Dezember 1991 (91%). Selbst auf der Krim gab es dafür eine Mehrheit. Aber selbst nach dem Bruch 1991 bleiben die Spuren der Dominanzpolitik präsent. Die Entwicklung der Ukraine oszillierte seit der Unabhängigkeitserklärung nicht von ungefähr zwischen einer Orientierung auf den europäischen Westen, die mit Wohlstands- und Freiheitshoffnungen verknüpft ist, und einer Fortsetzung der engen Bindung an Russland, von der man sich immer noch mehr Stabilität und mehr Einfluss versprach. Dieser Zwiespalt fand seinen Ausdruck in der sog. multivektoriellen Außenpolitik des langjährigen Präsidenten Leonid Kutschma, der die Annäherung an die EU und NATO betrieb, zugleich aber auf enge Beziehungen mit Moskau achtete. Selbst der 2010 gewählte Präsident Wiktor Janukowitsch, der dem russlandfreundlichen Donezk-Clan verbunden war und allgemein als Mann Moskaus galt, hat diesen doppelgleisigen Ansatz fortgeführt. So hat er zusammen mit der Nationalversammlung das Assoziierungsabkommen mit der EU ausverhandelt und befürwortet, bis er Ende November 2013 sehr plötzlich dem Druck des Kreml nachgab und diese Einigung wiederrief. Zuckerbrot (Kreditzusagen Russlands) und Peitsche (gedrosselte Gaslieferungen) hatten gewirkt. Diese Entscheidung führte binnen kürzester Zeit dazu, dass sich in Kiew auf dem Maidan-Platz trotz Versammlungsverbots Hunderttausende Menschen versammelten (Euromaidan). Die staatliche Repression führte zu einer Radikalisierung der Bewegung, die mit durchaus zweifelhaften Mitteln Ende Februar 2014 zum Sturz der Janukowitsch-Regierung beitrug. Dass Vertreter der USA und der EU die Euromaidan-Bewegung aktiv unterstützten, ist nicht zu bestreiten. Allerdings zeigt der Vermittlungsversuch der Außenminister Frankreichs und Deutschlands zur Beendigung der Gewalt und der Bildung einer Koalitionsregierung vom 21. Februar 2014 auch, dass man nicht auf einen gewaltsamen Regime-Change hinauswollte. Und dass die Forderungen der Maidan-Bewegung einen starken Rückhalt in der Bevölkerung (Ausnahme: im östlichen Teil des Landes) hatten, der sich nicht mit Geldern amerikanischer Stiftungen zur Demokratieförderung oder angeblicher Infiltrationsversuche der CIA erklären lässt, ist kaum zu bestreiten.

Nun ist der Einwand geltend gemacht worden, dass die Oligarchen den Euromaidan gekapert hätten und ihre Vormacht in Gestalt der Poroschenko-Regierung befestigt hätten. Das stimmt. Aber dies reflektiert nur die instabilen Verhältnisse einer Übergangsgesellschaft, in der die demokratischen Kräfte noch nicht stark genug waren, sich gegen die besitzende Klasse durchzusetzen. Im Jahre 2019 waren die Menschen dieser Herrschaft endgültig überdrüssig geworden und wählten mit bemerkenswerter Mehrheit einen Seiteneinsteiger, Volodymyr Selenskyj, zum Präsidenten, dem sie am ehesten zutrauten, die Korruption zu bekämpfen und mit der europäischen Integration, die man mit Demokratisierung verband, ernst zu machen. Dass Selensky einige Zeit als Mann des Dnipro-Oligarchen Ihor Kolomoisky galt, der wiederum nach 2014 die Seiten gewechselt hatte und sich gegen die Separatisten wandte, zeigt nur, dass wir es mit einer fluiden Situation zu tun haben, und man sich vor allzu starren Festlegungen hüten sollte.

Wer diese Phase der ukrainischen Entwicklung umstandslos westlich-kapitalistischer Intervention zuschreibt, unterstützt, ob gewollt oder nicht, die Behauptungen des russischen Präsidenten, mit denen er seinen Krieg gegen die Ukraine rechtfertigt, der ja schon 2014 begann.

Spätestens 2014 hat die Drift der Ukraine gen Europa die Oberhand erlangt. Lange Zeit sprach sich eine Mehrheit der Ukrainerinnen zwar für Schritte zur EU-Integration, aber auch gegen eine NATO-Mitgliedschaft aus. Nota bene: Im Jahre 2013 hatten 90% der Ukrainerinnen und Ukrainer noch ein positives Verhältnis zu Russland. Aber schon die Orange Revolution im Jahre 2004 hatte den tiefen Riss innerhalb der ukrainischen Gesellschaft, der sich auch als regionales Auseinanderdriften ausdrückte, sichtbar gemacht. Während der industrialisierte Osten und der Süden sich eher Richtung

Moskau hingezogen fühlte, orientierten sich die westlichen Regionen, aber zusehends auch die mittlere Ukraine mit dem Zentrum Kiew nach Westen. Mit der Maidan-Revolution 2014 spitzte sich diese Auseinandersetzung zu.

Mit der gewaltsamen Annexion der Krim und dem durch russische Militärs unterstützten Aufbau sog. Volksrepubliken in Donezk und Luhansk eskalierte ein Spaltungsprozess, der die Gewichte im Land beträchtlich verschob. Das Agieren Russlands gegen jegliche Unabhängigkeitsbestrebungen und die von dort ausgehende Gräuelpropaganda führten zum genauen Gegenteil: Das Gefühl, eine eigene Identität ausbilden zu müssen, und der Wunsch nach Eigenständigkeit verstärkten sich dramatisch. Die Ukrainer*innen wollten nicht mehr von Moskau mitregiert werden! Und diese Tendenz breitete sich auch sukzessive in den östlichen Landesteilen aus. Vielleicht ist an dieser Stelle ein Hinweis des Osteuropa- und Russlandexperten Dieter Segert beachtenswert (Vorwort von Segert in Zhurzenko 2010) : „*Although foreign policy at core revolves around economics and political interests, the verve, the emotional effort, and the obstacles facing real-politics cannot be understood without studying the conflicts over cultural identities.*“

Den emotionalen Prozess der Identitätsfindung hat etwa die ukrainisch-amerikanische Journalistin Katya Soldak (Anfang dieses Jahrhunderts in die USA ausgewandert, Redakteurin bei *Forbes*, die aber regelmäßig ihre Heimat besuchte und die dort geführten Gespräche gut dokumentiert hat) in einem beeindruckenden Feature aus dem Jahre 2020, das der Sender *arte* in diesem Frühjahr ausstrahlte, sehr prägnant nachgezeichnet (Soldak 2020). Diese Entwicklung geht in ihren Schilderungen aus von „wir waren eine Familie“ (Mitgliedschaft bei den Jungen Pionieren, dieselben literarischen Texte in der Schule, Ferien in Russland), die sich aber nach 2014 rasch in Richtung einer vollständigen Los-trennung vom russischen Imperium, das man im Putin-Regime verkörpert sah, entwickelt. Dabei spielten Gräueltgeschichten in den russischen Medien über die Maidan-Revolution und über die Lage im Donbas eine wichtige Rolle, um sich von Russland abzuwenden.

Dieser Ablösungsprozess hat sich seitdem noch einmal beschleunigt, vertieft und auch dazu geführt, dass selbst Teile der „russischen Community“ in der Ukraine sich von Moskau distanzieren haben. Dies gilt auch für einen Teil der Oligarchen, die bis dato Russland zugeneigt waren. Wenn man so will, geht es um eine im Parforceritt nachgeholte Nationalstaatsbildung („nationale Wiedergeburt“), die sich auf eine neu gewonnene ukrainische Identität stützt.

Diese Gesamtentwicklung ist inzwischen wissenschaftlich aufbereitet und gut dokumentiert; nur gilt es diesen grundlegenden Prozess in der ukrainischen Gesellschaft endlich auch hierzulande zur Kenntnis zu nehmen, statt an alten Ost-West-Koordinatensystemen, in denen lokale/regionale Entwicklungen schlicht überdeterminiert und ignoriert werden, festzuhalten.

III. Entscheidung pro Krieg: Die Metamorphosen des Putin-Regimes

Das Pendant zur Ukraine-Ignoranz ist der *Russland-Komplex*. Der Ausdruck geht auf Gerhard Koenen zurück (Koenen 2020); Irina Scherbakowa und Karl Schlögel (Scherbakowa/Schlögel 2015) sprechen vom Russland-Reflex, der dasselbe meint. Es geht um eine Denkrichtung, die eine spezifisch deutsche Ausprägung hat und vor allem auf Seiten der deutschen Linken vertreten ist. Es ist ein eigenartiges Phänomen, das sich aus verschiedenen Quellen speist, aber vor allem mit dem Mythos der Sowjetunion verbunden ist.

Der Russland Komplex

Da ist die Aura der Oktoberrevolution, die für einen Aufbruch zu einer neuen Zeit jenseits von Kapitalismus und Imperialismus steht. Es ist verblüffend, wie diese Mystifizierung weiterwirkte, obwohl sie doch schon seit Jahrzehnten getrogen hatte. Da ist die Erzählung von der Sowjetunion als dem antifaschistischen Bollwerk in den 30er/40er-Jahren, wovon zutrifft, dass die UdSSR die Hauptlast des Krieges gegen Hitler trug und es ohne sie keine Befreiung vom Faschismus gegeben hätte. Aber es war auch eine meisterhafte Inszenierung des Stalin-Regimes, das damit das eigene verbrecherische Regime (siehe die Schauprozesse 1935/36, die Auslieferung von Antifaschisten in Gefolge des Hitler-Stalin-Paktes an Hitlerdeutschland etc.) in den Hintergrund drängen und vergessen machen konnte (siehe dazu Furet 1996). Der Mythos *Sowjetunion* erstreckte sich auch auf die Rote Armee als Befreiungsarmee, was stimmte. Dass damit zugleich ein neues imperial begründetes Unterdrückungssystem namentlich in Mittel- und Osteuropa etabliert wurde, wurde nicht angemessen wahrgenommen.

Schließlich war es ein prioritäres Thema der Linken nach 1945, die Aussöhnung zwischen „Russen“ und Deutschen voranzutreiben und für eine friedliche Koexistenz zwischen den Machtblöcken zu werben. Ohne die UdSSR war an eine Europäische Friedensordnung nicht zu denken. Dass der Nachfolgestaat des Sowjetreiches nach dem Abstieg 1990 ff. immer wieder durch eine selbstgefällige NATO-Staatengemeinschaft gedemütigt und gekränkt wurde, tat ein Übriges dazu, um dem Russland-Reflex bis heute eine durchaus nachvollziehbare rationale Grundlage zu verleihen. Es bleibt dennoch dabei: Der darin eingeschriebene Schuld-Komplex, der auch beinhaltet, sich von historischer Schuld reinwaschen zu wollen, hat wesentlich dazu beigetragen, die Sinne zu vernebeln und er hat zu politischen Fehlwahrnehmungen geführt.

Der Ukraine-Krieg hat die Unschärfen und Verzerrungen dieser Wahrnehmung schonungslos offengelegt: Mit der Ineins-Setzung von Sowjetunion und Russland wurde die besondere Betroffenheit der Ukraine durch den Krieg schlicht ausgeblendet.

„Die Deutschen wissen viel über die Verbrechen der Deutschen in der Sowjetunion, aber Schuld empfinden sie lediglich gegenüber „Russen“ – so als gäbe es nicht Millionen von ukrainischen Rotarmisten, Millionen ukrainischer Ostarbeiter, ganz zu schweigen von der Shoah auf ukrainischem Territorium.“(Schlögel, a.a.O., S 38)

Die Frage, die sich stellt, ist, inwieweit dieser Russland-Komplex auch das Denken derjenigen beeinflusst hat, die nicht Putins Russland mit der Sowjetunion assoziierten und die dem autokratischen Regime durchweg kritisch gegenüberstanden. Warum wurden wir - und zu diesem Lager rechne ich mich - derart vom russischen Überfall überrascht und hatten ihn nicht für möglich gehalten? Hat dies eventuell etwas mit diesem affirmativen Verhältnis zu Russland verbunden mit Skepsis gegenüber den Osteuropäern zu tun? Anlässlich des 100. Geburtstages von Egon Bahr wurde ein Jubiläumsband herausgegeben, zu dem ich einen Text mit dem Titel „Mit Mut und Leidenschaft – für eine neue europäische Friedensagenda“ (Brandt/Gießmann/Neuneck 2022) beige-steuert habe. Das Manuskript wurde einige Zeit vor dem Beginn des Krieges abgeschlossen. An zwei Stellen würde ich es heute

umschreiben müssen. Ich habe den Nationalismus in Osteuropas (Ukraine inklusive) als ein Haupthindernis für einen gesamteuropäischen Friedensprozess bezeichnet. Nicht dass diese Beobachtung völlig grundlos wäre. Dass die Kollaboration mit den Faschisten im Baltikum und in Polen bis heute kaum aufgearbeitet ist, ist ein Aspekt, der in meiner Beurteilung eine Rolle spielte. Auch die rigorose Ausmerzung nach der „Wende“ all dessen, was mit sozialistisch/kommunistisch in Verbindung gerückt werden konnte, fand ich inadäquat und rückschrittlich. Relevant ist dennoch, dass man an den langen Schatten, den die sowjetisch/russische Dominanz in den nach 1945 besetzt gehaltenen Ländern geworfen hat, nicht achtlos vorbeigehen kann. Zweitens bin ich - trotz Benennung der imperialen Politik Putins – von einer grundlegenden Rationalität der Kreml-Führung ausgegangen, die ein Abenteuer „Krieg“ verhindern und die Möglichkeit zu Verhandlungen eröffnen würde. Bei dieser Beurteilung habe ich offensichtlich bestimmte Entwicklungen nach 2014 nicht näher in Betracht gezogen, bzw. eher verdrängt. Und mit Projektionen des Konflikts auf die „aggressive Nato“, die eskalieren würde, war auch ich schnell bei der Hand. Was daran richtig eingeschätzt wurde, wäre genauer zu prüfen. Aber aus heutiger Sicht wird man mehr über die Erklärung der russischen Aggression (!), deren Triebkräfte und ideologischer Grundlagen nachzudenken haben, um solide die Frage beantworten zu können, wie es zu dieser tragischen Entwicklung kommen konnte. Bei den alten Stereotypen stehenzubleiben, hilft da nicht weiter.

Russischer Imperialismus?

Die Begriffe, die zum besseren Begriff der Verhältnisse heute im Raum stehen, sind vielfältig und plakativ: Bundeskanzler Scholz spricht vom „*russischen Imperialismus*“. Das kann man als Kampfbegriff werten und entsprechend stehen lassen. „*Neozaristisch*“ ist im Angebot. Der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze macht darauf aufmerksam, dass damit der Rückgriff auf die Zarenherrschaft des 19. Jahrhunderts nicht gemeint sein kann, eher wäre ein Bezug auf Iwan den Schrecklichen vor 500 Jahren zu denken, der als Zar die Expansion des Reiches nach Osten und Süden vorantrieb, am Ende aber ein geschwächtes Russländisches Reich hinterließ. Der Historiker Ulrich Herbert hat in einem taz-Interview vor allem Abgrenzungen bemüht, um sich dem Phänomen „Putin-Regime“ zu nähern (Herbert 2022). Mit „Hitler“, „NS-Regime“ habe das Putin-Regime nichts zu tun. Faschistische Regime würden sich von autoritären Diktaturen insbesondere unterscheiden „*durch die Massenbewegung, die den Führer trägt und von ihm getragen wird, die ihn nach vorn peitscht und von ihm genutzt wird. Diese Dynamik ist entscheidend für faschistische Regime. Solches gibt es in Russland nicht.*“ Weder von einem „Vernichtungskrieg“ noch von Völkermord solle man bezogen auf den Krieg gegen die Ukraine sprechen. Herbert hat völlig Recht, wenn er vor einem zügellosen Sprachgebrauch warnt, der nur dazu dient, die eigenen Emotionen zur Grundlage von Politik zu machen. Ob seine Analogie zu Slobodan Milosevic, Serbien und den postjugoslawischen Kriegen ausreichend ist, sei dahingestellt. Zumindest gilt auch dort, dass eine „*nationalistische Autokratie*“ Kriege anzettelt hat. Im Falle Russlands hat das eine andere Dimension.

In der Zeitschrift *Sozialimpulse*, die von fortschrittlichen Anthroposophen herausgegeben wird, hat Roland Benedikter eine phänomenologische Annäherung an das Thema Russland versucht und folgende Merkmale der Putin-Herrschaft hervorgehoben:

- Sich selbst zum Opfer zu stilisieren, indem man anderen die Verantwortung zuschreibt,
- Kritiker im eigenen Land zum Schweigen zu bringen
- Die Macht immer stärker zu personalisieren und auf einen immer kleineren Teil von Vertrauten zu beschränken,
- das Erfinden selbstrechtfertigender Erzählungen (Nazi-Herrschaft in Kiew)
- sich auf Hypernationalismus stützen (bspw. die Projektion erzwungener Zugehörigkeit anderer zur eigenen Nation)
- die Ausdehnung des eigenen Territoriums (Krim),

- die eigenen Ziele durch eine Taktik der geplanten Provokation und der wohlüberlegten Eskalation zu erreichen, mit anschließenden Milderungsangeboten.

Der Soziologe *Klaus Dörre* hat einige Punkte herausgehoben, die den heutigen Autoritarismus ausmachen: Er erwähnt den Topos „*Take Back Control*“, („*Wir holen uns unser Land zurück*“), der von Donald Trump, der AfD und anderen Rechtsradikalen heute gerne bemüht wird, um eine Wiedergutmachung für angeblich erlittenes Unrecht zu fordern. Die *Mobilisierung von Ängsten* angesichts der vielfältigen Herausforderungen und Überforderungen der Menschen heute sei auch ein immer wieder bedienter Argumentationsmechanismus. Hinzu komme die Ersetzung rationalen Denkens durch *Verschwörungstheorien* und andere irrationale Erzählungen. Dörre bleibt indes nicht bei solchen Beschreibungen stehen, sondern bringt sie in einen analytischen Zusammenhang mit seinen Thesen über die multiplen Krisen des Gegenwartskapitalismus und den Versuchen den stockenden Kapitalverwertungsprozessen mit *Landnahmen* (damit ist der Einbezug von natürlichen Räumen, vergegenständlichter Materie, Menschen in die Verwertungslogik gemeint) verschiedener Art zu begegnen. Er zieht diese Erkenntnisse in einer Definition der Putin-Herrschaft zusammen, die weiterer Diskussion bedarf.

„Allerdings handelt es sich weder um klassischen Imperialismus noch um eine Renaissance des Sowjetkommunismus. Putin personifiziert einen exterministischen Autoritarismus, der unter den Bedingungen der Zangenkrise (Verknüpfung von wirtschaftlicher und ökologischer Krise- PS) auf den Niedergang der einstigen Supermacht Sowjetunion reagiert. Der Exterminismus (unter Exterminismus versteht der britische Historiker E. P. Thompson die Bereitschaft zur globalen Vernichtung, durch den Einsatz von Atomwaffen beispielsweise – PS). des Putin-Regimes mischt Versatzstücke zaristischen Großmachtstrebens mit panslawistisch-völkischem Nationalismus, orthodox-religiösem Fundamentalismus, Sowjetnostalgie und einem Weltbild, das dem Freund-Feind-Schema eines Carl Schmitt entspricht. Diese zusammengebastelte Ideologie, die in der multinationalen Russischen Föderation als ethnisch-russischer Nationalismus freilich erst ab 2012 dominant wird, soll expansive Absichten legitimieren, doch sie besitzt nichts Attraktives und verfügt über keinen Gesellschaftsentwurf, der positiv ausstrahlen könnte.“ (Dörre 2022)

Internationale Politik und innergesellschaftliche Entwicklung

In einem komplexen Zugriff hat der Russland-Kenner Felix Jaitner (Jaitner 2022) eine Analyse vorgelegt, die die verschiedenen Elemente Ökonomie/Politik/internationale Beziehungen/Ideologiepolitik zusammenführt, und das Ganze in der These zusammenfasst:

„Die seit einigen Jahren erfolgte Neuausrichtung der russischen Außenpolitik, (...) steht (jedoch) in einem unmittelbaren Zusammenhang zu den innergesellschaftlichen Entwicklungen und der semi-peripheren Lage des Landes in der globalen Arbeitsteilung, in der es eine Rolle eines Rohstofflieferanten für die kapitalistischen Zentrumsstaaten und in wachsendem Maße für China einnimmt.“

Jaitner zeichnet nach, dass es eine Kontinuitätslinie von Jelzin zu Putin gegeben habe, denn schon dessen Präsidentialverfassung von 1993 trug autoritäre Züge. Der gesamte Umbau der Gesellschaft mit einem neuen kapitalistischen Machtblock an der Spitze wurde von oben rigoros durchgezogen. Das Neue an Putin ist, dass er den rasanten ökonomischen Niedergang Russlands in der Zeit der Wirren stoppte und eine, so Jaitner, oligarchisch-etatistische Ordnung etablierte, die auf eine Stärkung der politischen Zentralmacht und deren Durchgriffsmöglichkeiten zielte. Damit wurde auch die Stabilisierung sozialer Verhältnisse erreicht, die durch einen raschen wirtschaftlichen Aufschwung ermöglicht wurde. Gestützt auf intensive Rohstoffausbeutung, die Neustrukturierung der ganzen Öl- und Gasbranche und eine energische Exportstrategie wurde dieser Wiederaufstieg erreicht. Damit konnte auch die Befriedung eines Teils der Bevölkerung (Stichwort: städtische Mittelschichten) bewirkt werden. Die hat zwar einen Teil vom Kuchen abbekommen, aber die Umverteilung zur Schicht der Multimilliardäre ist geblieben.

In Folge der 2008 einsetzenden Wirtschafts- und Finanzkrise kam es zu einer Verschärfung der multiplen Widersprüche dieses extraktiven Entwicklungsmodells, was wiederum zu Auseinandersetzungen innerhalb des herrschenden Blocks in Russland führte. Dazu gesellte sich der immer drängender werdende Konflikt um die Herrschaftssicherung im postsowjetischen Raum, sprich: Belarus, Ukraine, aber auch Kasachstan, Zentralasien.

Dieses Widerspruchsknäuel ist zu beachten, wenn wir die ideologischen und politischen Prozesse verstehen wollen, die zum Krieg gegen die Ukraine geführt haben. Denn es ist in dieser Zeit offenkundig zu Verschiebungen innerhalb des herrschenden Blocks gekommen: Extrem national-konservative Kräfte haben die Oberhand gewonnen, die für einen Paradigmenwechsel in der russischen Innen- und Außenpolitik plädierten. Statt auf hohe Importquoten sollte das Land auf ein eigenes Re-Industrialisierungsmodell setzen, das durch neue Expansionsmöglichkeiten im asiatischen Raum bezahlt werden sollte (an der Priorität der fossilen Energieträger sollte festgehalten werden). Eine neue außenpolitische Ausrichtung des Landes ergibt sich daraus folgerichtig.

Jaitner: *„Vor diesem Hintergrund erfährt die oligarchisch-etatistische Ordnung seit 2014 einige Modifikationen. Am deutlichsten ist eine weitere autoritäre Verschärfung im Inneren.“* Diese autoritäre Wendung innerhalb des Landes, manche sprechen von einer totalitären Wendung, hat sich bereits in den Jahren 2011/2012 bemerkbar macht und wird mit Beginn der zweiten Amtszeit Putins 2012 manifest. Stichworte sind die Ausbootung Michail Chodorkowskis (die bereits 2008 stattfand), die Unterdrückung der demokratischen Proteste gegen Wahlfälschungen, die sich zur brutalen Verfolgung jeglicher Opposition, der Ermordung politischer Gegner, etc. auswächst. Migrantenabwehr und Kulturkampfgesetze (gegen Homosexuelle, Bagatellisierung der Gewalt in der Ehe) ergänzen dieses Programm.

Die Etablierung immer autoritärerer Herrschaft wird von einer Mobilisierung eines russischen Ethno-Nationalismus begleitet, der auch zu tun hat mit den zentrifugalen Tendenzen, die sich nicht zuletzt in der Ukraine zeigen. An dieser Stelle sollte unbedingt der Hinweis auf die systematische Geschichtspolitik des Putin-Regimes gegeben werden (siehe dazu Wisotzky 2022). Es geht um Ausstellungen, Publikationen, Inszenierungen bei den jährlichen Militärparaden, um Symbole (wie jetzt das merkwürdige Z), mit denen dem neuen Zaren und dem wieder erstarkenden großrussischen Reich (Eurasien) gehuldigt und die neue Weltgeltung Russlands herausgehoben werden soll.

Jaitner spricht von einem „Krim-Konsens“, der sich innerhalb der Machtelite herausgebildet habe, der durch den offenen Übergang zu imperialer Interessenvertretung charakterisiert sei, die auch ausländische Militärintervention einschließt. Dieser „Kriegspartei“ gehe es schließlich um eine heilige Mission, nämlich die Wiederherstellung Russlands als Reich in alter Größe, wobei man ideologisch sich eher auf das Zarenreich als auf die UdSSR beziehe. Auch dieser Weg wurde schon in Jelzins Zeiten mit der Redeweise vom „nahen Ausland“ und den dort zu verteidigenden russischen Interessen, die eine Stationierung von Truppen im Ausland erforderlich machen könnten, vorbereitet.

Schon damals war das Trauma spürbar, dass unweigerlich mit dem Verlust der Weltgeltung nach dem Zusammenbruch der UdSSR verbunden war. Obamas hochnäsiger und gehässiger Satz von Russland als Regionalmacht, 2014 ausgesprochen, hat den Finger in genau diese Wunde gelegt und entsprechende Wut ausgelöst. Aber in diesem Zorn drückte sich auch aus, dass die Hoffnungen des Kreml auf eine Beziehung auf Augenhöhe mit den USA und den zwei Weltmächten an der Spitze endgültig perdu waren. Genau genommen ist es ein doppeltes Trauma, das die russische Gesellschaft seit einiger Zeit mit prägt: Dem Untergang der UdSSR folgt der Niedergang des Riesenreichs in den Jelzin-Jahren, die mit Chaos, Anarchie und einer extremen Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich assoziiert werden. Es ist insofern kein Wunder, dass W. Putin als starker Führer, der das Land zu alter Größe zurückbringt, eine solche Machtbasis erlangen konnte.

Die Überlegungen der Moskauer Elite über eine neue strategische Ausrichtung des Landes hatte und hat sozialökonomische *und* geopolitische Gründe. Es geht um die Hinwendung zu einer anderen/neuen Weltordnung, die man vor allem im Verbund mit nicht-westlichen Ländern zu erreichen sucht. Die beschlagenen US-Politikwissenschaftler Alexander Cooley und Daniel Nexon haben sich eingehend mit dem begonnenen systematischen Aufbau von Strukturen einer solchen anderen Weltordnung, befasst. Ziel ist die Herausbildung eines neuen Blocks illiberaler, ja autoritärer Staaten, der sich der westlichen Dominanz in den Internationalen Beziehungen entgegenstellen soll (Cooley/Dexon 2020).

Diese Konfliktkonstellation wirft auch die Frage auf, wie unter diesen Bedingungen die Idee von Demokratie und Freiheit global verteidigt werden kann, wer sich mit wem in dieser Hinsicht verbünden sollte und welche Gefahren in einem solchen Wettstreit um sehr unterschiedliche Gesellschaftsmodelle liegen können. Wir werden darauf zurückkommen. Einer Debatte darüber werden progressive Kräfte in den Hauptländern des Kapitalismus nicht länger ausweichen können.

Die hier gemachten Bemerkungen zum reaktionären Machtblock, der Russlands Politik seit mehr als zwanzig Jahren bestimmt, wären unvollständig, wenn die Rolle des Geheimdienstes Federal Security Service (FSB), der aus dem KGB hervorging, und das Gewicht des militärisch-industriellen Komplexes ausgeblendet blieb. Putin hat als KGB-Mann wesentlichen Anteil daran, dass der Geheimdienst am gesamten Transformationsprozess nach 1990/91 maßgeblich beteiligt war und nach Jelzins Abtritt in eine entscheidende Stellung zur Formierung der Gesellschaft gerückt wurde (Khrushcheva 2022). Der FSB dürfte neben der militärischen Führung auch stark in die Entscheidungsfindung zum Krieg involviert gewesen sein.

Neuere Arbeiten über den militärisch-industriellen Komplex, der in den USA und in Russland über eine herausgehobene Stellung verfügt, gibt es erstaunlicherweise nicht. *„Eine Soziologie des russischen Militärs gibt es überhaupt nicht.“* (Schlichte 2022). Der Friedensforscher Schlichte nennt folgende Zahlen: *„So gibt es in Russland 1.300 Rüstungsunternehmen mit insgesamt zwei Millionen Beschäftigten, die in einer in Staatsbesitz befindliche Rüstungsindustrie arbeiten. Unter ihnen ist Rostec mit 500.000 Beschäftigten die größte militärisch-industrielle Holding, deren Direktor Sergej W. Tschemessow als enger gemeinsamer Freund Putins seit gemeinsamen KGB-Zeiten gilt.“* (Schlichte 2022).

In diesem Zusammenhang ist der Hinweis auf die private Söldnerfirma Wagner unabdingbar, die, geführt von dem Putin-Vertrauten Jewgeni Prigoschin, in quasi staatlichem Auftrag russische Interessen weltweit, mit Schwerpunkt Afrika, durchsetzen soll. Die Truppe verfügt über das nahezu gesamte Waffenspektrum des Landkrieges plus Luftunterstützung. Die als besonders kampferprobt und skrupellos geltenden „Wagneristen“ nehmen inzwischen eine besonders exponierte Stellung beim Kampf in der Ostukraine ein.

Regimeinteressen und rote Linien

Eine wichtige Frage bleibt offen: Was hat letztendlich die Bereitschaft zum Angriffskrieg ausgelöst, was ist das entscheidende Motiv des Putin-Regimes? Insgesamt spricht m.E. alles dafür, dass es um „Rote Linien“ zur Sicherung des Regimes und seiner imperialen Interessen geht, genauer: um den Erhalt bzw. die Wiederherstellung russischer Dominanz und Kontrolle im postsowjetischen Raum, wobei Belarus und die Ukraine von besonderer Bedeutung sind. Man sollte sich aber auch vergegenwärtigen, dass russische Truppen seit den frühen 90er-Jahren in einer Reihe von Ländern stationiert sind:

- in Transnistrien seit 1992,
- seit 1993 im Rahmen der GUS in Tadschikistan,
- seit 1994 in Teilen Georgiens,
- seit 2014 in der Ukraine,

- seit 2014 in Syrien,
- seit 2021 in Belarus,
- 2022 in Kasachstan

Nicht vergessen werden darf, dass es nicht bei der Stationierung von Truppen blieb. Durch die Militäraktionen in Tschetschenien, Georgien, Syrien, auf der Krim und nun auch in Libyen und Mali gehört Krieg zum Instrumentarium des Kremls.

Es geht sicherlich auch um russische Ängste,

- die Angst davor, als semiperipherer Staat noch weiter abgehängt zu werden, nicht zuletzt wegen der Stützung auf eine fossil-industrielle Exportwirtschaft,
- die Angst vor innerer Destabilisierung.

Die Wahrnehmung, dass die eigene Sicherheit bedroht sei, ist ein nicht von der Hand zu weisendes Motiv russischer Außenpolitik.

Aber zugleich sollte der Blick darauf gerichtet werden, dass der Entschluss zum Krieg weniger von der Angst vor westlicher Stärke bestimmt ist, als von der Projektion eigener Stärke und gefühlter Überlegenheit angesichts der Schwäche des dekadenten Westens. Der Hals über Kopf-Abzug der NATO aus Afghanistan, die Erosionsprozesse in EU und NATO, die Zerrissenheit der USA, die Trump augenfällig gemacht hat; das sind alles Bilder, die in Moskau tiefen Eindruck gemacht haben, die man auch propagandistisch aufgegriffen hat und irgendwann glaubt man der eigenen PR-Arbeit tatsächlich. Die Vorstellung eines Tandems China/Russland („strategische Partnerschaft“), dem weitere Institutionen angelagert sind (Shanghai Kooperationsrat, BRICS), das weltpolitisch dem „Westen“ Paroli bieten kann, dürfte für Putin die Rückversicherung für die nicht risikolose Entscheidung zum Krieg gebildet haben.

Man beachte, wie Putin in seiner Rede vor dem diesjährigen Valdai-Forum am 27. 10. 2022 die gegenwärtige Weltlage einsortiert. Mit dem Valdai-Club wollte der Kreml ursprünglich dazu beitragen, der Welt die Wahrheit über Russland zu erzählen und hat sich durch die Einbeziehung namhafter Staatenlenker und Wissenschaftler*innen aus der ganzen Welt ein Image der Weltoffenheit aufzubauen versucht. Heute verkündet diese staatlich gelenkte Einrichtung das ambitionierte Ziel, die globale intellektuelle Elite der Welt versammeln zu wollen, um an Lösungen der Krise der internationalen Systems zu arbeiten. Dieser Messianismus wird auch in dem folgenden Zitat aus der Rede Putins deutlich: *„Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat auch das Gleichgewicht der geopolitischen Kräfte zerstört. Der Westen fühlte sich als Sieger und proklamierte die unipolare Weltordnung, in der nur sein Wille, seine Kultur und seine Interessen eine Existenzberechtigung hatten. Diese historische Periode der ungeteilten Vorherrschaft des Westens im Weltgeschehen geht nun zu Ende, die unipolare Welt gehört der Vergangenheit an. ... Wir stehen an einem historischen Wendepunkt, vor dem wahrscheinlich gefährlichsten, unvorhersehbarsten und doch wichtigsten Jahrzehnt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Der Westen ist nicht in der Lage, die Menschheit alleine zu regieren, aber er versucht es verzweifelt, und die meisten Nationen der Welt sind nicht mehr bereit, das zu dulden. Das ist der größte Gegensatz der neuen Ära. Die Situation ist in gewisser Weise revolutionär: Die Oberschicht kann nicht und die Unterschicht will nicht mehr so leben, heißt es bei einem Klassiker. ...Zeitenwende ist ein schmerzhafter, aber natürlicher und unvermeidlicher Prozess. Die künftige Weltordnung nimmt vor unseren Augen Gestalt an.(Putin 2022 b.)*

Exempel Syrien

Die hierzulande auch unter Linken gerne vertretene These, Russland gehe es nur um defensive Belange, und man müsse den Überfall auf die Ukraine als Reaktion auf Bedrängnis von außen verstehen, ist partout nicht in Einklang zu bringen mit dem aktiven militärischen Engagement Russlands in Syrien. Die militärischen Beziehungen begannen bereits unter Hafiz al-Assad in den 70er Jahren,

erreichten aber unter Sohn Baschar al-Assad völlig neue Dimensionen. Im Laufe des Jahres 2015 begann eine massive Intervention russischer Streitkräfte zu Gunsten eines Partners, dem seinerseits das Wasser bis zum Hals stand. Aber russische Sicherheitsinteressen spielten dabei keine Rolle. Die Hilfe für Präsident Assad hatte mehr damit zu tun, dass der in Bedrängnis geratene Machthaber dem Putin-Regime das Land quasi als Brückenkopf für Einflussnahme in Nahost und Afrika anbot – wozu eben auch die weitere Nutzung des Marinestützpunkts in Tartus/Mittelmeer gehört.

Syrien taugt auch nicht als Beispiel dafür, dass Russland irgendwie auf eine westliche Militär-Intervention hätte reagieren müssen. Diese fand nicht statt (das spätere militärische Eingreifen der USA und anderer NATO-Staaten war strikt auf die Bekämpfung der IS-Terroristen gerichtet). In dieses Vakuum grätschten Regionalmächte wie der Iran, die Türkei, Saudi-Arabien, Katar, wobei insbesondere die Saudis dazu beitrugen, dass die islamischen Fundamentalisten um den IS den bewaffneten Widerstand gegen Assad okkupierten. Und es intervenierte Russland, das mit brutaler Luftkriegsführung dafür sorgte, dass die Assad-Truppen am Boden weitgehend obsiegen konnten. Ich empfehle zu diesem Komplex ganz dringend das Buch von Ziad Majed: *Syriens verwaiste Revolution*, erste Auflage 2014, neu: 2021), in dem sich Majed auch sehr kritisch mit den blinden Flecken der Linken und der Friedensbewegung auseinandersetzt. Und er hat recht, wenn er bitter konstatiert, dass man dort bereitwillig Narrative Putins und Assads aufgenommen hat, um die eigene Indifferenz zu rechtfertigen: Assad sei doch der Verteidiger religiöser Minderheiten, er schütze die eher säkularen Alawiten; er sei zwar ein Diktator, aber immerhin wehre er die Islamisten ab, usw. usf. ...

Auch dieses trübe Kapitel der Zeitgeschichte bedarf genauerer Aufarbeitung, um sich in den Konfliktlagen der Gegenwart richtig positionieren zu können.

Um es noch einmal zusammenzufassen:

Die Entscheidung zum Krieg hatte in Russland die Herausbildung eines ultrareaktionären Machtblocks zur Voraussetzung, der gestützt auf großrussische Ideologie angetreten ist, den Niedergang des alten russländischen Imperiums und sein Abgleiten in eine global gesehen semi-periphere Lage zu revidieren. Dieses Regime ist auch bereit, sich unter Einsatz von Gewalt, Territorien einzuverleiben, die man als zum Bestand des Imperiums zugehörig erachtet. Ermutigt fühlt sich das Regime durch eine, dank fossiler Exporterlöse wiedergewonnene Stärke, durch neue Allianzen mit anderen nicht-westlichen Staaten, allen voran China und durch die Vorstellung, dass die Krisenprozesse in der „alten“ kapitalistischen Welt zu deren Abstieg führen werde.

IV. Anmerkungen zum Charakter des Krieges und seiner Dynamik

Der französische Intellektuelle Etienne Balibar (Balibar 2022) fragt: „Um was für einen Krieg handelt es sich?“ Und fährt fort:

„Wir können den „Charakter“ des gegenwärtigen Krieges unmöglich erfassen, wenn wir nicht sukzessive mehrere „Raster“ anlegen, die auf verschiedenen Ebenen operieren und verschiedene Modalitäten des Krieges hervorheben.“ Der Krieg sei multidimensional folgert er und arbeitet einige Aspekte heraus, wie der Krieg charakterisiert werden könnte – Unabhängigkeitskrieg, postkommunistischer Krieg, globalisierter Krieg.

Der linke britische Politologe Tony Wood denkt in eine ähnliche Richtung – dass es verschiedene Konfliktebenen gäbe (der Jenaer Soziologe Klaus Dörre spricht von Konfliktachsen) – setzt aber an anderen Beschreibungen an (Wood 2022):

„Für ein klares Verständnis müssen wir drei miteinander verwobene Analysestränge im Auge haben: erstens die innere Entwicklung und die Prioritäten der Ukraine seit 1991, zweitens das Vordringen der Nato und der EU in das strategische Vakuum, das nach dem Ende des Kalten Krieges in Osteuropa entstanden ist, und drittens Russlands Weg vom postsowjetischen Niedergang zum nationalen Wiedererstarken.“ Aus dem Zusammenwirken dieser drei Dynamiken ergibt sich nach Wood der Kontext des Kriegsgeschehens.

Ukrainischer Unabhängigkeitskrieg

Balibar stellt bei seiner Definition an den Anfang: „Er ist ein Unabhängigkeitskrieg der ukrainischen Nation. Dies ermöglicht Vergleiche mit antiimperialistischen Befreiungskriegen des 20. Jahrhunderts ...“ Folgerichtig verweist er in diesem Kontext auf aus seiner Sicht vergleichbare Gewaltkonflikte in Algerien und Vietnam, in denen es ebenfalls um die Beendigung kolonialer Abhängigkeitsverhältnisse ging. Diese These erscheint vor dem Hintergrund der im Abschnitt II. dargelegten historischen Tastbestände durchaus plausibel., wobei man mit dem Begriff „kolonial“ vorsichtig umgehen sollte. In unserem Fall geht es um strukturelle Abhängigkeiten und Unterordnungsverhältnisse. Und gerade daher ist es schon auffallend, dass diejenigen, die von der These ausgehen, es handele sich um einen Systemkrieg zwischen NATO/EU und Russland diese historische Einordnung komplett ausblenden.

Aber bleiben nicht, selbst wenn man dieser Charakteristik folgt, Zweifel daran, ob man diesen „Unabhängigkeitskrieg“ tatkräftig unterstützen sollte? Lässt sich die ukrainische Nationalbewegung überhaupt mit dem antikolonialen Befreiungskampf vergleichen? Und wie ist dieser Nationalismus, der in Folge des Krieges noch übersteigert wirkt, einzuschätzen und was hat er mit dem Kampf um Demokratie und Freiheit zu tun?

Richtig ist, dass die inneren Verhältnisse des Landes auch kritisch zu sehen sind, was eine Solidarisierung nicht leichter macht. Richtig ist, dass die gerade bei den GRÜNEN vorfindliche Weichzeichnung der Ukraine als Hort von Demokratie und Freiheit den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht. Auch die Ukraine ist, trotz der Euromaidan-Erhebung, ein Oligarchen-Kapitalismus mit begrenztem Elitenaustausch geblieben. Aber anders als in der Russischen Föderation haben sich immerhin Ansätze einer wirklichen Wettbewerbsdemokratie herausbilden können, die man im Kreml schon als bedrohlich für die eigene Machtbasis anzusehen scheint (Wood 2022). Und dies ist hinzu- zufügen: Es haben sich in der Ukraine in den letzten zwanzig Jahren bemerkenswerte Strukturen einer aktiven Zivilgesellschaft herausgebildet, die in Russland dagegen in den letzten Jahren systematisch ausgehebelt wurden. Dass die ukrainische Zivilgesellschaft unter dem Druck des Krieges gegenwärtig vor allem der Mobilisierung der Abwehrbereitschaft dient, ist nicht weiter verwunderlich. Allerdings stützt sich das Durchhaltevermögen der Ukraine ganz wesentlich auf die vielfältigen Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Einrichtungen und Initiativen (siehe dazu auch ZDF 2022).

Ich folge grosso modo den Beschreibungen Dörres, was die innere Verfasstheit der Ukraine betrifft. Zu nennen sind: Ein demokratisch verfasstes System organisierter Arbeitsbeziehungen hat sich nicht herausbilden können. Im Gegenteil, unter dem Austeritätsdiktat des Internationalen Währungsfonds (IWF), das mit einer neuen Kreditaufnahme des Landes zur Abwendung einer Staatspleite verbunden war, wurde noch vor dem Krieg eine weitreichende Liberalisierung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts eingeleitet, die grundlegende Gewerkschaftsrechte beseitigt. Im Krieg hat die Selenskyj-Regierung noch einmal nachgelegt.

Nationalistische Mobilisierungen waren ebenfalls bereits vor dem Krieg ein Mittel, um Unmut und Proteste, die aus einer desaströsen wirtschaftlichen Lage resultierten, politisch zu instrumentalisieren. Aber: Ein einheitlicher rechter Block, der stark in den Institutionen verankert wäre (siehe das Abschneiden der Partei Svoboda) hat sich nicht herauskristallisieren können. Und wie Serhii Plokyh sehr detailliert zeigt, ist die uns übel aufstoßende Bandera-Verehrung nicht im ganzen Land verbreitet und viel weniger epidemisch als vermutet. Dennoch ist nicht zu übersehen, dass das Fehlen einer institutionalisierten politisch-ideologischen Grenze zwischen dem liberalen Flügel der Zivilgesellschaft und der extremen Rechten des Landes negative Auswirkungen auf die politische Kultur des Landes hat.

Aber diese kritische Sicht darf nicht den Blick auf den wesentlichen Unterschied der jeweiligen Nationalismen verstellen: Während sich der ethnisch-russische Nationalismus zunehmend antiwestlich präsentierte und russische Minderheiten in ehemaligen Sowjetrepubliken als Werkzeug nutzte, um imperiale Gebietsansprüche anzumelden, setzte der ukrainische Nationalismus auf eine – auch ökonomisch untergesetzte – Westorientierung, die ihn mehr und mehr in eine Frontstellung zum russischen Vormachtstreben bringen musste. Eine Gleichsetzung des Wunsches nach Westintegration, in dem immer auch die Hoffnung auf mehr Freiheitsrechte mitschwingt, mit der expansiven Ideologie des Putinismus ist völlig unangemessen und geht an der Sache vorbei. Eines sollte ohnehin klar sein: Das Problem unzureichender Demokratieentfaltung in der Ukraine darf nicht als Rechtfertigung gewaltsamer Intervention missbraucht werden: *„Was auch immer die Probleme der Ukraine nach dem Euromaidan waren - und es gab viele: eine chaotische, inkompetente Politik, eine zynische, räuberische Oligarchie, eine zunehmende Abhängigkeit von den westlichen Mächten, neoliberale Reformen anstelle eines progressiven Wandels, nationalistisch-radikalisierende Tendenzen, ein enger werdender Raum für politischen Pluralismus, eine zunehmende Unterdrückung der Opposition - all dies waren ukrainische Probleme, die die Ukrainer selbst in einem politischen Prozess lösen sollten und konnten, ohne russische Panzer und Bomben“*. (Ishshenko a. 2022).

Es ist in jedem Fall schwerlich zu leugnen, dass der Widerstand gegen russische Dominanz und Fremdbestimmung seit 2004 ff. nicht nur aus „nationalistischer“ Quelle gespeist ist, sondern auch von dem starken Bedürfnis bestimmt ist, unter freieren, demokratischeren Umständen leben zu wollen. Viele Zeugnisse dafür liegen in persönlichen Statements, in Interviews, in literarischen Texten auf dem Tisch.

Das Putin-Regime als Verursacher des Krieges

Aus dem Abschnitt III ergibt sich für mich, dass die *Metamorphose der russischen Macht und ihrer Politik*, die sich aus inneren Widersprüchen und der signifikanten Kluft zwischen Weltmachtanspruch und semi-peripherem Status in der Welt ableitet, der *Kernpunkt zum Verständnis des russischen Angriffskrieges* ist. Das immer wieder herangezogene Sicherheitsinteresse Russland spielt in russischer Perzeption eine Rolle, aber es dient vor allem der ideologischen Verschleierung der eigentlich bestimmenden imperialen Regimeinteressen. Es gab und gibt keine existentielle. d.h. militärische Bedrohung Russlands. Ein Angriff der NATO auf das Land lag zu keinem Zeitpunkt auch nur im Denkhorizont der „westlichen Eliten“. Warum auch? Das Land war in den kapitalistischen Weltmarkt integriert, westliche Unternehmen konnten im Land gute Geschäfte machen, europäische Staaten waren

enge wirtschaftliche Bindungen mit Russland eingegangen. Dass die NATO den Status Russlands als starke Atommacht anerkennt, hat sich nach dem 24. Februar gezeigt: Sie hat alles getan, um nicht unmittelbar Kriegspartei zu werden, d.h. auch, dass man um die Zweitschlagfähigkeit Moskaus sehr wohl weiß.

Das wissen in Russland auch die führenden Militärs und Politiker. Dieser Sachverhalt wird nicht zuletzt durch den Abschluss des New START-Vertrages im Jahre 2010, der im Frühjahr 2021 (!) verlängert wurde, bestätigt. Denn hier geht es genau um die Fixierung der „strategischen Stabilität“ zwischen den beiden Atommächten. Richtig bleibt, dass die USA mit ihrer Aufkündigung des ABM-Vertrages 2010, der Stationierung von Abwehrsystemen auf Schiffen im Mittelmeer und in osteuropäischen Ländern, dieses prekäre Gleichgewicht in Frage gestellt haben. Diese hart zu kritisierende Destabilisierungspolitik hat Russland längst mit einer umfassenden Modernisierung seines strategischen Arsenal gekontert. Die prahlerische Rede von Wladimir Putin am 1. März 2018 über die unangreifbaren neuen Hyperschallraketen, die man in Dienst gestellt habe, legt davon Zeugnis ab (Putin 2018).

Mit ihren Einlassungen, sie fühlten sich bedroht, inszenieren sich Putin, Lawrow et al. vor allem als Opfer finsterner Mächte, denen sie sich als Retter der Menschheit entgegenstellen müssen. Man ist versucht zu sagen, Verfolgungswahn mischt sich mit Größenwahn, aber eine Pathologisierung russischer Politik liegt mir fern. Vielmehr geht es um die Charakterisierung bestimmter Denkformen, die sich aus objektiven Problemlagen und Interessen ergeben, die sich aber von einer rationalen Betrachtung der Dinge ein gehöriges Stück entfernt haben.

Ein Blick auf die Landkarte macht klar, dass eine „Einkreisung“ Russlands eine fixe Idee ist. Man kann das flächenmäßig größte Land der Erde, mit langen Grenzen zu verbündeten oder neutralen Staaten nicht „einkreisen“. Nur 6 Prozent des russischen Territoriums befinden sich an der Grenze zu NATO-Staaten. Eine lange Grenze hat Russland dagegen mit aktuellen Freunden, wie China oder Iran oder mit neutralen Staaten. Es ist in diesem Sinn eine fatale Entwicklung, dass der infolge des Krieges beschlossene NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens die Konfrontationslinie mit der NATO nicht unbeträchtlich vergrößert. Könnte man in der russischen Logik verbleibend sagen, dass die größte Bedrohung der Sicherheit Russlands vom gegenwärtigen Regime in Moskau ausgeht? Finnland und Schweden verfügen über starke Streitkräfte, die jetzt zum NATO-Potenzial hinzu gerechnet werden müssen. Ihr Beitritt war lange Zeit undenkbar, zumindest in den Ländern selbst lange Zeit sehr umstritten. Das hat sich durch den Expansionskurs Putins geändert..

Der globalisierte Krieg

Es ist ohne Zweifel ein multidimensionaler Krieg: Unabhängigkeitskrieg, russischer Angriffskrieg und ein Krieg, der eingebettet in die globalen, machtpolitischen Konflikte um die künftige Weltentwicklung ist. Insofern ist es auch richtig zu sagen, dass der ukrainisch-russische Konflikt nicht von der geopolitischen Konfrontation zwischen westlichem Staatenbündnis und Russland getrennt werden kann. Diese Konstellation hat den Entstehungsprozess des gegenwärtigen Krieges, seinen Verlauf mitbestimmt und wird auch für seine mögliche Beendigung mitentscheidend sein. Diese Internationalisierung ist jedoch nicht primär Folge von Großstrategien, die in den Machtzentralen der Welt ausgeheckt und systematisch verfolgt werden. Solche Omnipotenzvorstellungen haben mit der heutigen komplexen Welt wenig zu tun.

Die Internationalisierungstendenz entwickelt sich schon aus dem Machtgefälle zwischen verschiedenen Nationen, das die Schwächeren dazu bringt, sich Bündnispartner suchen zu müssen, sich an Größere anlehnen zu wollen. Das gilt im Falle harter Konflikte besonders und im Krieg erst recht. Balibar weist auf einen Umstand hin, der in linker Wahrnehmung gerne verdrängt bzw. verleugnet wird: Kleinere Nationen, wenn sie ihre Unabhängigkeit erreichen bzw. verteidigen wollen, waren und sind immer auch von Bündnissen mit Großen abhängig! Er spitzt dies in folgender Aussage zu: „*Wir*

sehen heute, dass die Ukraine sich nur verteidigen und retten kann, wenn sie in die Nato-Militärallianz eingebunden wird, also in die westliche imperialistische Struktur unter Vorherrschaft der USA und im Dienst ihrer globalen Interessen. Auch kann die Ukraine ihre demokratischen Werte (in einem liberalen Sinn) nur behaupten, wenn sie ein Mitglied der „quasi-föderalen“ Struktur der EU wird.“ (Balibar 2022)

Diese Thesen Balibars sind freilich eine echte gedankliche Provokation und in ihrer Konkretion zu hinterfragen. Mir will nicht einleuchten, dass nur eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine die Souveränität des Landes verbürgen soll. Abgesehen davon, dass die NATO als nachweisliches Aufrüstungsbündnis mir nicht besonders friedensfördernd scheint – um es diplomatisch auszudrücken. Aber richtig ist, dass die Ukraine ohne eine Internationalisierung des Konflikts und die Bildung substanzieller Allianzen chancenlos wäre. Und dies ist dann doch der rationale Kern der Balibar-These - *horribile dictu* für Linke: Der einzige Staat, der unmittelbar nach dem 24. Februar die Souveränität der Ukraine verteidigt hat, verteidigen konnte, waren die Vereinigten Staaten von Amerika! Mit diesem Paradoxon – die USA wollen ja auf die ukrainische Führung und deren außenpolitische Orientierung maßgeblichen Einfluss nehmen - muss man umgehen lernen.

Der in Teilen der Medien und der etablierten Politik apostrophierten Akteurskonstellation „Demokraten vs. Autokraten“, die auch den Krieg in der Ukraine charakterisiert und die die bestimmende Konfliktachse der Weltpolitik sei, wird man jedoch nur bedingt folgen können. Ja, es gibt eine globale Auseinandersetzung über autokratische oder demokratische Politikmodelle und Gesellschaftsvorstellungen. Aber diese widerspiegelt sich keineswegs in einer sauber zu trennenden Staatenwelt. Übergänge sind fließend (s. Trump in den USA), sog. illiberale Demokratien sind dabei, demokratische und rechtstaatliche Verhältnisse auszuhöhlen, demokratische Länder verbünden sich mit Autokraten, wenn es dem wirtschaftlichen Vorteil dient usw. usf. Auch für die liberale Theorie im Bereich der internationalen Beziehungen, die auf diese Gegenüberstellung demokratisch vs. autokratisch fixiert ist gilt, dass sie den laufenden Krieg nicht wirklich erklären kann, weil sie die historisch-soziologischen Dimensionen vernachlässigt. Und da sie nur auf die positiven Entwicklungstendenzen abhebt, die negativen Sachverhalte – wie die Tendenzen zur Erosion der Demokratien und der Zivilgesellschaft (die eher beiläufig erwähnt werden) - weglässt, kann sie auch keine Antworten darauf finden, was sich politisch ändern muss, um zu einer positiven Friedensordnung zu gelangen. Trotz alledem ist es m.E. nicht falsch, den Krieg gegen die Ukraine in diesen, sich weiter zuspitzenden globalen Konflikt einzuordnen. Und auch wenn man die emphatische Beschwörung, dass es in der Ukraine um die Zukunft von Freiheit und Demokratie in der Welt gehe, nicht unbedingt teilt, bleibt ein rationaler Kern an der Erzählung vom zivilisatorischen Konflikt (Zhurzhenko 2022): Wenn Putin mit seinen Kriegszielen durchkommt, sind wichtige Leitplanken nicht nur für zivilisiertes Zusammenleben der Völker/Staaten, sondern auch für Grundsätze humaner Gesellschaftsgestaltung tiefgreifend erschüttert. Und das muss verhindert werden.

Last not least hat der Krieg, der auch von einem Wirtschaftskrieg begleitet wird, erhebliche Folgen für die Entwicklungsländer hervorgerufen, die viel stärker ins Zentrum gerückt werden sollten. Auch wenn sich diese Folgen aktuell dem Putin'schen Krieg zuschreiben lassen, die Wucht in der Ernährungskrise, Umweltzerstörung, Zunahme gewaltförmiger Verteilungskämpfe die Länder des Südens trifft, hat auch viel mit postkolonialen Abhängigkeitsverhältnissen der letzten Jahrzehnte zu tun. Daher ist es eine unbedingte Pflicht der reichen Industrienationen, den Entwicklungsländern kurzfristig beim Schuldenerlass, bei Soforthilfen gegen Hunger und Armut und langfristig bei der Entwicklung gemeinsamer Strategien für nachhaltige Entwicklung entgegenzukommen. Die jetzt zumindest angekündigten Maßnahmen im Rahmen der G-7, der Europäischen Union („Global Shield“) müssen endlich konsequent umgesetzt werden.

Zauberformel Geopolitik

Im linken Spektrum ist als Antwort auf die Frage, was den Krieg verursacht habe, die Wendung von der „Geopolitik“ gegenwärtig äußerst populär. Dass man dabei gerne Anleihen bei Vertretern der neorealistischen Schule macht, die vorzugsweise als Referenzquellen angeführt werden (John Mearsheimer bspw.) mag auf den ersten Blick erstaunen, sind doch diese Theoretiker ausschließlich auf Macht, Imperien, Einflussphären, Militär fokussiert. Die Ausweitung des NATO-Gebiets nehmen sie als Bedrohung der Einflussphäre einer anderen Macht wahr, die man als zu gewagt ansieht. Den Ambitionen der Ukrainer kann man dort wenig abgewinnen, man möchte sich auch nicht von Mexiko in die Suppe spucken lassen. Die Sympathien der Neorealisten für Russland sind begrenzt. Ihnen geht es um geopolitisches „Balancing“: Russland wird aus ihrer Sicht für den Großkonflikt mit China als Bündnispartner benötigt. Die wertorientierte, d.h. an den Menschenrechten orientierte Außenpolitik Obamas, Bidens und Co. halten sie für einen schlimmen Fehler; ihnen geht es immer um den Ausgleich der Interessen, den sie freilich gestützt auf militärische Macht zu ihren Gunsten gestalten wollen (Schlichte 2022). Dass diese Denke auch Bezüge zum Denken des erzreaktionären Carl Schmitt aufweist, ist unverkennbar. Ein Bremer Historiker, Friedhelm Grützner, hat mich auf diesen Zusammenhang aufmerksam gemacht und er liegt richtig. Auch Schmitt denkt in imperialen Großräumen. Schmitt geht von der Ablösung des Systems souveräner Nationalstaaten durch ein "Pluriversum" historisch-kulturell geformter "Großräume" aus, deren Existenz jeweils durch ein "Interventionsverbot raumfremder Mächte" zu sichern sei. Diese These auf den ukrainisch-russischen Krieg angewandt, erbringt ein eindeutiges Resultat: Die Ukraine gehört historisch-kulturell zum russisch beherrschten "Großraum", und Russland verteidigt diesen derzeit gegen die "raumfremden Mächte" des Westens (USA, NATO und EU). Carl Schmitt hat diesen „geopolitischen“ Ansatz, der sich ressentimentgeladen gegen jeglichen Kosmopolitismus richtet, deutsch-nationalistisch und antiamerikanisch gewendet. Vielleicht liegt in dieser Zuspitzung gegen die USA/die US-Amerikaner auch ein Berührungspunkt, der diese Denkrichtung mit den „Antiimperialisten“ von links verbindet.

Die gedankliche Bewegung auf dieser Abstraktionsebene hat auf der linken Seite ungemeine Vorzüge: Die hier angestellten Betrachtungen zu den unmittelbaren Akteuren dieses Krieges, die Ukraine und Russland, geraten in den Hintergrund und müssen uns nicht weiter beschäftigen. Das darunter das konkrete, auf Empirie aufbauende Erkenntnisinteresse leidet, liegt auf der Hand. Überhaupt: Gesellschaftliche Verhältnisse, Prozesse, Widersprüche, die zwischen Menschen ausgetragen werden, bleiben notorisch unterbelichtet. Diese kommen in den Typologien dieser Denkrichtung bestenfalls als „soft power“ vor. In der abstrakten Geopolitik verfügen die Großmächte über nahezu unbegrenzte Manipulations- und Kontrollmöglichkeiten. Horst Kahrs und Klaus Lederer (Kahrs/Lederer 2022), haben ausgehend von den Konflikten in der Partei Die LINKE diese Denkform, die von den Menschen, ihren Bedürfnissen und Wünschen im Zusammenhang des russischen Krieges abstrahiert, so beschrieben: *„Die Welt und die Menschen spielen in dieser Lesart bestenfalls als Insassen imperialer Interessensphären und als Verschiebemasse großer Mächte eine Rolle; kaum einer offensiven kritischen Befassung wert zu sein scheinen dagegen der fortschreitende Umbau der russischen Gesellschaft zur repressiven Autokratie, die nachhaltige Kollaboration Putins mit dem globalen Rechtsradikalismus, das russische Streben nach Destabilisierung liberal-demokratischer Verhältnisse oder die demokratische Entscheidung der ukrainischen Bevölkerung gegen die Unterwerfung unter russische Vormundschaft.“*

Noch einmal: Die Fixierung auf die Meta-Ebene dieses Krieges erleichtert die Einordnung des Geschehens auch in anderer Weise. Man kann sich auf vertrautem Terrain bewegen, will heißen, sich auf die alten Kategorie-Systeme verlassen. Dass die USA an der Spitze des kapitalistischen Weltsystems stehen ist ebenso bekannt, wie ihr Versuch, sich als einzige Weltmacht auch mittels militärischer Bündnisse (NATO) zu behaupten. Und waren es nicht die USA und die NATO, die Russland mit ihrer Osterweiterungspolitik soweit an den Rand gedrängt haben, dass man mit einer harten Reaktion rechnen musste?

Die unmittelbare Antwort darauf gibt Balibar, wenn er sagt, *„selbst wenn die Nato den euroasiatischen Raum, der traditionell von Russland dominiert wird, hätte „einkreisen“ wollen, was unbestreitbar scheint, hat sie Russland nicht angegriffen. Wir dürfen niemals vergessen, wessen Armeen in die Ukraine eingefallen sind und sie derzeit zerstören.“* (ebd.) Mit anderen Worten: Man sollte schon aufpassen, dass der Verweis auf westlich-imperiale Politiken nicht als Relativierung oder gar Rechtfertigung der russischen Aggression missdeutet werden kann.

Nun stellt sich schon die Frage, ob es nicht doch einen Sinn ergibt darauf hinzuweisen, dass auch andere Mächte neben Russland ein Sündenregister vorzuweisen haben: Die USA haben 2003 unter dem Vorwand falscher Behauptungen einen völkerrechtswidrigen Krieg begonnen, massiv Menschenrechte verletzt (Abu Ghraib) und zeitweilig das Land de facto besetzt gehalten. Der Krieg der NATO gegen Serbien wegen Kosovo erfolgte ohne Mandat der Vereinten Nationen, war fragwürdig begründet und mündete in protektoratsartige Verhältnisse. In Libyen wurde ein Diktator unter Missbrauch der UNO (Responsibility to Protect) gewaltsam von außen gestürzt und nicht nur das Land, sondern die ganze Region destabilisiert. Sagen wir es allgemeiner: Es ging um Militärinterventionen, in denen Völkerrecht verletzt wurde, in denen viele Menschen geopfert und Zerstörungen ange richtet wurden, in einem Fall auch Grenzen gewaltsam verschoben wurden, Eingriffe, in denen es auch um imperiale Machtinteressen und Ressourcenausbeutung ging. Aber abgesehen davon, dass der Erkenntniswert dieser Durchsagen über Bekanntes, allzu Bekanntes begrenzt ist: Wird der Krieg Russlands durch diese Hinweise einen Deut besser? Wird die russische Kriegsschuld durch den Verweis auf die Doppelmoral des Westens in irgendeiner Weise abgeschwächt?

Zusätzlich gefragt: Kann man die verschiedenen Interventionen umstandslos gleichsetzen? Der russische Versuch, sich ein großes Stück eines Nachbarlandes einzuverleiben und damit Machtansprüche auf die innere Gestaltung dieses Landes zu verknüpfen, weist eine Besonderheit auf, die man nicht vergessen sollte. Die westlichen Interventionen waren zu keiner Zeit mit dauerhafter Besetzung und territorialer Einverleibung verbunden. Diese Tatsache ändert keinen Deut daran, welches Leid Menschen durch diese Militäraktionen zugefügt wurde und welche fatalen Konsequenzen sie für die regionale und internationale Entwicklung hatten.

Im Weiteren käme es aber vor allem darauf an, den ursächlichen Zusammenhang dieser Missetaten mit dem gegenwärtigen Krieg exakt zu benennen und nachzuweisen. Worum geht es in den hier aufgeführten Fällen? Man hat mit diesen Interventionen, mit der Aufkündigung von Abrüstungsverträgen zur Erosion einer regelbasierten Weltordnung beigetragen. Man hat dem russischen Präsidenten durch Verstöße gegen internationales Recht Vorwände geliefert, mit denen er seinen Angriffskrieg zu rechtfertigen versuchte. Auch der Großmachtchauvinismus eines Donald Trump hat dazu beigetragen, Verlässlichkeit und Vertrauen in den internationalen Beziehungen zu beschädigen. Sein Männerfreund Putin konnte hier ansetzen.

Im Klartext: Es geht um mittelbare, indirekte Bezüge, eine kausale Erklärung für den gegenwärtigen Krieg bieten diese Verweise mitnichten. Es sei denn, man konstruiert aus diesen Beispielen das Bild einer grundsätzlichen Achse des bösen Westens, die nun mal für die Schlechtigkeiten der Welt verantwortlich sei. Solche Feindbildprojektionen mögen die Einordnung komplizierter Vorgänge erleichtern, zur Wahrheitsfindung tragen sie nicht bei.

Die NATO-Osterweiterung als Kriegsgrund?

Aber was ist mit dem Hauptargument, das die besonders von den USA vorangetriebene NATO-Osterweiterung für Russland eine solche Bedrohung darstellte, dass Putin irgendwann reagieren musste? Und ist diese Expansion nicht gezielt verfolgt worden, um Russland in die Enge zu treiben? Vielleicht hat der Kriegsherr im Kreml ja doch recht?

Die ganze Geschichte und ihre Abläufe können hier nicht rekonstruiert werden. Der frühere Staatsminister im Auswärtigen Amt und Vorsitzende der GRÜNEN, Ludger Volmer, hat sich (Volmer 1998) ausführlich mit falschen Weichenstellungen, Fehlern und Widersprüchen der internationalen Politik nach 1990 auseinandergesetzt. Er hat insbesondere beklagt, dass man den Aufbau der OSZE als gesamteuropäische Institution zugunsten der NATO vernachlässigt hat. Im Deutschen Bundestag hat er bereits 1998 erklärt:

“Wenn ich diese Überlegungen zusammenfasse, dann komme ich zu folgendem Resultat. Ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem jenseits der Militärbündnisse, beruhend auf einer gestärkten und erneuerten OSZE wäre die richtige Antwort in Europa auf das Ende des Kalten Krieges gewesen. Diese Chance wurde leider nicht genutzt. Wir halten, die NATO-Erweiterung für den falschen Ansatz. Wir nehmen aber zur Kenntnis, dass er zur Realität wird. Da durch diesen falschen, nun aber zur politischen Tatsache werdenden Schritt die bisherigen Chancen auf eine gesamteuropäische Sicherheitsordnung verspielt und Gefahren neuer Risse in Europa heraufbeschworen wurden, ist es jetzt umso wichtiger, die Prozesse zu verstärken und zu beschleunigen, die dem Ziel umfassender Sicherheit und Kooperation für alle und der Zivilisierung der internationalen Beziehungen entsprechen.“ (Volmer 1997/98)

Diese Einschätzung, der ich überwiegend zustimme, sollte man im Hinterkopf behalten, wenn im Folgenden konkrete Einwände geltend gemacht werden, die einer eindimensionalen Geschichtsbeurteilung im Wege stehen. Dabei geht es im Wesentlichen darum, die These zu widerlegen, dass Putins Krieg eine logische, wenn auch politisch falsche Antwort auf die „Politik des Westens“ gewesen sei.

→ Es hat sich gezeigt, dass die Entscheidung zur Osterweiterung der Atlantischen Allianz grundsätzlich und mehr noch in der Art ihrer Durchführung fragwürdig war. Die Warnungen kluger Sicherheitsexperten, dass dieser Prozess den Aufstieg rechter, militaristischer Kreise in Moskau begünstigen würde, waren nicht unberechtigt. Egon Bahr etwa meinte, dass man das Interesse an gesamteuropäischer Stabilität über die NATO-Osterweiterung hätte stellen sollen. Aber zur Wahrheit gehört auch: *„Anders als behauptet war die Ausdehnung nicht das Ergebnis einer orchestrierten Einverleibung, sondern entsprach der Absicht der meisten Staaten Mittel- und Osteuropas, die eigene Sicherheit durch die Mitgliedschaft in der Allianz zu erhöhen.“* (H.J. Gießmann, in Welttrends, April 2022)

Die Tinte unter der Charta von Paris war 1990 noch nicht trocken, als sich die drei osteuropäischen Staaten (Polen, Tschechoslowakei, Ungarn; später Tschechien und die Slowakei) zusammenschlossen und als Visegrad-Allianz heftig die Aufnahme in die NATO beehrten. Den Drängern folgten weitere Staaten, der Westen war eher zögerlich. Während die Hürde zur Integration in die EU als zu hoch angesehen wurde, sollte die NATO-Anbindung das Eintrittsbillet in den westlichen Club werden, dem man unbedingt zugehören wollte. Man sollte an dieser Stelle auch und noch einmal darauf hinweisen, dass man bei der Beurteilung dieser Entwicklung nicht nur die Sicherheitsbelange Russlands und dessen Perzeptionen der Lage, sondern ebenso die Positionen der mittel- und osteuropäischen Staaten zu bedenken hat, will heißen: Die harten und jahrzehntelangen Erfahrungen mit sowjetischer Dominanz dürfen nicht ignoriert werden.

→ Es bleibt eine Tatsache, dass der Kreml die erste Runde der NATO-Erweiterung billigend zur Kenntnis nahm, war dieser Schritt doch mit der Etablierung des NATO-Russland-Rates 1997 und der Fortführung der Verhandlungen über die künftigen Bestände konventioneller Waffen und Streitkräfte (VKSE II) verbunden, die auch 1999 in Istanbul abgeschlossen wurden. Die NATO erklärte, keine Atomwaffen in den neuen Mitgliedsländern stationieren zu wollen. Aus der G-7-Staatengruppe wurden die G-8. Leider verweigerte die NATO in der Folgezeit die Ratifizierung des VKSE Abkommens. Erfolgte diese Runde der NATO-Erweiterung noch relativ konsensual, so erfolgten die nächsten Runden ohne vergleichbare „Kompensationen“. Im Gegenteil: Es waren v.a. die USA, die bestehende Rüstungskontrollregime aufkündigten und die Aufrüstung in den neuen NATO-Mitgliedsstaaten

voranbrachten. Dass dabei russische Vorschläge für eine stabilere Sicherheitsarchitektur in Europa (Medwedjew 2008) missachtet oder schnell abgetan wurden („die Russen wollen nur das Atlantische Bündnis spalten“), soll nicht unerwähnt bleiben.

→ Was speziell die Ukraine betrifft, so ist folgendes zu bedenken: Dass die Ukraine seit den 90er Jahren zielgerichtet in die euro-atlantischen Strukturen gedrängt wurde, ist schlicht falsch. Nur als kleine Gedankenstütze: US-Präsident George Bush reiste 1991 noch vor der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine nach Kiew, um der dortigen Führung diesen Schritt auszureden! Es gehörte damals offenkundig zum Selbstverständnis westlicher Eliten, dass die Ukraine wesentlicher Bestandteil Russlands sei. Ihre Lostrennung wurde demzufolge als destabilisierend und gefährlich empfunden. Für die 90er Jahre kann man sagen, ist eher das Gegenteil von Vereinnahmung richtig. Allerdings hat sich das Bemühen um eine solche West-Integration während und nach der Orange Revolution in dem Maße verstärkt, wie sich Putins Russland um die Aufrechterhaltung eines Satellitenstatus der Ukraine bemühte. Bemerkenswert ist für diesen Zeitraum, dass sich zwar Spannungen aufbauten, aber noch am 2. Januar 2005 der russische Außenminister Sergei Lawrow in einem Interview mit dem Handelsblatt, der Ukraine und Georgien das Recht auf einen möglichen NATO-Beitritt einräumte: *„Das ist deren Wahl. Wir achten das Recht jedes Staates – unsere Nachbarn eingeschlossen –, sich seine Partner selbst zu wählen, selbst zu entscheiden, welcher Organisation sie beitreten wollen.“*

Allerdings stimmt es, dass der Sohn des US-Präsidenten Bush, George W, der mit seinen Neocons von der unipolaren Weltordnung phantasierte, die NATO-Integration der Ukraine und Georgiens 2008 offensiv vorantreiben wollte. Er traf dabei auf eindeutigen Widerspruch durch Frankreich, Deutschland und andere EU-Staaten, die beim NATO-Gipfel dazu beitrugen, dass die Aufnahme zwar grundlegend gebilligt, de facto aber auf Eis gelegt wurde.

→ Und was die Europäische Union in Sonderheit betrifft, so sticht besonders ihre Zurückhaltung gegenüber der Ukraine ins Auge. Schlögel hat völlig Recht: *„Wenn man „dem Westen“ oder der EU etwas vorwerfen kann, dann nicht, dass sie sich übermäßig für die östlichen Nachbarn engagiert hätten, sondern dass diese eher als eine Zumutung empfunden wurden, die den Zusammenhalt Europas und der Europäischen Union ... gefährdeten.* (K. Schlögel, Entscheidung in Kiew, S. 39) Die EU hat die Ukraine lange Zeit als Bollwerk gegen die östliche Migration gesehen und weitergehende Avancen Kiews eher brüskiert statt zu fördern. Auch dies ist akribisch zu belegen.

Dass sich nach und nach in der Ukraine selber ein Trend zur engen Anbindung an die Europäische Union durchsetzte, wurde auch nicht zuletzt durch die Verschiebung der ökonomischen Verhältnisse bewirkt. Während die Importe/Exporte zwischen der EU und der Ukraine nach oben zeigten, gingen sie zwischen Russland und der Ukraine erheblich zurück. Es war Präsident Janukowitsch, ein Vertreter des russlandfreundlichen Donezk-Clans, der die verbindliche Annäherung an die EU (Assoziierungsabkommen) einleitete und durchbringen wollte, der sich aber schließlich dem Druck Russlands beugte und kurzfristig von seinem Ansinnen zurücktrat. Erst dieser Bruch hat dem Streben nach einer engeren Anbindung an die Europäische Union entscheidenden Anstoß gegeben.

Aggressive Politik des Westens 2014?

Präsident Putin rechtfertigt seine verhärtete Haltung, die Monate später in die Bereitschaft zum Krieg mündete, in einem Beitrag in der ZEIT vom 22. Juni 2021 mit der Ostausdehnung der euro-atlantischen Strukturen. Schuld an der Entwicklung nach 1990, der Entstehung neuer Trennlinien, habe der Westen, während Russlands nichts als die Einheit Europas im Sinne gehabt habe. Das Vorrücken des westlichen Militärbündnisses habe alle diesbezüglichen Hoffnungen zunichte gemacht.

„Mehr noch, viele Länder wurden vor eine künstliche Wahl gestellt – entweder mit dem kollektiven Westen oder mit Russland zusammenzugehen. De facto war dies ein Ultimatum. Die Konsequenzen dieser aggressiven Politik führt uns das Beispiel der ukrainischen Tragödie von 2014 anschaulich vor

Augen. Europa unterstützte aktiv den bewaffneten verfassungswidrigen Staatsstreich in der Ukraine. Damit hat alles begonnen ...“ (Putin 2021)

Ein solches Ultimatum gab es nicht. Wenn, dann sollte davon die Rede sein, dass beide Seiten die Ukraine zu einer Pro- oder Kontra-Entscheidung gedrängt haben und zu wenig Möglichkeiten einer Vermittlung zwischen EU und Eurasischer Wirtschaftsunion ausgelotet wurden. Und was den „Staatsstreich“ betrifft, so ist zumindest auf diplomatische Bemühungen der Außenminister Frankreichs und Deutschlands hinzuweisen, die eine Koalitionsregierung anregten, um die Gewalt zu beenden. Auch mit den Minsker Verhandlungen haben sich diese Staaten für eine diplomatische Lösung des Konflikts eingesetzt, die beiden Seiten gerecht werden wollte.

Kriegerische Gewalt ging mit der Krim-Annexion und der militärischen Unterstützung der moskau-treuen Milizen im Donbas ausschließlich von Russland aus. Dies geschah nicht aus heiterem Himmel, denn separatistische Bewegungen hatte es auf der Krim und im Donbas schon seit geraumer Zeit gegeben. Aber die Krim-Annexion war dennoch ein Überraschungscoup, der nicht angekündigt war, dem keine öffentlichen Auseinandersetzungen auf staatlicher Ebene vorausgingen. Ein solcher Akt lag schlicht nicht in der Luft. Auch mit der Anzettelung einer bewaffneten Eroberung der Donbas-Region war nicht unbedingt zu rechnen. Die Eröffnung des Krieges 2014 kann nur damit erklärt werden, dass der Kreml-Führung in diesem Moment bewusst wurde, dass die Wahl des „europafreundlichen“ Poroschenko nach der Flucht Janukowitschs einen dramatischen Einschnitt bedeutete: Die Tür zur imperialen Kontrolle der Ukraine wurde geschlossen, die Weichenstellung für die EU-Anbindung war besiegelt.

Nach der Annexion der Krim – zwischen Eskalation und Deeskalation

Wie hat nun die euroatlantische Staatenwelt auf diesen Coup Moskaus reagiert?

- Sanktionen wurden beschlossen, die gemessen an den heutigen Sanktionen eher halbherzig, moderat waren. Der Zugang zu den internationalen Finanzmärkten blieb erhalten, ein Technologieembargo war nicht vorgesehen, gegen die Geldwaschanlagen der Oligarchen im Westen (London, Zypern etc.) wurde nicht wirklich vorgegangen. Das Hauptgeschäft – der Öl- und Gasexport – wurde in keiner Weise beeinträchtigt.
- Die Bemühungen die NATO-Präsenz in den osteuropäischen Mitgliedsstaaten sichtbar zu erhöhen, wurden vorangetrieben. Truppenmanöver in der Nähe der russischen Grenze und die Stationierung von Kampfverbänden – allerdings nach dem in der NATO-Russland-Akte vorgesehenen Rotationsprinzip - gehörten dazu. Mit diesen Kontingenten wurde die Verteidigungsfähigkeit in diesen Ländern gestärkt, für raumgreifende, offensive Aktionen waren sie ungeeignet.
- Insbesondere die USA und Großbritannien begannen mit der Lieferung von Waffen und der Ausbildung der ukrainischen Armee, die sich 2014 in kläglichem Verfassungszustand präsentiert hatte.
- Die Krim-Annexion wurde zum entscheidenden Stolperstein, der dazu führte, dass sich in bi- oder multilateralen Verhandlungen so gut wie nichts bewegte.
- Die OSZE, die mit einer Beobachtungsmission endlich wieder ins Spiel gebracht worden war, beschloss die Einsetzung einer hochrangigen Kommission, die über diplomatische Lösungen des Konflikts unter Einbeziehung Russlands beraten sollte.

Die sicherheits- und militärpolitischen Aktionen, vornehmlich von NATO und EU-Mitgliedsstaaten getragen, wurden von Linken und Friedensbewegten in diesen Ländern selbst als Ausdruck einer Eskalations- und Konfrontationspolitik verstanden und entsprechend verurteilt. Die Gegenfrage lautet: Was hätten insbesondere die USA und Großbritannien tun sollen? Beide Staaten gehören zu den Garantemächten des Budapester Abkommens von 1994, das die Integrität der Ukraine eindeutig festschrieb. Hätte eine Protestnote, eine Anrufung des UN-Sicherheitsrates gereicht, in dem Russland als Verhinderungsmacht vertreten ist? Der Krieg im Donbas wäre fortgeführt worden, vermutlich

wäre er wegen der damaligen Schwäche der ukrainischen Streitkräfte schneller in den Eroberungskrieg übergegangen, den Russland jetzt vom Zaun gebrochen hat. Verbaler Protest gegen die Krim-Annexion gab es im Übrigen reichlich. Was also hätte die Forderung nach einer Deeskalation in dieser Situation bedeutet? Wäre die damit implizierte Tolerierung der Krim-Annexion und der Förderung illegaler Milizen im Donbas nicht als Ermunterung zur weiteren Eskalation verstanden worden? Der Einwand, dass die nach 2014 ergriffenen Maßnahmen ja auch nicht den Krieg verhindert hätten, ist durchaus ernst zu nehmen, aber ein hinreichendes Argument für Nicht-Handeln ist er nicht. Eher im Gegenteil.

Nun sollte man dennoch darüber nachdenken, welche Alternativen es in dieser Situation gegeben hätte. Das mag manchen als Glasperlenspiel, als geschmolzener Schnee erscheinen. Aber solche Gedankenexperimente können durchaus nützlich sein, um Optionen für künftige Krisensituationen durchgespielt zu haben. So könnte man einige Fragen aufwerfen, über die sich weiteres Nachdenken lohnt. Wäre es nicht sinnvoll gewesen, die sicherheits- und wirtschaftspolitischen Schritte zu beschließen, aber zunächst ein Fenster für Verhandlungen offen zu halten? Hat nicht der Minsker Verhandlungsprozess solche Möglichkeiten eröffnet? Damit wäre der diplomatische Prozess im Rahmen der OSZE in den Mittelpunkt internationaler Politik gerückt worden und hätte eine ganz andere Dynamik entwickeln können! So wurde er als wohlwollendes Beiwerk verstanden („Expertenkommission“), dem keine wirklich entscheidende Bedeutung zukäme. Im andern Fall wäre dem Gegenüber zugleich klar bedeutet worden, was ein Scheitern der Verhandlungen nach sich ziehen würde. Dabei hatte die vom deutschen Diplomaten Wolfgang Ischinger geleitete Arbeitsgruppe durchaus den richtigen Ansatz gewählt. Es ging um die Komplexität des Konflikts, um seine längerfristigen Wurzeln, um die wechselseitige Perzeption dieser Krise und um möglichst konkrete Ansatzpunkte ihrer Lösung. Mit „*Back to Diplomacy*“ (Ischinger 2016) hat die Gruppe ein Ergebnis vorgelegt, das eine Reihe von Vorschlägen enthielt, die man hätte aufgreifen sollen. Von Teilnehmern des Ischinger Panels war zu hören, dass sich die Vertreter der Russischen Föderation mehr oder weniger auf Obstruktionspolitik verlegt hätten. Das lässt sich nicht verifizieren. Aber es war erkennbar, dass die OSZE-Beobachtungsmission bestenfalls widerwillig akzeptiert, in vielen Fällen aber blockiert wurde. Trotzdem: Der russische Vertreter in der Gruppe, Sergej Karaganov, hat in seinem Minderheiten-votum zumindest Zustimmung zu einigen Empfehlungen der Kommission ausgedrückt, dabei aber auf seiner Lesart insistiert, dass das Vordringen des Westens für den russischen Krieg 2014 verantwortlich sei. Es ist zu vermuten, dass es sich bei den von ihm erwähnten Konsenspunkten um Vorschläge über vertrauensbildende Maßnahmen und der Rüstungskontrolle gehandelt hat. Warum wurde an dieser Stelle nicht weiterverhandelt? Wurden also wirklich alle Möglichkeiten für eine friedliche Verständigung ausgelotet?

Minsk 2 – Formel zur Lösung des Konflikts?

Mit den Minsker Verhandlungen und dem Abkommen Minsk II wurde versucht, Orientierungsmarken zu setzen, die in einen Friedensprozess münden sollten. Zwei Tage nach der Vertragsunterzeichnung eröffneten die russischen Milizen im Rahmen einer Gegenoffensive das Gefecht um Debalzewo und kesselten die ukrainischen Kräfte ein. Das stand sinnbildlich für die Lage, die zu diesem Zeitpunkt das Kräfteverhältnis bestimmte. Der drohende Kollaps der ukrainischen Armee, ist nach Meinungen mancher Expert*innen auch als Erklärung dafür heranzuziehen, warum Merkel und Macron sich auf einen Kompromiss einließen, der der russischen Seite weit entgegenkam und für die Ukrainer kaum zu akzeptierende Zumutungen enthielt. Die ehemalige Kanzlerin hat dies in einem Interview mit der ZEIT auch eingeräumt: Es sei um Zeitgewinn gegangen. Die Ukrainer sahen es als erste Bedingung an, dass ihnen Russland wieder die Kontrolle über die Staatsgrenzen (Grenzposten) zu übergeben hätte. Nur damit würde dokumentiert, dass die Souveränität des Landes nicht ange-tastet werden würde. Dieser Schritt war jedoch als Abschluss des Prozesses vorgesehen. Die im Zuge einer Verwaltungsreformen im Donbas (mehr Autonomie) vorgesehenen Kommunalwahlen und Referenden über den Status der Teilrepubliken Donezk und Luhansk, ohne definitive Klärung, wer

wählen dürfe, wie es mit dem Rückkehrrecht der Geflüchteten (über eine Million Menschen) bestellt sei und dies alles unter der öffentlichen Präsenz der Milizverbände, liefen aus ukrainischer Sicht nicht ohne Grund auf die sukzessive Herauslösung dieser Provinzen aus dem ukrainischen Staatsverband hinaus. Da man sich auch in den zähen Folgeverhandlungen nicht auf konkrete Umsetzungspläne und deren Abfolge einigen konnte, war ein Scheitern vorgezeichnet. Die einzig sinnvolle Lösung hätte wahrscheinlich in einer vorübergehenden internationalen Verwaltung der Region und ein Prozess unter der Ägide der UNO inkl. eines Blauhelmkontingents bestanden. Ob Russland dies akzeptiert hätte, kann als unwahrscheinlich gelten.

Diplomatische Bemühungen im Vorfeld des Krieges

Zu Beginn des Jahres 2021 verdichteten sich die Hinweise, dass Russland sich für eine militärische Unternehmung in der Ukraine rüsten würde. Großmanöver an der ukrainisch-russischen und belarussisch-ukrainischen Grenze folgten, Truppen- und Materialverlegungen, die auf Aggressionsabsichten hindeuteten. Dass auch die NATO mit militärischen Bemühungen antwortete – mehr Präsenz in den osteuropäischen Staaten - ist bereits erwähnt worden. Trotzdem trifft es zu, dass dadurch intensivere diplomatische Bemühungen zur Deeskalation ausgelöst wurden, die das ganze Jahr über andauerten. Im Sommer tagte nach längerer Zeit wieder der NATO-Russland-Rat. Im Ergebnis dieser Krisendiplomatie legte die Russische Föderation zwei neue Dokumente im Dezember 2021 vor und brachte diese Texte in die Öffentlichkeit. Da dies mit diplomatischen Gepflogenheiten nur schwer vereinbar war, war der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, dass dieser PR-Coup eher zur Flankierung der kriegerischen Mobilisierung gedacht war. Der Blick auf diese Dokumente erhärtete diese Annahme. Die USA und Russland sollten ein Dokument über Grundsätze einer neuen europäischen Sicherheitsordnung unterzeichnen (Treaty“). Zugleich sollte zwischen der NATO und der Russischen Föderation eine Übereinkunft („Agreement“) erzielt werden, in dem festgehalten war: Die NATO-Osterweiterung sollte gestoppt werden. Das sollte speziell für die Ukraine gelten. Der Prozess der Erweiterung inkl. Materiallagerung und Truppenpräsenz sollte auf den Stand vor 1997 zurückgerollt werden (Zellner 2022). Es musste auch der russischen Seite klar sein, dass die beiden Dokumente nicht verhandelbar waren. Weder konnten die USA über die Köpfe der Europäer etwas zur europäischen Sicherheit vereinbaren, noch konnten NATO und ihre Neumitglieder dazu gezwungen werden, de facto den Beitrittsprozess seit 1997 zurückzudrehen. Es ging in dem russischen Dokument zwar nicht um den Beitritt als solchen, aber die Eliminierung der damit verbundenen militärischen Integrationsmaßnahmen lief praktisch auf eine solche Revision hinaus. Man beachte: Es sind souveräne Staaten mit mehr oder weniger demokratisch gewählten Regierungen, die diesen Schritt – zum Teil nach parlamentarischen und öffentlichen Debatten und bei großer Zustimmung der Bevölkerungen - vollzogen hatten. Der Vorschlag Moskaus legte auch in dieser Hinsicht das zutiefst autoritäre Politikverständnis der Kreml-Führung offen. In der Sache antwortete die NATO damit, dass man über die in dem russischen Dokument auch enthaltenen Vorschläge zur Rüstungskontrolle und zu vertrauensbildenden Maßnahmen sprechen könne und kompromissbereit sei. Das schloss Zugeständnisse bei der Stationierung, genauer: Nicht-Stationierung von Raketensystemen in der Ukraine ein! Zur Frage der Aufnahme der Ukraine in die NATO war man aus grundsätzlichen Erwägungen heraus nur zu einem „Not Now“, aber nicht zu „No Never“ bereit. Dabei stützte man sich auf die UN-Charta, auf die KSZE-Schlussakte von 1975, die Charta von Paris, in denen die Souveränität der Staaten, ihre Außenpolitik selbst zu bestimmen, fixiert ist. Nun wird man sagen können, dass es sich die NATO mit dem Satz der Charta von Paris, dass Sicherheit im OSZE-Raum unteilbar sei, zu leicht gemacht hat. Man hätte womöglich früher auf russische Perzeptionen reagieren müssen. Möglicherweise waren die westlichen Gesprächsangebote zur Kontrolle und wechselseitigen Begrenzung der Rüstungspotenziale zu vage und nicht hinreichend. Aber genau dies hätte man in konkreten Verhandlungen prüfen und herausfinden können. Dass sich das Putin-Regime darauf nicht eingelassen hat, belegt recht eindeutig, dass man die Aggression gegen die Ukraine langfristig geplant hatte und unter allen Umständen durchführen wollte.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat in einem Interview mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland über seine Gespräche im unmittelbaren Vorfeld mit Wladimir Putin berichtet. Er habe ihm auf den Vorhalt, dass die Ukraine russisch sei, mit der Frage geantwortet, wo wir hinkämen, wenn wir jetzt die Verläufe der Grenzen in den letzten fünfhundert Jahren nachzeichnen und korrigieren wollten. Zur Forderung Putins, es dürften keine Moskau bedrohenden Angriffswaffen in der Ukraine stationiert werden, habe er Rüstungskontrollverhandlungen angeboten, mit denen man genau dies ausschließen könne. Und zur NATO-Frage habe er den russischen Präsidenten gesagt, ein Ukraine-Beitritt stehe in den nächsten zehn, 20, 30 Jahren nicht an (Scholz 2022). Ähnliche Statements hatte zuvor auch der NATO Generalsekretär Stoltenberg abgegeben. Man kann diese Erfahrungen in einem Satz zusammenfassen: Die Erzählung, Russland habe zwar den Krieg begonnen, aber die NATO, die USA, der Westen seien – wie die Vorgeschichte zeige – maßgeblich für diese Eskalation verantwortlich, ist schlicht falsch. Dies schließt die Kritik an den arroganten, selbstgefälligen Seiten dieser Politik nicht aus, führt sie aber auf das rechte Maß zurück.

Stellvertreter-Krieg?

In linken Kreisen und darüber hinaus (wie schon erwähnt, mit Anleihen bei den Vertretern der neo-realistischen Denkschule in den USA und hierzulande) wird heute gerne das Stichwort *Stellvertreter-Krieg* in die Debatte gebracht und zur Charakterisierung des gegenwärtigen Krieges herangezogen. Aber Vorsicht: Wenn man es konsequent durchdekliniert, heißt das, dass zumindest der eine Akteur, in diesem Fall die Ukraine, von einem anderen Land, oder einem bestimmten Bündnis benutzt wird, um dessen Interessen durchzusetzen. In diesem Fall würde es bedeuten, dass der harte Interessenkonflikt zwischen Russland und USA/NATO das bestimmende Element ist, das den ursprünglichen Konflikt zwischen RUS und der Ukraine überwölbt, überlagert, und zusehends wegdrückt. Das bestreite ich entschieden. Warum?

- Die Ukraine ist zu keinem Zeitpunkt von den USA/der NATO/dem Westen gedrängt worden, einen Krieg anzufangen. Dies gilt weder nach 2014 (man hat sich eher mit der Krim-Annexion arrangiert), noch unmittelbar vor oder nach dem russischen Angriff am 24. Februar (man erinnere sich, die USA haben Selenskyj unmittelbar nach dem Einmarsch Russlands das Exil angeboten)
- Der Überfall Russlands hat das Bestreben der ukrainischen Bevölkerung sich endgültig und vollständig unabhängig von Russland zu machen, immens bestärkt. (siehe Verteidigungswille/ die anfangs erwartete Polarisierung des Landes in Pro-Europäer und Pro-Russen ist ausgeblieben -im Gegenteil.) Dies alles hat mit US- bzw. EU-Interventionen wenig zu tun. Die Verteidigungsbereitschaft ist Folge russischen Angriffs, russischer Kriegsverbrechen etc.

Die wachsende Abhängigkeit der Ukraine namentlich von den USA durch den Krieg ist nicht zu bestreiten. Die USA liefern das Gros der Waffen und stellen die Aufklärungsmittel zur Verfügung, ohne die man im modernen Krieg nicht mehr bestehen kann. Und es ist davon auszugehen, dass sie bei der Kriegsführung ein Wörtchen mitzureden haben. Ich sage: zum Glück ist das so! Jenseits der Rhetorik nehme ich die Biden-Administration als eher rational abwägend wahr- bis dato und hoffentlich auch in Zukunft. Bsp.: Ablehnung der No Fly Zone, keine Lieferung MIG-29-Kampfflugzeuge, keine länger reichweitigen Abstandswaffen (Luft-Boden-Raketen), geliefert werden jetzt Boden-Luft-Abwehrsystem (bis zu 300km Reichweite), die die Ukraine auch tatsächlich braucht, keine Ausstattung großdimensionierter Panzerverbände. Joe Biden hat es mehrfach gesagt: Es gibt keinen Blankoscheck für die Ukraine! Und er hat explizit darauf hingewiesen, dass von den effektiven Raketen-Abwehrsystemen *Himars* nur die Typen mit begrenzter Reichweite ausliefern würde. Allerdings: Die Dinge hier sind im Fluss, und werden immer wieder von der militärischen Logik und der Dynamik des Schlachtfeldes korrigiert. Nach den ukrainischen Positionsgewinnen steht natürlich die Frage nach einer größeren Zahl schwerer Kampfpanzer? Wir werden sehen, wie sich dieses Szenario weiter entwickelt.

Über die Funktion, die die Thesen über Geopolitik und Stellvertreterkrieg in der Gedankenwelt mancher Linker spielt, ist schon gesprochen worden. Die Beschwörung alter Freund- Feindkoordinaten verwischt das Verhältnis von Tätern und Opfern in diesem Krieg. Konsequenterweise enden solche Erwägungen gerne - wider alle Evidenz - an dem Punkt, dass eigentlich „der Westen“ diesen Krieg angezettelt habe. Damit hat man sich zugleich der Frage entledigt, wie eine (schwierige) Solidarität mit der Ukraine aussehen könnte. Nun mag der Hinweis darauf, dass man mit dieser Auffassung auch exakt die Legitimationsversuche Putins übernimmt, nicht restlos zu überzeugen. Aber er stimmt.

Unterschied zwischen Geschäftemacherei und militärischer Eroberung

Ein grundlegender Hinweis darf nicht fehlen: Es sollte strikt unterschieden werden, zwischen der Verfolgung kapitalistischer Geschäftsinteressen, die von politischer Einflussnahme begleitet wird (was man im Sinne Klaus Dörres getrost als „kapitalistische Landnahme“ bezeichnen kann) und quasi militärischer Eroberungs- und Unterwerfungspolitik. Natürlich verfolgen die USA und die EU in der Ukraine kapitalistische Interessen. Sie wollen dort Geschäfte machen und auch ihren (imperialen) Einfluss in Mittel- und Osteuropa ausbauen. Ja, besonders die USA sehen auch die Gelegenheit, den Krieg für die weitere und dauerhafte Schwächung des weltpolitischen Rivalen zu nutzen. Sie haben dabei vor allem die militärische Schwächung Russlands im Auge. Ein Land mit dem Bruttoinlandsprodukt Italiens und einer nicht zukunftssträftig ausgerichteten Volkswirtschaft dürfte von ihnen indes nicht ernsthaft als bedrohlicher Weltmarktkonkurrent angesehen werden. Auf ukrainisches Öl und Getreide sind sie wahrlich nicht angewiesen. Die Gelegenheit allerdings, die europäischen Partner enger an sich zu binden und ihnen US-amerikanisches Gas zu verkaufen, lässt man sich nicht entgehen. Mit dem von Präsident Obama eingeleiteten Schwenk nach Asien („Pivot to Asia“) wurde eine Neuausrichtung der US-Außenpolitik eingeleitet, die den möglichen Hauptwidersacher für die globale Vormachtstellung der USA, das aufstrebende China, ins Visier nimmt. Es ist kein Zufall, dass es gerade einflussreiche „Falken“ in Washington sind, die den Ukraine-Krieg als unwillkommene Ablenkung von der Hauptaufgabe, China in Schach zu halten. Ergo: Eine grand strategy der US-Regierung, die seit den 90er Jahren auf die völlige Beherrschung Eurasiens zielt, mit der Ukraine als Schwerpunkt und Vorposten, um dadurch die Welt zu beherrschen, kann in Büchern schlauer Politikberater beschrieben werden, mit der Realität haben solche science-fiction-Erzählungen wenig zu tun.

Und natürlich muss gefragt werden: Ist das Voranschreiten des Kapitalismus ein Kriegsgrund? Im Rahmen einer arg simpel gestrickten Imperialismustheorie könnte man evtl. zu einem solchen Schluss kommen: Der Zusammenstoß imperialer Mächte und ihr Streit um Ressourcen wäre danach als folgerichtig anzunehmen. Aber wie oben angedeutet: Um welche Ressourcen sollte es dabei gehen? Der wirtschaftliche Einfluss Russlands in der Ukraine war erheblich zurückgegangen. Für eine solche theoretische Annahme gibt es keinerlei Indizien.

Und das Entscheidende darf nicht ausgeblendet werden: Dass die westlichen Staaten bei der Beeinflussung der osteuropäischen Staaten und darüber hinaus in der Vorhand sind, hat viel mit wirtschaftlicher Stärke, besseren Lebensverhältnissen, aber auch mit den proklamierten Werten – Menschenrechte, Freiheiten – zu tun. Natürlich wäre es für das demoralisierte Russland schwer gewesen, das antiquierte Wirtschaftsmodell über Bord werfen, eine Erneuerung des politischen Systems angehen zu wollen – zumal die richtigen Weichenstellungen unter Gorbatschow: „glasnost“ und „perestroika“ durch die Gesamtheit der Umstände diskreditiert waren. Aber trotz alledem steht nirgendwo geschrieben, dass die Russische Föderation den autokratischen Weg einschlagen, an ihrer Bevorrechtigung im Verhältnis zu den Ländern des postsowjetischen Raums festhalten und auf das Konzept als „Tankstelle der Welt“ stark zu werden, setzen musste. Man hätte auch einen alternativen Entwicklungsweg (mehr Rechtsstaat, mehr Sozialstaat, ökologische Modernisierung) einschlagen können, was für alle Beteiligten von Gewinn gewesen wäre. Vielleicht wäre dies ein gangbarer Weg gewesen, um den rapiden Einflussverlust in der untergegangenen Welt des Warschauer Pakts abzuwenden?

Exkurs: Die Johnson-Legende, oder: Wie der Westen den Frieden verhinderte

Seit einiger Zeit kursiert ein Gerücht in der linken Medienwelt, bei den Gesprächen zwischen der Ukraine und Russland in Belarus und in Istanbul Ende März habe es eine große Annäherung gegeben habe, ja sogar ein Friedensvertrag sei vorgelegt worden, den beide Seiten hätten unterzeichnen wollen. Diese Einigung sei aber durch den britischen Premier Boris Johnson am 9. April bei seinem Besuch verhindert worden. Diese Absage wird auch so interpretiert, dass dies im Auftrag der NATO bzw. der USA geschehen sei, „der Westen“ also den Frieden sabotiert habe. Schauen wir uns die Sache genauer an und fragen nach den Quellen, auf die man sich in diesem Zusammenhang bezieht.

Verhandlungen in Istanbul - der ukrainische Friedensplan?

Die britische Zeitung Faridaily berichtete am 29. März 2022 (Rustamowa 2022), dass ihr ein 10-Punkte-Friedensplan zugespielt worden sei, den die ukrainische Delegation bei den Verhandlungen in Istanbul vorlegen wollte. Einige Punkte daraus hat der russische Verhandlungsführer Vladimir Medinsky öffentlich bestätigt. Eine Autorisierung dieses Plans von ukrainischen Offiziellen gibt es jedoch nicht. Allerdings deckt sich das hier Wiedergegebene mit Positionen, die Präsident Selenskyi im unmittelbaren Vorfeld und nach dem Beginn des Krieges mehrfach öffentlich formuliert hat. Selenskyi war zu weitreichenden Zugeständnissen bereit. Die Ukraine sollte sich als neutralen Staat definieren, der sich keinem militärischen Block anschließt, keine fremden Truppen auf seinem Territorium stationiert, definitiv auf Atomwaffen verzichtet. Dafür sollten die russischen Truppen zurückgezogen werden. Die Ukraine solle ausreichende Sicherheitsgarantien bekommen, die ihre künftige territoriale Unverletzlichkeit sichern sollten. Alle weiteren Details sind unklar bis strittig.

Die Financial Times vom 16. 3. 2022 (Seddon/Olearchyk/Massoudi 2022) spricht von einem 15-Punkte Plan. Allerdings gibt es in den inhaltlichen Ausführungen ein bestimmtes Maß an Übereinstimmungen. Halten wir fest:

- Ein offizielles, autorisiertes Dokument gibt es bis heute nicht.
- Das was von beiden Seiten in der Öffentlichkeit berichtet wurde (Agenturmeldungen, Zeitungsartikel), ergibt kein eindeutiges Bild, was, wie verhandelt wurde oder schon ausverhandelt war.
- Dazu gehören auch Behauptungen der russischen Seite, die Ukraine habe während des Verhandlungsprozesses ihre Positionen geändert Wladimir Putin hat dies auf einer Pressekonferenz mit dem Präsidenten von Belarus am 12. April 2022 vorgetragen. Bei den Sicherheitsgarantien für die Ukraine seien die Krim, Sewastopol und der Donbas ursprünglich angenommen worden; dies habe die ukrainische Delegation verändert. Die ukrainische Seite hat indes darauf hingewiesen, dass man niemals bereit sei, die Souveränität des Landes aufzugeben.

Immerhin ist erkennbar, dass die Idee einer Neutralität der Ukraine, vergleichbar mit Schweden und Österreich, die die ungeteilte Zustimmung von Außenminister Lawrow fand, in den Entwürfen Eingang gefunden hatte. Aber ohne Details zu kennen, scheint es andererseits ziemlich klar (und ergibt sich aus öffentlich zugänglichen Regierungsverlautbarungen der Ukraine), dass die weitreichenden Zugeständnisse – wie den Nichtbeitritt der Ukraine zur NATO - den Truppenrückzug der russischen Streitkräfte von ukrainischem Territorium im Gegenzug voraussetzten. Aber wie wurde das Territorium definiert? Dass die künftige Garantierung der staatlichen Souveränität der Ukraine durch Regelungen untersetzt werden sollte, die deutlich über das Budapester Memorandum von 1994 hinausgehen mussten, war ebenso klar. Alle Hinweise deuten darauf hin, dass in diesen beiden Punkten keine Einigung erreicht wurde. Von einem fertig ausverhandelten Friedensvertrag, der nur noch der Absegnung durch die jeweiligen Präsidenten bedurft hätte, kann keine Rede sein.

Die russische Seite hat deutlich gemacht, dass Regelungen, die Krim und die Donbas-Region seien Teil der Ukraine, für sie nicht zur Debatte stünde. Die Financial Times schreibt dazu unmissverständlich:

„Der größte Knackpunkt bleibt Russland`s Forderung, dass die Ukraine die Annexion der Krim 2014 und die Unabhängigkeit der zwei Separatstaaten in der östlichen Donbass-Region anerkennen müsse“ (Übersetzung PS). Genau dies hat Außenminister Lawrow auch in unmittelbarer Abweisung eines italienischen Friedensplans vom Mai 2022 bekräftigt. Es ist daher davon auszugehen, dass die damit zusammenhängende Frage, bis wohin sich die russischen Truppen zurückziehen sollten und wie die Sicherheitsgarantien auszugestalten seien, umstritten bis kontrovers blieb. In der Meldung der Financial Times wie auch in anderen Informationsquellen, ist zudem deutlich nachzulesen, dass die ukrainischen Teilnehmer der Verhandlung sehr skeptisch gewesen sind. ob man Russland nach all den Lügengeschichten zuvor überhaupt trauen könne. Und diese Meldungen liegen vor dem Eintreffen Johnsons in Kiew am 9. April.

Aus dem bisher Geschriebenen folgt: Über das was in Istanbul konkret auf dem Tisch lag, was verhandelt wurde, mit welchem Ergebnis bzw. Nicht-Ergebnis gibt es keinerlei offizielle Verlautbarung. Auch die in den Medien gehandelten Informationen, Mutmaßungen, Interpretationen sind - bis auf die Aussage, man sei sicher näher gekommen – keineswegs eindeutig und verlässlich.

Ein interessantes Detail ist in der Presse zu finden: Die Verhandlungen seien nach der Annäherung wegen der ungelösten Territorialfragen ins Stocken geraten – auch weil die Delegationen nicht autorisiert gewesen seien, darüber zu befinden. Möglicherweise war dies der Hintergrund, der (nach Istanbul) Präsident Selenskyi veranlasste, Wladimir Putin aufzufordern, man möge sich auf höchster Ebene treffen, um den Gordischen Knoten durchschlagen zu können. Dieses öffentlich gemachte Angebot wurde von Putin zurückgewiesen. Warum, wenn doch ein Vertragsdokument vorgelegen haben soll? Auch dies ein Indiz dafür, dass das Narrativ des schon ausverhandelten Friedens unrichtig ist.

Der Johnson-Besuch in Kiew am 9. April 2022, oder: Wer weiß was?

Nun gibt es Menschen, die zwar in Istanbul am 29. März 2022 nicht am Tisch saßen, die dennoch genau wissen, was dort ausverhandelt wurde und die auch wissen, was Präsident Selenskyi mit dem britischen Premier Boris Johnson bei dessen Blitzbesuch am 9. April beredet hat.

Die Erzählung lautet: Der angeblich schon verabredete „Friedensplan“ (s.o.) sei durch Johnson (und die NATO?) abgelehnt worden. Daraufhin habe die ukrainische Führung weitere Verhandlungen abgebrochen. So jüngst die LINKEN Politikerin Sahra Wagenknecht, die sich darauf bezieht, dass Boris Johnson bei seinem Besuch für die westlichen Partner der Ukraine erklärt habe, dass man ein solches Friedensabkommen nicht wünsche.

Schauen wir uns die Sache genauer an und fragen nach den Quellen, auf die sich solche Behauptungen stützen könnten.

Die Quellenlage

Der Blick auf die Meldungen der Nachrichtenagenturen im Zeitraum der ukrainisch-russischen Gespräche bestätigt, dass es keine Originalquellen für diesen behaupteten Vorgang gibt. Einzig das eher zweifelhafte „Nachrichtenportal“ Heise/telepolis, lanciert eine solche Meldung – ohne Quellenangaben.

Carlo Masala hat in dem SPIEGEL-Gespräch mit Sahra Wagenknecht darauf hingewiesen, dass es für die Johnson-Intervention nur eine Meldung im *Kyiv Independent* gegeben habe, die aber von den Regierungen in London und Kiew postwendend dementiert worden sei. Näheres dazu konnte ich nicht in Erfahrung bringen.

Wesentlicher scheint mir eine ukrainische Quelle zu sein, die Anhaltspunkte für die oben genannte Erzählung bietet. In der Online Zeitung *Ukrainska Prawda* beschreibt Roman Romanciuk am 5. Mai unter Berufung auf Informationen aus dem engeren Kreis um Präsident Selenskyi den Gang der

Gespräche recht genau (Romanciuk 2022). Er kommt dabei auf den Punkt: Die Enthüllungen über die russischen Kriegsverbrechen hätten es für die Ukrainer nahezu unmöglich gemacht, mit Putin Friedensverhandlungen zu führen. Gleichzeitig sei dadurch die Zögerlichkeit „des Westens“ bei der Hilfe für die Ukraine beendet worden. Damit hätten sich für die Ukraine andere Perspektiven, als „Sich Ergeben müssen“, eröffnet. In dieser Situation hätte der Besuch Boris Johnson Anfang April den Gang der Ereignisse mitbestimmt. Johnson habe zwei Botschaften nach Kiew mitgebracht: „Die erste ist, Putin ist ein Verbrecher, er sollte unter Druck gesetzt werden, statt mit ihm zu verhandeln. Und die zweite ist, dass selbst wenn die Ukraine bereit sei, ein Agreement über (Sicherheits-)garantien zu unterschreiben, wir sind es nicht.“ (Übersetzung PS). Mit dieser Wendung habe er zum Ausdruck bringen wollen, dass der kollektive Westen zu dem Ergebnis gekommen sei, dass Putin doch nicht so mächtig sei, wie ursprünglich angenommen und infolgedessen unter Druck gesetzt werden könnte.

Auf diesen Artikel hat ein britischer Autor Bezug genommen, der am 7. Oktober 2022 auf einer britischen Website (Eagleton 2022) erschien. Er interpretierte den Romanciuk-Text dahingehend, dass Boris Johnson am 9. April Präsident Selenskyi unter Druck gesetzt habe, nicht zu unterschreiben. Großbritannien und andere westliche Staaten seien nicht bereit gewesen, die vorgesehenen Sicherheitsgarantien des Istanbul-Akkords zu verantworten.

Diesem Beitrag haben zwei Autoren an gleicher Stelle widersprochen. Sie hätten mit Romaciuk geredet, der wiederum die Interpretation Oliver Eagletons für falsch erklärte (Artiuk/Fedirko 2022). Der britische Premier - so Romaciuk - sei nicht nach Kiew gekommen, um die Beendigung der Friedensgespräche anzuordnen. Er sei nach seinem Rat gefragt worden und habe daraufhin sein Misstrauen gegenüber Putin („Kriegsverbrecher“, „Lügner“) ausgedrückt. Artiuk und Federko fügen an dieser Stelle zutreffend an, dass er diese Meinung mit der Selensky-Führung geteilt haben dürfte, die schon aus eigener Anschauung zu dem Schluss gekommen war, dass es sehr kompliziert sein dürfte, sich auf Verabredungen mit Russland zu verlassen. Und zu der in diesem Zusammenhang gemachten Bemerkung, Johnson habe sich nicht (als britischer Regierungschef) zur Übernahme von Sicherheitsgarantien bereit erklärt, ist zu sagen, dass dies nach den Erfahrungen mit dem durch Russland gebrochenen Budapest-Abkommen von 1994 naheliegend ist.

Wir können zusammenfassen:

- Eine Auftragsmission des innenpolitisch angeschlagenen Premiers Boris Johnson, um Friedensgespräche zu beenden, gab es nicht. Von einer Order der USA/ bzw. der NATO kann keine Rede sein.
- Möglicherweise ist Johnson um seine Meinung gefragt worden. Wenn die kolportierten Aussagen stimmen, so handelt es sich um Positionen, die Präsident Selenskyi nicht sonderlich beeindruckt haben dürften. Für die ukrainische Skepsis dürfte die Mehrheitsmeinung in der ukrainischen Bevölkerung, die sich nach Butscha, Irpin, Borodyanka herausgebildet hat, von größerer Bedeutung gewesen sein.

Es ist angesichts dieser Faktenlage überaus erstaunlich, dass es hochrangige Menschen gibt, die offensichtlich genau darüber Bescheid wissen, was in Istanbul auf dem Tisch lag und was zwischen Boris Johnson und Präsident Selensky am 9. April beredet wurde.

- Zu den *Bescheidwissern* gehört bspw. der frühere Bundeswehr Generalinspekteur Harald Kujat. Der General a.D. hat der rechtsextremen Preußischen Allgemeinen (vormals Ostpreussischen Zeitung) ein Interview gegeben (30.11.2022), in dem er sich auf Putin beruft, der diesen Vorgang öffentlich gemacht habe. Genaueres wissen wir nicht. Aber für Kujat ist Wladimir Putin offenkundig ein glaubwürdiger Zeuge. Kujat verweist zwei amerikanische Zeitschriftenartikel (Samuel Charap, in Foreign Affairs vom 1.6.2022; Anatol Lieven in Responsible Statecraft vom 22.9.2022). Zu der „Order“ Johnsons steht darin nichts. Immerhin

bezieht sich Kujat auch auf den Artikel von Romanciuk, den er wohl als seine wichtigste Quelle übernimmt.

- Ein anderer Bescheidwisser ist der hochrangige, inzwischen pensionierte deutsche Diplomat von der Schulenburg (u.a. Vize-Generalsekretär der UNO!) Er nennt in einem Beitrag für die *Nachdenkseiten* am 11.10.22 (Schulenburg 2022) überhaupt keine Quellen (!), behauptet aber, der einzige Zweck des NATO-Gipfels vom 23. März in Brüssel, sei gewesen, *„die ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen zu beenden“*. Dies sei wohl *„auf Druck der USA und des Vereinigten Königreichs“* geschehen. Seine Spekulationen begründet er damit, die NATO habe in ihrem Gipfelkommunique Russland den vollständigen Rückzug seiner Truppen vom ukrainischen Hoheitsgebiet gefordert. Damit sei jeglicher Kompromiss a priori torpediert worden, Verhandlungen seien daher obsolet gewesen. Ein solcher Schluss ist wahrlich kühn. Hätte die NATO stattdessen die Ukraine zum Verzicht auf die Krim und die Donbas-Region auffordern und damit den völkerrechtlichen Angriffskrieg Russlands decken sollen? Und: Die UN-Generalversammlung hat in zwei Resolutionen identische Formulierungen beschlossen. Hat also die UNO den Frieden sabotiert?

Das OnlinePortal *Die Nachdenkseiten*, seit einiger Zeit verschwörungstheoretisch unterwegs, hat am 4.12.2022 einen Beitrag veröffentlicht, der sich erstaunlich konkret, abwägend, differenziert mit dem Thema befasst (Krause 2023). Ob sich die *Nachdenkseiten* damit wieder seriöser Publizistik zuwenden wollen, darf bezweifelt werden.

Norbert Krause bezieht sich bei der Darstellung der unmittelbaren Ereignisse auch auf die hier genannten Quellen (Romanciuk, Eagleton, Artiuk und weitere) und vermeidet eine Festlegung darauf, dass Boris Johnson die ukrainische Führung unter Druck gesetzt habe, die Verhandlungen abubrechen. Der Autor nähert sich dem Thema also betont vorsichtig. Er erwähnt auch die Pressemeldung über Johnsons Aussagen in einem Gespräch mit Macron am 6. Mai: *„Er (B. Johnson) sprach sich nachdrücklich gegen Verhandlungen mit Russland über Bedingungen aus, die das falsche Narrativ des Kremls über die Invasion stützen, betonte aber, dass dies eine Entscheidung der ukrainischen Regierung sei.“* Man sollte also genau hinsehen: Die Absage an Verhandlungen ist mit Bedingungen verknüpft, die man nachvollziehen kann. Um diesen Punkt genauer beurteilen zu können, müsste man mehr Details wissen.

Krause räumt ein, ob Johnsons Position mit den anderen westlichen Ländern abgestimmt war, sei unklar, fügt aber hinzu, dass sich möglicherweise Boris Johnson und US-Präsident Biden in einem Telefonat zwei Tage danach (!) abgestimmt hätten. Zitate, die das belegen sollen, beziehen sich alleamt nicht direkt auf die Verhandlungen; Beweisführung sieht anders aus. Mit den Europäern sei diese „Linie“ (=nicht weiter verhandeln) mit Sicherheit nicht abgesprochen gewesen, so Krause weiter, hätten diese doch zur gleichen Zeit den österreichischen Bundeskanzler Nehammer in diplomatischer Mission nach Kiew und Moskau geschickt.

Erklärte Absicht des Beitrags von N. Krause bleibt dennoch, einer Publikation der Stiftung Wissenschaft und Politik zu widersprechen, die Russland „einseitig“ für das Scheitern der Friedensverhandlungen verantwortlich gemacht habe. Noch einmal: Er bilanziert nüchtern genug, dass es keine direkten Beweise für eine westliche Sabotage von Friedensverhandlungen gibt. Er versucht seine These auf indirektem Weg zu begründen und verweist darauf, dass man den Kriegsverlauf Februar/März 2022 und die westlichen Reaktionen darauf, einbeziehen müsse. Dieser Abschnitt, auch als „Schlacht um Kiew“ überschrieben, der mit dem Rückzug der russischen Truppen endete, habe die westliche Staatengemeinschaft, aber auch die Selensky-Regierung, zu dem Schluss veranlasst, dass man den Streitkräften Putins widerstehen und gestützt auf Waffenlieferungen diese zurückdrängen könne. Damit sei das anfängliche Motiv, verhandeln zu müssen, um ein Aufgeben zu vermeiden, entfallen.

Daran, dass auch in den westlichen Medien die Botschaft verbreitet wurde, nach dem Rückzug der Truppen Russlands aus dem Norden des Landes, man könne Putin eine Niederlage beibringen, mag

Richtiges enthalten. Hinzu kam aber die Abscheu über die Gräueltaten der Putin-Armee, die die Entschlossenheit zum Weiterkämpfen in der Ukraine und auch die internationale Solidarität bestärkt hat.

Und eine solche indirekte Beweisführung ist alles andere als zwingend. Wenn man die Vermutung darauf gründen will, dass die Ukraine und der Westen aufgrund der für sie günstigen Entwicklung auf dem Kriegsschauplatz verhandlungsunwillig geworden seien, so ist auch zu bedenken, dass es in der Woche vom 17.-23. März erhebliche Landgewinne der russischen Armee im Südosten des Landes gab. Außerdem sollte man nicht nur den 29. März 2022 als Stichtag nehmen. Dort hatte Außenminister Lawrow den Rückzug der Truppen um Kiew und die „Umgruppierung“, um sich „auf die Befreiung des Donbas zu konzentrieren“, verkündet. Die Ukraine hat am 17. Juni erklärt, nicht weiter verhandeln zu wissen. Genau in diese Zeit Anfang April bis Juni fällt der großflächige und rasche Vorstoß der Streitkräfte Moskaus im Donbas. Der „Militärexperte“ Jacques Baud, ein ehemaliger Schweizer Offizier, hat voller Bewunderung davon gesprochen, dieser Vormarsch hätte in Tempo und Reichweite den Blitzkrieg der Hitler-Wehrmacht bei viel geringerem Kräfteinsatz deutlich getoppt. Die Erzählung vom großen Sieg der Ukraine in der Schlacht um Kiew wird im übrigen von den beiden, von Krause herangezogenen Experten (Jacques Baud, Scott Ritter – von Krause verlinkt) gegenteilig interpretiert. Der Vorstoß nach Kiew sei eine bloß taktische Umzingelung gewesen, die darauf gerichtet gewesen sei, ukrainische Kräfte zu binden, um im Donbas voranzukommen. Der Rückzug sei, wie es Moskau verkündet hat, als Friedensangebot gedacht gewesen. Baud und Scott Ritter fallen vor allem dadurch auf, dass sie in den russischen Medien (Russia Today) Widerhall fanden und die Narrative Putins 1:1 bestätigen (Genozid im Donbas, Nazi-Milizen, die auch den Euromaidan organisiert haben etc.pp). Ihre Einschätzung war im April/Mai davon geprägt, dass sie das baldige Ende der ukrainischen Armee und den vollständigen Sieg Moskaus voraussagten. Expertise und Propaganda sind in diesen Texten schwer auseinander zu halten.

Nun kann die These, die Bereitschaft zu Verhandlungen sei nicht zuletzt vom Kriegsverlauf abhängig, trotzdem stimmen. Das Motiv auf der ukrainischen Seite dürfte aber anders gelagert sein: Angesichts der ausgreifenden Eroberungspolitik des Kreml im Osten des Landes sah die ukrainische Führung keinen Sinn darin, mit der Pistole an der Schläfe sich auf Friedensgespräche einzulassen. Es scheint doch so zu sein, dass sich die Gewissheit auf der ukrainischen Seite, obsiegen zu können, erst mit den Landgewinnen im Herbst vergangenen Jahres herauskristallisiert hat. Das hat in der Tat die Neigung zu Friedensgesprächen erst einmal gedämpft.

Diese Sicht wird durch weitere Indizien erhärtet: Präsident Selensky erklärte noch am 10. April, dass er trotz der Grausamkeiten der russischen Armee (Butscha, Irpin) weiter Frieden wolle. Er könne als Familienvater diejenigen verstehen, die eine tiefe Abneigung gegen die Gespräche hätten, aber als Politiker wolle er keine Gelegenheiten für eine diplomatische Lösung verpassen (Quelle: Nachrichtenagentur AP vom 10.4.22). Präsident Putin dagegen erklärte am 12. April, Kiew habe die Friedensgespräche zum Scheitern gebracht – „wegen falscher Anschuldigungen Kriegsverbrechen betreffend und weil es Sicherheitsgarantien für die ganze Ukraine verlangt hätte“ (Quelle: Nachrichtenagentur Reuters von 12.04.22).

Grundsätzlich scheint es mir so zu sein, dass Krause, wie all diejenigen, die die Schuld für den Verhandlungsabbruch auf der ukrainischen Seite sehen, den springenden Punkt übersehen: Die Weigerung Russlands, seine Aggression zu beenden, die Truppen zurückzuziehen und das Recht der Ukraine auf territoriale Unversehrtheit anzuerkennen, ist bis heute die Klippe für einen fairen Verhandlungsprozess. Genau dies musste auch der italienische Ministerpräsident Draghi bezüglich der italienischen Friedensinitiative vom Mai 2022 feststellen (bei Krause nachzulesen). Er erklärte, Gespräche mit Putin seien „Zeitverschwendung“, weil die russische Führung nicht von ihrer Position abrücke, dass die Krim und der Donbas nicht Teile der Ukraine seien. Die Formel des Kreml lautet in zahllosen Erklärungen seitdem: Friedensverhandlungen Ja, aber zu unseren Bedingungen. Und: Von

den Ergebnissen unserer Militäroperation (Annexion) rücken wir nicht ab. Worüber soll da verhandelt werden?

Ansonsten sollte eines grundsätzlich bedacht werden: Niemand mehr als die Ukrainer*innen, die die Hauptfolgen des Krieges zu tragen haben, sind an einer schnellen Beendigung des Krieges interessiert. Warum sollte man sich Gespräche über einen raschen Friedensschluss verweigern? Allerdings hat man der russischen Seite nicht grundlos misstraut und man hat nüchtern die Bedingungen für einen Verhandlungsfrieden abgeschätzt. Siehe dazu eindrucksvoll (Zhadan (2022)).

V. Auswege? Möglichkeiten eines Verhandlungsfriedens

Diplomatie ist immer gefordert

Von einer verhängnisvollen Kaschmir-Lösung war die Rede. Unterstreicht dies nicht die Dringlichkeit eines diplomatischen Ansatzes, um ein solch grauenvolles Szenarium abzuwenden? Ja und nochmals Ja. In den Medien und der Politik (leider nicht zuletzt von Vertreter*innen der GRÜNEN) gewinnt man den Eindruck, dass vor allem auf Waffenlieferungen gesetzt wird und schon Vorschläge nach mehr Diplomatie als Verrat am ukrainischen Volk denunziert werden. Die vereinfachte Gegenüberstellung „Waffenlieferungen vs. Diplomatie“ hilft dem ukrainischen Volk nicht. Der SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich hält dagegen, dass auch dieser Krieg nicht auf dem Schlachtfeld entschieden wird und mahnt - auch mit Verweis auf das mehrheitliche Empfinden der Bundesbürger*innen – weitere diplomatische Bemühungen an. Das ist klug und mit Blick auf die Opfer des Krieges moralisch geboten.

Nun ist es mitnichten so, dass keinerlei Gespräche stattfinden. Es gibt nahezu ständig Kontakte, Verhandlungen (über Gefangenenfreilassung und –austausch, humanitäre Korridore, Getreidelieferungen) und Vermittlungsbemühungen (Türkei, Saudi-Arabien, UNO). Bundeskanzler Olaf Scholz hat den chinesischen Präsidenten Xi Jinping aufgefordert, auf Russland einzuwirken, um Verhandlungen zu eröffnen. Beim G-20-Treffen in Indonesien im November 2022 ist darüber geredet worden und Russland ist aufgefordert worden, den Krieg zu beenden.

Trotzdem bleibt es unsere Aufgabe, nüchtern zu analysieren, an welchem Punkt der kriegerischen Auseinandersetzung wir stehen, was kurzfristig zu erwarten ist und welche Bedingungen für einen solchen Prozess gegeben sein müssen. So ist bspw. die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand, um den Weg für Verhandlungen freizumachen, wohlfeil, aber ist sie realistisch? In nicht wenigen Fällen ergibt sich ein Waffenstillstand erst, nachdem eine Übereinkunft für den Frieden erreicht worden ist. Eine solche ist nicht in Sicht. Dann aber werden solche Ruhepausen gerne genutzt, um eine Regeneration oder Umgruppierung der militärischen Kräfte vorzunehmen. Darum kann es friedenspolitisch wohl kaum gehen. Die Ukraine wird gegenwärtig ein solches Innehalten nicht akzeptieren, um ihre gegenwärtigen operativen Vorteile nicht aus der Hand zu geben. Aber auch der russischen Kriegführung, die durch massiven Kräfteinsatz auf die Kapitulation der Ukraine gerichtet ist, kommt ein Waffenstillstand nicht zupass. Soviel kann gesagt werden: Um einen Waffenstillstand zu erreichen, bedarf es eindeutiger Signale aus Moskau, die mit der Bereitschaft zum Rückzug verknüpft sein müsste. Ohne ein solches Einlenken würde ein pauschales Angebot der Ukraine von der anderen Seite als Schwäche interpretiert werden. Die Veranlassung zu Gesprächen würde sich dadurch nicht erhöhen. Denn wenn der Gegner sich schwach zeigt, stellt sich für Putin die Frage, worüber verhandelt werden soll, wenn er seine Kriegsziele auf dem direkten Weg der Eroberungen durchdrücken kann?

Immerhin: Präsident Putin hat in jüngster Zeit in mehreren Reden, in denen er weitere Eskalationen ankündigte, zugleich Verhandlungsbereitschaft angedeutet. Ob es dabei um Zeitgewinn geht oder ob Putin unter dem Eindruck des Kriegsverlaufs tatsächlich nach Auswegen sucht, wissen wir nicht. Aber es spricht doch Einiges dafür, dass alle Möglichkeiten internationaler Vermittlung genutzt werden sollten, diese Bereitschaft auszutesten.(Ganser 2022).

Gegen einen Unterwerfungsfrieden

In einem früheren Text habe ich zu den Voraussetzungen von Verhandlungen, die zu einem stabilen Frieden führen, der von beiden Seiten für gerecht, zumindest für akzeptabel gehalten wird, geschrieben: Die Ukraine darf diesen Krieg nicht verlieren (Schäfer 2022). Diese elementare Voraussetzung gilt, auch wenn sich manche damit nicht abfinden können, nach wie vor. Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler hat völlig Recht, wenn er schreibt, dass die allgemeine Forderung nach einem

schnellen Frieden nicht weiterhilft – solange man nicht sagen kann, *wie* man zu einem Verhandlungsfrieden kommt. In seiner Kritik an der allgemein bleibenden Forderung nach einem schnellen Frieden wird dies wie folgt begründet:

„Die generelle Antwort läuft darauf hinaus, dass man die russische Aussicht auf den Sieg schwächen muss. Je größer für Putin die Aussicht auf einen lange währenden Erschöpfungskrieg ist, an dessen Ende aller Voraussicht nach dann doch ein Verhandlungsfrieden steht, desto eher wird er bereit sein, sich jetzt auf den Verhandlungsfrieden einzulassen. Er zieht dann den baldigen Frieden einem ungewiss gewordenen Sieg vor, um die Erschöpfung zu vermeiden, die Russland auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte hin paralysieren würde.“

Das sind allgemeine Erwägungen, die fast immer zutreffen. Was aber ist, wenn wir es mit einem Regime zu tun haben, dass sein Überleben an einen Erfolg im Krieg geknüpft hat und das – historische Beispiel dafür kennen wir – daher bereit scheint, „bis zum letzten Blutstropfen“ zu kämpfen? Das wissen wir nicht und können es nicht wissen. Unabhängig davon gilt, dass wir schrecklicherweise von einem weiter gehenden Krieg mit vielen Opfern ausgehen müssen, denn ein endgültiges Scheitern des russischen Angriffs ist nicht zu erkennen. Die Alternative wäre ein Kriegsende, bei dem sich die Ukraine den russischen Kriegszielen unterwirft. Und damit wäre die Frage aufgeworfen, ob ein solches Ende auf längere Sicht zu weniger Gewalt oder wahrscheinlich global gesehen zu entschieden mehr Gewalt führen würde. Der belohnte Aggressor wird durch seinen Sieg bestimmt nicht zahm, sondern kühner. Das würden dann Andere an anderen Enden des Imperiums zu spüren bekommen. Schlechte Beispiele machen Schule. Die Missachtung des Völkerrechts bleibt nicht ohne Konsequenzen. Andere expansionsorientierte Machthaber werden sich ermuntert sehen. Man hat es schon jetzt in der Region gemerkt. Im Windschatten des Krieges hat Aserbeidschan neue Offensiven gegen Armenien gestartet – weil die Konstellation so günstig ist.

Auch ist dringend zu berücksichtigen, dass es um die in der UN-Charta niedergelegte Weltordnung, die kriegerische Aggressionen ächtet und die Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen festschreibt, geht. Was würde es bedeuten, wenn eine weitere dramatische Erosion schlicht in Kauf genommen würde? Und dies vor dem Hintergrund einer sich abzeichnenden weiteren Polarisierung im Streit um globale Hegemonie (USA vs. China)?

Und was hieße ein solches „Kriegsende“ auf dem Kriegsschauplatz selber? Es ist fest damit zu rechnen, dass beide Seiten weiter erheblich rüsten werden. Die Ukraine weil sie dessen Zustand nicht ertragen will, Russland weil es seine Eroberungen halten will. Weitere „Waffengänge“ wären vorprogrammiert. Wie kann man einen Revanchismus eindämmen, der mit solchen Kriegsausgängen meist verbunden ist? Dieser grundlegenden Frage wird sich die Friedens- und konfliktforschung stellen müssen.

Ergo: Die Welt wird nicht friedlicher – von der Demoralisierung der Menschen in der Ukraine ganz abgesehen. Last not least ist mit einem Unterwerfungsfrieden die Frage aufgeworfen, wie die Menschen leben wollen, welches Maß an Unfreiheit/Freiheit sind sie bereit zu tragen?

Pro und Kontra Waffenlieferungen

Es gibt gute Gründe, gegen Waffenlieferungen an die Ukraine zu sein: Die Verlängerung des Krieges, die zu erwartenden Zerstörungen, die Zunahme der Toten, der sich dadurch vertiefende Hass, die Verfeindung etc. Die rationale Abwägung sagt aber auch: Ohne die externe militärische Hilfe ist die Ukraine in kurzer Zeit am Boden und muss kapitulieren; Putin hätte seine weit gespannten Kriegsziele, die sich zwar im Laufe des Krieges modifizieren können, aber nach allem, was wir jetzt wissen, auf eine territoriale Neuordnung hinauslaufen, komplett erreicht. Das eröffnet weder lokal noch global Perspektiven für einen dauerhaften Frieden. Das heißt leider auch: Ohne Waffenlieferungen wird es nicht gehen. Die Diskussion über defensive oder offensive, über leichte oder schwere Waffen,

ist dabei obsolet. Hier geht es zunächst um militärische Logiken, die auch von Militärs beurteilt werden müssen. Die danach zu treffenden Entscheidungen müssen aber letztlich von den politischen Entscheidern nach Maßgabe rationaler Risikoabwägungen getroffen werden: Wo überreize ich, wo provoziere ich nicht mehr kontrollierbare Eskalationen des Krieges, wie kann die Einhaltung des humanitären Völkerrechts gewährleistet werden usw.usf.?

Manchen mag es widersprüchlich erscheinen, für Waffenlieferungen *und* für eine diplomatische Lösung einzutreten. Das sehe ich anders. Die Solidarität mit der angegriffenen Ukraine impliziert zwingend, dass sie in ihrem militärischen Widerstand gestützt werden muss, damit der Aggressor von seinem Tun ablässt. D.h. für mich aber zugleich: Das törichte Gerede vom totalen Sieg über Russland sollte – zumindest innerhalb der mit der Ukraine verbundenen Staaten - unverzüglich eingestellt werden, weil man nur so Bedingungen für einen friedlichen Ausgang schaffen kann, der Russland „mitnimmt“. Die Fortsetzung des Krieges muss immer wieder mit ernsthaften Angeboten zu einer Beendigung der Kampfhandlungen verbunden werden.

Ziviler, gewaltfreier Widerstand als alternative Option?

Ins Spiel werden im Rahmen der Friedensbewegung auch Alternativen zum bewaffneten und opferreichen Widerstand gebracht. Gibt es nicht die Möglichkeit, auf gewaltsame Interventionen und Besatzung mit zivilen, gewaltfreien Mitteln zu antworten? Diese Gegenwehr würde einen sehr langen Atem verlangen, vermutlich auch auf äußere Unterstützung angewiesen sein, könnte aber insbesondere dabei helfen, das Maß an Zerstörung und menschlichen Opfern dramatisch zu begrenzen. Unter dem Stichwort „*Soziale Verteidigung*“ sind auch Konzepte erarbeitet worden, in denen die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft, sich gegen die militärische Übermacht dennoch zur Geltung zu bringen, erörtert werden. Zu denken ist an Verweigerungsaktionen, zivilen Ungehorsam, Obstruktionspolitiken gegen die Behörden, um Sand ins Getriebe zu werfen etc.pp. Sinn und Zweck dieses Widerstandes ist es, den Besatzungsmächten zu zeigen, dass sie auf Dauer keinen Gewinn mit ihrer Eroberung machen werden – im Gegenteil. Es geht um Demoralisierung und Delegitimierung! Über dieses Konzept und über Formen des zivilen Widerstandes lohnt es sich auf alle Fälle aus den oben genannten Gründen weiter nachzudenken. Dies gilt auch deshalb, weil es immer wieder Fälle geben wird, in denen eine überwältigende Militärmaschinerie losschlägt, gegen die eine angegriffene Nation wenig bis gar nichts ausrichten kann und nur die langfristige zivilgesellschaftliche Unterhöhung der Macht als Option bleibt.

Interessanterweise hat jüngst eine katalanische Stiftung mit Unterstützung Jenaer Wissenschaftler*innen eine Studie über den gewaltfreien Widerstand in der Ukraine vorgestellt, die einige Einsichten vermittelt. Auch das sollte man sich genauer anschauen. Zunächst ist es durchaus spannend zu erfahren, dass es viel mehr an Widerstandsaktionen gegeben hat, als gemeinhin berichtet wurde. Wir kennen die Filmaufnahmen der Menschen in Cherson, die sich den Besatzungstruppen mutig entgegenstellten und die das vom Angreifer vermittelte Bild, die Bevölkerung vor Ort sei befreit worden, grundsätzlich dementiert haben. Das war sehr wichtig. Offenkundig konnte der Widerstand in den südlichen Oblasten sich auf lange Erfahrungen gewaltfreier Aktion durch selbstorganisierte Gemeinschaften stützen und Einiges erreichen: Die Institutionalisierung des Besatzungsregimes konnte zeitweilig behindert und verzögert werden; Protest wurde sichtbar gemacht, Menschen ermutigt, sich weiter zu verweigern. Allerdings hat sich auch nach wenigen Wochen gezeigt, dass die zunehmende Repression (Gewalt gegen Aktivist*innen, Verhaftungen, Entführungen usw.) den zivilen Widerstand drastisch verringert hat. Immerhin leisten diese Gruppen in den besetzten Gebieten humanitäre Dienste, indem sie zwischen lokalen Gemeinschaften und der russischen Armee vermitteln und etwas zum Schutz der Bevölkerung und der Infrastruktur zu erreichen versuchen. Aber am Status der Besetzung ändert sich nichts. In den nicht besetzten Gebieten der Ukraine beteiligen sich die gewaltfreien Initiativen auch am Widerstand. Hier geht es um den Schutz der Zivilbevölkerung, um Rettungsmaßnahmen, um die Aufrechterhaltung der Kommunikationswege und den

Wiederaufbau von Infrastruktur gegen die vorrückende russische Armee usw. Dabei gibt es aber erhebliche und wahrscheinlich auch nicht zu vermeidende Überschneidungen/Interaktionen staatlichen Institutionen, aber auch mit den Streitkräften, auf deren Unterstützung ein beträchtlicher Teil der Aktivitäten ausgerichtet ist. Wie man damit umgehen soll, wird von den Aktivist*innen als offenes Problem empfunden. Als Manko wird auch gesehen, dass es kaum gelungen sei, auf die Angehörigen der russischen Streitkräfte unmittelbar einzuwirken. Dabei kann es um Demoralisierung, aber auch um Verbrüderung mit Desertionswilligen gehen.

Aus meiner Sicht erscheint es in einem solchen Fall undenkbar, dass sich der zivile Widerstand gegen die bewaffnete Verteidigung stellt, also etwa zur Einstellung der ukrainischen Kampfhandlungen aufruft. Schon das Drängen auf eine Verhandlungslösung dürfte in diesem Umfeld verdammt schwierig sein. Wenn es Aktivist*innen versuchen sollten, wäre dies höchst ehrenwert und zu unterstützen.

Voraussetzungen eines Verhandlungsfriedens

Welche Voraussetzungen sollten gegeben sein, damit ernsthafte Verhandlungen in Gang kommen?

Erstens: Es muss für Putin erkennbar werden, dass Russland seine jetzigen Eroberungen nicht halten kann und dem Aggressorstaat die Felle wegschwimmen.

Zweitens: Dass die Ukraine die Rückeroberung sämtlicher Gebiete, also auch der Krim, anstrebt, ist eine Sache, die als Ausgangspunkt nachvollziehbar ist. Aber auch sie muss sich im Klaren sein, welchen Preis sie für dieses Ziel zu zahlen bereit ist. Und sie muss auch in Rechnung stellen, dass in Verhandlungen Kompromisse unumgänglich sein werden (Merkel 2022, dazu kritisch: Sasse 2023).

Drittens: Die USA und Europa müssen Russland die Rücknahme der Sanktionen für den Fall seines Rückzugs und der Beendigung des Krieges in Aussicht stellen. Frieden muss auch wirtschaftlich attraktiv gemacht werden. Das impliziert aber auch, dass die Sanktionen bei weiterer Besetzung ukrainischer Provinzen nicht zurückgenommen werden.

Dass ein solcher Verhandlungsprozess möglicherweise überhaupt erst zustande kommt, wenn Wladimir Putin innenpolitisch erheblich stärker unter Druck gerät, sollte einkalkuliert werden.

Es ist hilfreich, wenn wir uns über Bedingungen für einen ausgehandelten Frieden verständigen wollen, auf den Stand der wissenschaftlichen Forschung zurückzugreifen. Aus der zahlreichen Literatur, die sich mit Erfahrungen aus bewaffneten Konflikten und deren Beendigung auseinandergesetzt hat, konnten Hans Joachim Gießmann und ich eine Reihe von Überlegungen und Vorschlägen aufschreiben, die zumindest beachtet werden sollten (Gießmann/Schäfer 2019).

Friedensverhandlungen mit Aussicht auf Erfolg können weder von externen Akteuren aufgezwungen noch kann der nachhaltige Bestand der Verhandlungsergebnisse gesichert werden, wenn die unmittelbaren Konfliktparteien nicht wollen. Trotzdem gilt: Ohne externe Akteure geht es meistens auch nicht. Dabei ist zu unterscheiden zwischen den direkt involvierten Konfliktparteien und Mediatoren. Dass gerade in dieser Hinsicht die Vereinten Nationen eine wichtige Rolle einnehmen sollten, versteht sich. Im vorliegenden Fall ist der Faktor der „Externen“ besonders wichtig, weil es auch um „materielle“ Sicherheitsgarantien geht. Dass nicht über die Köpfe der Ukraine hinweg verhandelt werden darf, scheint klar zu sein. Zugleich gilt: Es wird auch Verhandlungsformate geben müssen, an denen mittelbar Kriegsbeteiligte, wie die USA, die EU, China, vor allem aber die Vereinten Nationen mit am Tisch sitzen.

Wann sind Verhandlungen wahrscheinlich?

„Glauben die Verhandlungsparteien nicht daran, dass sie mit Verhandlungen mehr erreichen können als mit anderen Mitteln, werden sie diese nicht ernsthaft verfolgen und sie gegebenenfalls auch schei-

tern lassen.“ (Gießmann/Schäfer). Dies beginnt schon bei der Frage, ob überhaupt Verhandlungen aufgenommen werden. Der US-Konfliktforscher William Zartman geht davon aus, dass Kriege erst dann „reif“ für Versuche ihrer Beilegung sind, wenn beide Seiten vor einem schmerzhaften Patt stehen und zugleich Auswege erkennbar sind. Also: Erst wenn die Akteure auf dem Kriegsschauplatz definitiv nicht weiterkommen und sie sich stattdessen durch Verhandlungen einen politischen Vorteil zur Erreichung ihrer Ziele versprechen, wird es zu substantiellen Gesprächen kommen. Die Crux bei dem „ripe moment“ ist: Man erkennt ihn meist erst hinterher.

Wenn wir uns die Ausgangslage für einen Verhandlungsprozess in unserem Falle genauer anschauen, ist wenig Optimismus angebracht: Russland hat mit der Annexion der vier Gebiete im Osten/Süden der Ukraine wichtige Kriegsziele erreicht. Warum sollte Putin unter dieser Voraussetzung überhaupt verhandeln? Worüber? Immerhin: Eine 1.000 km lange Grenze militärisch zu sichern, verlangt auch Russland einen unglaublichen Ressourceneinsatz ab. Ist der auf Dauer zu leisten? Auf ukrainischer Seite führt die lange Liste der russischen Kriegsverbrechen (Butscha u.v.m.) und der ukrainischen Opfer auch dazu, dass die Bereitschaft zu Verhandlungen erst einmal blockiert ist. Herfried Münkler (ebd.): „*Ganz schnell ist dann von Verrat am Vermächtnis der Toten die Rede*“ Die materiellen Zerstörungen kommen noch hinzu. Und das Misstrauen sitzt nach der ebenso langen Liste der Lügen und Täuschungsversuche durch die Moskauer Regierung tief. Schließlich: Die Ukraine hat nach dem Überfall das Ziel der NATO-Mitgliedschaft in ihre Verfassung aufgenommen. Zur Revision sind entsprechende Mehrheiten erforderlich.

Vor allem spricht auch der gegenwärtige Stand des Krieges gegen die Hoffnung auf baldigen Frieden: Man kann es auch so sagen: Trotz Monaten verlustreicher Kämpfe ist ein Patt auf dem Kriegsschauplatz längst nicht erreicht. Ein solcher Befund mag zynisch klingen, weil er weiter grausame Zerstörungen und viele Menschenopfer einkalkuliert. Aber der bloße Wunsch, es möge anders sein, hilft auch nicht.

Immerhin scheint sich etwas Bewegung anzudeuten: Meldungen mehren sich, dass Vertreter der US-Regierung in „privaten“ Gesprächen mit ukrainischen Repräsentanten mehr Offenheit gegenüber einem Verhandlungsprozess, der auch Konzessionen verlangt, anmahnen (Ryan/Ashford 2022). Niemand wolle die Ukraine zu Gesprächen mit Putin drängen, heißt es, aber man solle mit Blick auf eine „Ukraine-Müdigkeit“ in Europa und den Ländern des Südens, die Notwendigkeit einer Beendigung des Krieges im Blick behalten. In diesen Beiträgen wird auch zu Recht gesagt, dass man durch die maßgebliche Unterstützung der Ukraine auch darauf drängen könne, mit am Verhandlungstisch zu sitzen. Eine Internationalisierung wird ja auch notwendig sein, wenn es um die internationale Garantie eines ausgehandelten Friedenprozesses gehen soll. Einen kleinen Hoffnungsschimmer haben wir also, der uns ermutigen sollte, weiter für diplomatische Lösungen zu streiten.

Kriegspartei: Abwägung von Kosten und Nutzen

Kosten-Nutzen-Kalkulationen spielen für die Hauptakteure eines Krieges immer eine Schlüsselrolle. In Vietnam und Afghanistan erwies sich die Strategie der Aufstandsbekämpfung („Counter-Insurgency“) als Never ending story. Dies auch deshalb, weil es zu keiner Zeit gelang, ein Staatswesen aufzubauen mit einer von Bevölkerungsmehrheiten anerkannten Regierung (Legitimation), in dem die gesellschaftlichen Konflikte ausgeglichen und gelöst werden konnten (Integrationsfähigkeit). Die Folge war, dass die immensen Kriegskosten bestehen blieben, ohne dass ein gutes Ende des Krieges in Sicht war. Sich auf Friedensgespräche einzulassen, blieb als einziger Ausweg. Für Russland stellen sich folgende Fragen: Welchen Vorteil bringt ein dauerhaftes Besatzungsregime, das immer wieder militärisch unter Druck gerät und in dem eine wirtschaftliche Entwicklung nur schwer möglich ist. Welche Folgekosten entstehen darüber hinaus durch den weitreichenden Ausschluss vom kapitalistischen Weltmarkt, Verluste, die auch nicht durch andere Wirtschaftsverbindungen (China) und interne Substitu-

tion ausgeglichen werden können? Wie kann man das in Teilen der Welt ramponierte Ansehen wiederherstellen, auf das man für die eigene Herrschaftssicherung auf Dauer angewiesen ist?

Internationaler Druck

Welche andere Faktoren, neben der Erschöpfung auf dem Kampffeld und hohen Kosten, denen wenig Nutzen gegenübersteht, können noch dazu beitragen, dass die Bereitschaft zu einem Friedensprozess steigt? Es ist der internationale politische Druck (Weltöffentlichkeit, Antikriegsbewegungen, Regierungshandeln), der erheblich ins Gewicht fällt. Auch hier ist ein Blick auf historische Erfahrungen von Nutzen. Gegen den Vietnam-Krieg der USA in den 60er Jahren richteten sich Massenproteste rund um den Globus, Millionen Menschen waren selbst in den USA auf den Beinen. Ein solcher Druck ist gegenwärtig bezogen auf Russland nicht in Sicht. Es gibt auf der politischen Bühne zwar eine relative Isolierung Russlands in der UN, aber Russland sind wichtige Verbündete geblieben, die diese Isolation abschwächen. In Moskau schwärmt man fast davon, dass eine „globale Mehrheit“ auf russischer Seite stünde. China, Indien und andere einflussreiche Staaten, bleiben zwar auf Distanz, sind aber zu einer klaren Verurteilung nicht bereit. In vielen Ländern des Globalen Südens existiert die Auffassung, dass der Westen in seiner Dominanz und Überheblichkeit am Krieg nicht ganz schuldlos sei und daher eine eindeutige Parteinahme nicht opportun sei. Und diese große Staatengruppe, in der über die Hälfte der Menschheit lebt, stößt sich zudem an der nicht zu leugnenden Doppelmoral und Scheinheiligkeit westlicher Politik. Sie ist im Irakkrieg 2003, im Umgang mit dem Jemen-Krieg Saudi-Arabiens, der Abweisung von Flüchtlingen an den Außengrenzen der USA und Europas, um nur wenige Beispiele zu nennen, immer wieder sichtbar geworden. Diese Politik der doppelten Standards zu beenden, ist eine vorrangige Aufgabe, wenn die G-7-Staaten verloren gegangenen Einfluss wiedergewinnen wollen. Und was die Einbeziehung dieser Staaten in eine Solidaritätsallianz mit der Ukraine betrifft, so bedarf es dazu einer Politik, die nicht auf moralische Belehrung, sondern auf praktische Hilfsangebote ausgerichtet ist. Eine solche Weitsicht lassen die „westlichen“ Eliten immer noch vermissen, wie schulmeisterliche Demarchen der EU bei sich in der UNO enthaltenden Staaten zeigen. Verständnis für die Lage, in der sich Teile der Staatenwelt wegen tiefgreifender Wirtschafts- Umwelt- und Entwicklungskrisen befinden, das wäre eine Zeitenwende, die auch den Druck auf das Putin-Regime wirksam erhöhen könnte.

Die Rolle der Friedensbewegung

Zur Schwäche des internationalen Drucks auf Russland gehört leider auch, dass wir es mit einer Friedensbewegung zu tun haben, die in dieser Frage gespalten ist und nach angemessener politischer Orientierung sucht. Dabei geht es weniger um die links-, rechtspopulistischen Teile, die sich im Umkreis von Querdenkern, Verschwörungstheoretikern, Amerikahassern und Putin-Jüngern lautstark bemerkbar machen. Das gilt es zur Kenntnis zu nehmen. Das Problem besteht in der Positionsfindung derjenigen, die Russlands Krieg verurteilen, aber ihre Identität als pazifistische Bewegung bewahren wollen. Wie das gehen soll, bereitet nicht Wenigen Kopfzerbrechen. Auf welcher Grundlage sollen sie sich engagieren? Wie können die Menschen, die man bewegen will, auch tatsächlich erreicht werden? Oftmals sieht es so aus, dass die Friedensgruppen von rhetorischen Floskeln abgesehen, Russland als Aggressor weniger im Blick haben als die westlichen Imperialismen. Sie erscheinen als die entscheidenden Adressaten des Protests. Und dies wird in der Öffentlichkeit – nicht grundlos - als verdeckte Parteinahme für Putin aufgefasst. Nicht wenige, eigentlich friedensbewegte Menschen sind nicht bereit, sich an solchen Demonstrationen zu beteiligen. Und die Frage ist doch zu stellen: Warum ist der eigentlich naheliegende Ruf „*Russland raus aus der Ukraine*“ (im Vietnamkrieg hieß es reichlich plakativ: „*Ami go home*“), der den Kriegsherren im Kreml Sorge bereiten könnte, nicht zu hören?

Dass eine Bewegung, die allgemein den Krieg verurteilt und ebenso abstrakt beide Seiten gleichermaßen zum Verhandeln auffordert, wenig realitätstauglich erscheint, kommt hinzu. Die Frage, wie

man tatsächlich zu Verhandlungen kommt, bleibt jenseits des Appells schlicht unbeantwortet. Man könnte es auch so ausdrücken: Die moralische Integrität einer Bewegung ist in Frage gestellt, so lange sie sich nicht eindeutig auf das Völkerrecht (Souveränität und Unverletzlichkeit der Grenzen) bezieht und nur wenig bis nichts zur konkreten Solidarität mit den Opfern beizutragen weiß.

Innerrussische Opposition

Wie steht es um eine wirkungsvolle innergesellschaftliche Opposition in Russland? Diese hat sich durch die breit gestreute Wirkung der Zwangsmobilisierung von Reservisten wieder gezeigt und sie ist breiter geworden, gegen die brutale staatliche Repression kommt sie aber nicht an. Ob sich das kurzfristig ändern wird, ist schwer zu beurteilen. Hunderttausende haben es vorgezogen, das Land zu verlassen, weil sie zuhause keine Veränderungsperspektiven sehen. Putin ist zwar etwas außer Tritt geraten, scheint aber weiter fest im Sattel zu sitzen. Dennoch sollte die Politik viel stärker in den Blick nehmen, wie man von außen diejenigen in der russischen Gesellschaft erreichen und ermuntern kann, die mit dem Kriegskurs ihrer Führung nicht einverstanden sind, die am Erfolg des Unternehmens zweifeln, die sich Gedanken über ihre und ihrer Kinder Zukunft im Lande machen. Nicht wenige folgen immer noch der Kreml-Propaganda, dass die westliche Welt mit den harten Sanktionen und Kulturkampf-Attitüden (Diskriminierung russischer Komponisten und Literaten, Beendigung von Städtepartnerschaften etc.) ganz Russland zum Feind erklärt hat und niedermachen will. Gerade daher wären andere Signale gerade aus Europa dringend gefragt. Wenn es um Veränderungen in der russischen Gesellschaft geht, ist auch die Frage der Sanktionen aufgeworfen. Wie wirken sie? Was soll damit bewirkt werden? Genauer, auch wenn ich mich dabei wiederhole, ist für mich der springende Punkt, dass Sanktionen konditioniert sein müssen. Denn es sollte ein unmissverständliches Signal an die russische Bevölkerung gesendet werden, dass der Rückzug der Besatzungstruppen die sukzessive Aufhebung der Wirtschaftssanktionen nach sich ziehen würde. Mehr noch: Die Aushandlung einer gerechten Friedenslösung sollte mit dem Angebot engerer Kooperation vor allem auf dem Feld der Dekarbonisierung der Wirtschaft, der gemeinsamen Förderung erneuerbarer Energien etc. gekoppelt werden. Leider wird ein solches Ziel in den EU-Dokumenten ganz selten und beiläufig wähnt. Es sollte mehr nach vorne gerückt werden.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Zanda Martens hat es zutreffend formuliert: „... kann es wirklich im Interesse der Ukraine und im europäischen Interesse liegen, einen Nachbarn zu haben, der wirtschaftlich ruiniert und ausgegrenzt ist und somit anfällig für weitere undemokratische Bewegungen und Herrscher ist? ... Das Ziel darf nicht die Zerstörung Russlands sein, sondern ein demokratisches Russland ohne Putin“ (Martens 2022). Darüber, wie dieses längerfristige Ziel zu erreichen ist, und welche Bedingungen gegeben sein müssen, um eine neue europäische Friedensordnung aufbauen zu können, wird weiter nachgedacht werden müssen.

Vorschläge für einen Verhandlungsfrieden

Vorschläge und Ideen über Grundelemente eines Verhandlungsfriedens, über Verhandlungsformate etc. liegen schon lange vor. Am bekanntesten wurde der Text einer Studiengruppe Wissenschaft und Ethik des Glücks, die im Rahmen des Vatikans tagt, unter dem Vorsitz von Jeffrey Sachs (Sachs 2022). Genannt sind dort: Neutralität der Ukraine; angemessene Sicherheitsgarantien durch die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates; russische de-facto-Kontrolle über die Krim, Eröffnung von Verhandlungen über eine de-jure-Lösung; Autonomie der Regionen Donezk und Luhansk innerhalb der Ukraine; garantierter Zugang für beide Seiten zu den jeweiligen Schwarzmeerhäfen; schrittweise Rücknahme der Sanktionen gegen den Abzug der russischen Truppen; multilateraler Wiederaufbaufonds. Überwachung des Abkommens durch die UNO. Schweizer Wissenschaftler*innen haben detaillierte Überlegungen zu möglichen Friedensverträgen vorgelegt (Ambühl 2022). Daran fehlt es also nicht. Es geht um die fehlende Bereitschaft - vor allem auf russischer Seite. Die aktuellen russischen Offerten

sind immer mit dem Zusatz versehen, dass die Gegenseite die neuen „territorialen Realitäten“ anerkennen müsse!

Aus heutiger Sicht scheint aber klar zu sein, dass Verhandlungen über eine Neutralisierung der Ukraine erst dann beginnen (!) können, wenn sie mit dem Rückzug der Besatzungstruppen zumindest bis zur Kontaktlinie am 23. Februar verbunden ist und die Annexion der vier Bezirke revidiert wird. Das hat die Selenskyj-Regierung auch unmissverständlich klar gemacht – natürlich spricht sie vom Abzug Russlands aus allen besetzten Gebieten, aber in diesem Stadium operiert man auf der Bühne mit Maximalforderungen. Keine andere ukrainische Regierung wird davon abweichen können. Dem stehen Aussagen verantwortlicher Politiker Russlands gegenüber, die davon ausgehen, dass man die vier annektierten Gebiete nicht mehr zurückgeben wird. Dies ist das Dramatische der Annexionsentscheidung: Eine Rückgabe von Gebieten, die man für russisch erklärt hat, ist etwas anderes als ein bloßer Truppenrückzug. Die Hürde für einen Friedensschluss ist noch einmal beträchtlich nach oben gelegt worden. Wenn Putin diese Gebiete aufgibt, ist er nicht nur Kriegsverlierer, sondern auch noch Vaterlandsverräter.

Aber gerade aus dieser verfahrenen Situation wird man nur herauskommen können, wenn immer wieder darüber nachgedacht wird, wie eine dauerhafte und gerechte Friedenslösung aussehen könnte und welche Schritte auf dem Weg dahin eingeschlagen werden könnten. Öffentliche Debatten darüber schaden nicht.

Schritte zum Frieden

Der Friedensforscher Tobias Debiel etwa hat sich Gedanken gemacht, welche Handlungsperspektiven daraus folgen könnten, wenn man konzidiert, dass keine der beiden Seiten gewinnen kann (Debiel 2022). Seine fünf Punkte lauten:

1. Vorsichtige Schritte zur Vertrauensbildung. Dabei anknüpfend an die tatsächlichen Gesprächen über Gefangenaustausch, Getreidelieferungen etc.
2. ein Waffenstillstand, der Beobachtungs- und Verifikationsmechanismen sowie Garantiemächte erfordere. Damit kämen einflussreiche Länder ins Spiel, auch die UNO und die OSZE,
3. sicherheitspolitische Neutralität der Ukraine, die aber einen Beitritt zur EU erlaube
4. Verständigung über Krim und Donbas eher unwahrscheinlich, daher diese Konflikte „einfrieren“,
5. den Verhandlungskuchen vergrößern, dabei nicht nur über Aufbauhilfe für die Ukraine reden, sondern auch Verhandlungen zwischen NATO und Russland über Stationierung von Truppen und Waffensystemen in der Großregion eröffnen.

Die Vorschläge scheinen mir insgesamt nicht unvernünftig, allerdings halte ich den Punkt 4. für mehr als diskussionsbedürftig. Es ist m.E. keine gute und praktikable Idee, den militärischen Status Quo – zusätzlich zur Bereitschaft der Ukraine zu ihrer sicherheitspolitischen Neutralisierung (keine NATO-Mitgliedschaft) – einfrieren zu wollen.

a) sticht ein gavierender Unterschied zu den herangezogenen Beispielen eingefrorener Konflikte unmittelbar ins Auge: Bei Moldau/Transnistrien, Georgien/Südossetien/Abchasien sind infolge des Krieges Quasi-Staaten entstanden, die de facto von Moskau abhängig sind, die aber de jure selbständige Entitäten bilden. Im Falle der Ukraine hat sich Moskau diese Territorien direkt einverleibt. Dies hat auch praktische Konsequenzen. Es ist davon auszugehen, dass die Russische Föderation alles tun wird, um die jetzt annektierten Gebiete fest in das russische Staatsgebiet einzufügen. Die Verwaltung ist bereits russifiziert, das ganze Leben in diesen Bezirken auch (inkl. Sprachregelungen). Die dadurch ausgelöste Vertreibung eines großen Bevölkerungsteils ist heute schon Tatsache; „Einfrieren“ würde aber auch bedeuten, dass deren Rückkehr wenig wahrscheinlich ist.

b) ist die Dimension des Verlusts eine völlig andere. Die Verluste Moldaus, Georgiens oder Armenien (Berg Karabach) mögen hohe symbolische Bedeutung haben und sind gewiss mit schlimmen menschlichen Folgen verbunden, im Falle der Ukraine wiegt die Abtrennung eines Gebietes, das größer ist als Österreich, Schweiz und Liechtenstein zusammen schwer. Die Ukraine verlöre ihr ehemaliges Industriegebiet, das aber immer noch industrielle Kapazitäten bereithält, einen Teil des extrem fruchtbaren Schwarzerdegebiets und müsste Einschränkungen beim Zugang zum Schwarzen Meer in Kauf nehmen.

Insofern stimme ich mit Wolfgang Ischinger überein, der formuliert: *“Wenn dieser Krieg endet, sollte das nicht zu einem eingefrorenen Konflikt führen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Europa dauerhaft im Kriegsmodus leben muss. Dieser Krieg muss mit einem Frieden und nicht mit einem prekären bewaffneten Waffenstillstand enden, der vorhersehbar immer wieder gebrochen werden wird.”*
Ischinger (2022)

Die Vorstellung, dass die Ukraine sich mit einem Neutralitätsstatus begnügt, sich ggf. auch der EU nicht anschließen darf und sich mit der Abtrennung der eroberten Gebiete in der heutigen Form abfindet, läuft dann doch auf eine Unterwerfung unter die russischen Interessen hinaus. Es ist kaum vorstellbar, dass dies eine Grundlage für einen stabilen Frieden bilden könnte. Keine ukrainische Regierung wird sich damit abfinden.

Aber bleibt die Neutralität der Ukraine überhaupt noch auf der Tagesordnung? Spricht nicht Einiges dafür, dass sich nach dem russischen Angriff diese Position erledigt hat – wie es W. Ischinger formuliert? Andererseits ist es nicht von der Hand zu weisen, dass dieser Punkt in der russischen Perzeption zu den „Roten Linien“ gehört, die man daher auch zu beachten hat. Wenn ein solches Zugeständnis der Ukraine, zu einem rascheren Verhandlungsprozess und zu einem Waffenstillstand führen könnte, welche rationale Überlegung spricht dagegen, sich darauf einzulassen? Das gilt v.a. wenn man dadurch viele Menschenleben retten und weitere Zerstörungen vermeiden kann. Die diesbezüglichen Anmerkungen des Brigadegenerals a.D. der Bundeswehr, Erich Vad, sollten dabei zumindest beachtet werden (Vad 2023).

Noch einmal: Es bleibt zu hoffen, dass alle Signale zu einer Verhandlungsbereitschaft in ernsthafte Friedensgespräche einmünden, damit den Menschen, die unmittelbar in den Krieg involviert sind und die unter dessen Folgen besonders leiden, weiteres Unheil erspart bleibt. Es sind schon viel zu viele Menschen gestorben, als dass man einfach weitermachen sollte

Über den Krieg hinausdenken

Von einer (fatalen) Kaschmir-Lösung war die Rede und was sie für den weltpolitischen Kontext bedeuten könnte. In diesem Fall würde voraussichtlich auch eine dauerhafte Konfrontationssituation Ost/West geschaffen, die dem Gegenüber von NATO und Warschauer Vertrag im Kalten Krieg ähnlich sein könnte. Nun ist diese Konstellation ja 1989/90 untergegangen und die Frage ist: Kann man überhaupt etwas tun, um eine solche Lage erst gar nicht entstehen zu lassen.

Erinnern wir uns: Der Warschauer Vertrag mit der UdSSR an der Spitze implodierte, weil

- dieses Lager beim Wettrüsten nicht mithalten konnte.
- weil das Embargo-Regime die Schwächen der zentralstaatlichen Wirtschaftsweise schonungslos offenlegte und daher der sowjetisch geführte Block immer mehr ins Hintertreffen geriet (Arbeitsproduktivität, Pro-Kopf-Einkommen),
- weil die Bevölkerung in den meisten Staaten des Warschauer Pakts, das russisch-sowjetische Korsett einfach satt hatten und freier leben wollten,

- weil sich die utopischen Potenziale der sozialistischen Idee mit Blick auf die wirklichen Verhältnisse erschöpft hatten und diese Staaten keine attraktive Ausstrahlung mehr entwickeln konnten (nach innen wie nach außen)

Nun wollen wir weder ein Wettüben, noch ein Russland, das um Jahrzehnte zurückgeworfen wird. Das können wir uns alles nicht länger und nicht noch einmal leisten. Und trotzdem, auch wenn es nicht so ausgesprochen wird, scheint es bei den Regierenden der Ukraine-Allianz Kräfte zu geben, die mit einem Konzept „Kalter Krieg 2.0.“ nur auf einen langfristigen Wechsel in Russland setzen wollen. Das Festhalten der NATO an einer langen Aufrüstungsrunde (+ 2 Prozent) gehört prominent dazu. Aber auch die Erklärungen in der Öffentlichkeit, dass man sich auf eine sehr lange Zeit einer harten Systemkonkurrenz unter veränderten Vorzeichen einstellen müsse, tragen zu dieser Annahme bei. Und wenn wir an die Potenziale Chinas denken, die die Möglichkeiten des alten Sowjetblocks beträchtlich übersteigen dürften, kann diese Konstellation des Gegen- statt Miteinanders verdammt lange dauern.

Ein solches Sich-Einrichten im Konflikt darf nicht das letzte Wort gewesen sein. Hier sollten wir Joe Biden beim Wort nehmen, der bei der Begegnung mit Xi Ähnliches gesagt hat. Über Wege zur möglichst raschen Beendigung des Krieges nachzudenken, ist das Eine, auch heute schon Ideen und Vorstellungen zu entwickeln, wie es danach weitergehen soll das Andere. Diejenigen, die in dieser Weise über den Krieg hinaus denken wollen, geraten heute schnell an den Pranger, weil sie angeblich die Abwehrfront gegen Putin schwächen. Das ist kurzsichtig gedacht. Wie schon Egon Bahr sagte: Amerika ist unverzichtbar, Russland unverrückbar. Man wird sich arrangieren müssen. Verloren gegangenes Vertrauen wird wieder aufgebaut werden müssen, wenn wir – nach dem Krieg – zu einer stabilen Friedensordnung in Europa und darüber hinaus kommen wollen. Ich füge hinzu: Man wird sich auf andere Umgangsformen auch mit Russland verständigen müssen. Wenn Präsident Putin einen richtigen Punkt gemacht hat, dann der, dass „der Westen“, auf hohem Ross sitzend, die Russische Föderation nicht ausreichend respektvoll behandelt hat. Daran, dass die Vorstellungen der Moskauer Führungselite von der alten Weltmachtrolle auf Augenhöhe mit den USA nicht mehr den Realitäten entsprechen und schon dies als Kränkung wahrgenommen wurde, wird man nichts ändern können. Aber in puncto gemeinsame Sicherheitsinteressen und verlässliche Zusammenarbeit auf allen Ebenen, kann die Russische Föderation Entgegenkommen erwarten. Mehr noch: Perspektivisch wird Kooperation mit Russland (und China) kategorisch notwendig sein, wenn wir global die Pariser Klimaziele und die globalen Nachhaltigkeitsziele (SDG`s) erreichen wollen.

„Es ist die Aufgabe auch deutscher und europäischer Diplomatie, alles dafür zu tun, damit das Denken in Macht- und Einflusszonen nicht unumkehrbar wird. Eine weitsichtige und umfassende Außenpolitik bleibt auch heute unerlässlich.“ Darin ist dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich zuzustimmen. Daher wird es auch darauf ankommen, eine Friedensbewegung zu entwickeln, die ein solches Szenario mit klareren Vorstellungen über die Zeit danach unterstützen kann. Linke könnten eine solche Debatte anstoßen, statt nur in den alten Bahnen überwintern zu wollen.

Nachtrag zur aktuellen Diskussion über Waffenlieferungen und das Versagen der LINKEN

Zu Beginn des Jahres haben sich die Kämpfe um den Donbas erheblich zugespitzt. Erbittert wird um die Städte Soledar und Bachmut gekämpft. Die Putin-Armee hat beträchtliche Truppen zusammengezogen, die mit den Wagner-Söldnern als Stoßtruppe versuchen, eine Bresche in die ukrainischen Verteidigungsstellungen zu schlagen. Damit wäre nach den zahlreichen Niederlagen der letzten Monate (Cherson!) endlich wieder ein symbolträchtiger Sieg auf dem Kriegsschauplatz gewonnen, den Putin und die angeschlagene Militärführung dringend brauchen. Zugleich soll damit der Weg nach Kramatorsk und die übrigen Teile der Provinz Donezk freigeekämpft werden. Begleitet werden diese brutalen Gefechte nach wie vor durch die in Wellen vorgetragenen Terrorangriffe auf die gesamte Infrastruktur des Landes und Wohngebiete, die auf die Demoralisierung der ukrainischen Bevölkerung

zielen. Im Klartext: Die Ukraine soll zur Aufgabe des Widerstands und zur Unterwerfung gezwungen werden. Das Putin-Regime eskaliert den Krieg, von einer neuen Rekrutenmobilisierung und einer Frühjahrsoffensive ist die Rede, mit der Moskau endgültig das Blatt wenden will. Auch die Eröffnung einer zweiten Front an der belarussischen Grenze ist, nicht zuletzt wegen gemeinsamer Militärübungen, nicht auszuschließen. Geheimdienstberichten zufolge arbeiten die russischen Rüstungsfirmen auf Hochdruck. Dieweil begründen die Herren Putin und Lawrow ihre Siegeszuversicht auf die großen heroischen Leistungen des russischen Imperiums. Napoleon, der ganz Europa gegen die Russen mobilisiert hätte, wäre ebenso geschlagen worden wie Hitler, der bereits große Teile Europas erobert hatte. Dasselbe würde den USA widerfahren, die eine breite Allianz aufgebieten hätten (Wolff 2023). Nach Verhandlungsbereitschaft klingt das nicht.

Auf der anderen Seite hofft auch die ukrainische Führung, dass man mittels neuer westlicher Waffen die Vorstöße im Frühjahr beträchtlich verstärken könne. Und sie ist nicht bereit, sich den russischen Unterwerfungsforderungen zu beugen. Dies ist die Ausgangslage, aus der sich Anforderungen an eine Politik ableiten lassen (Starke/Weimann 2023). Daraus folgt, wenn man sich nicht von Illusionen leiten lässt, dass der Weg zu einem gerechten Frieden nur angebahnt werden kann, wenn die Ukraine dabei unterstützt wird, der russischen Aggression wirkungsvoll entgegenzutreten. Wenn die Ukraine kapitulieren muss, hat sich die Frage nach einem Verhandlungsfrieden erledigt.

Die vordringlichste Anforderung lautet gegenwärtig:

Die Ukraine braucht die militärischen Mittel, um sich gegen Artilleriefeuer, gegen Flugzeuge, taktische ballistische Raketen und Marschflugkörper verteidigen zu können. Daher ist es folgerichtig, wenn jetzt auch aus Bundeswehrbeständen oder die deutsche Wehrindustrie Mars II- Abwehrraketen, die Panzerhaubitze 2000 (Reichweiten zwischen 40 und 60 km), Iris-T oder PATRIOT-Abwehrraketen geliefert werden. Raketen mit längerer Reichweite, die für Angriffe auf russisches Territorium genutzt werden könnten, gehören nicht dazu. Das sollte weiterhin Tabu bleiben.

Welche Waffen geliefert werden sollen, folgt aus der Bewertung der Gefechtslage und der Dynamik des Krieges und damit der Logik des Krieges – ob es uns gefällt oder nicht.

Daher ist es auch konsequent, wenn darüber gesprochen wird, wie man einen russischen Vormarsch am Boden aufhalten und umkehren kann. Dazu brauchen die ukrainischen Streitkräfte gepanzerte Verbände. Welches Gerät hier in Betracht kommt, ergibt sich aus einer Bewertung der Kräfteverhältnisse. Deutsche Schützenpanzer isoliert zu liefern, ergibt militärisch wenig Sinn. Als Stoßkräfte werden Kampfpanzer benötigt. Schützenpanzer werden als Begleitschutz bzw. zur Heranführung von Infanteriegruppen eingesetzt. Dann reden wir über die Bestände des ukrainischen Heeres, über die Waffenlieferungen anderer Nationen. Und wir müssen reden über den Umfang dieser Panzerarmee und was damit erreicht werden soll (Sattar 2023). Die Kehrseite einer solchen, spezifischen Ausrüstung ist, dass man mit solchen Verbänden raumgreifende Offensiven durchführen kann. Will man das? Wie weit soll das gehen? Was bedeutet dieser Schritt in der Wahrnehmung Moskaus? Was bedeutet eine solche Militäreskalation für die Ukraine und die Menschen im Kriegsgebiet? Die gegenwärtig geplanten Lieferungen schwerer Panzer, inklusive deutscher LEO II-Panzer, haben diesen Punkt noch nicht erreicht und doch muss diese Debatte jenseits der stupiden Moralisation in den Medien und PR-Kampagnen wichtigere politischer*innen geführt werden.

Natürlich wirft diese extrem schwierige Ausgangslage auch verschärft die Frage nach einem Waffenstillstand und einer diplomatischen Lösung auf. Der Ruf nach Verhandlungen ist mit Blick auf die zu erwartenden Opfer des sich verschärfenden Krieges überaus verständlich. Aber die bittere Wahrheit ist auch, dass Friedensappelle, losgelöst von dieser harten Realität, gegenwärtig wenig bewirken. Die Wirklichkeit ist: Nur wenn Putin seine Felle wegschwimmen sieht, wird er einlenken.

Phrasen, Versprechen, Parolen

So laut, so leer

Phrasen, Versprechen, Parolen

Ich will mehr, ich will mehr, ich will mehr (AnnenMayKantereit)

Die Partei Die LINKE hat zuletzt wieder bekräftigt, dass sie den Angriffskrieg Putins verurteilt und mit der Ukraine solidarisch sei. Zugleich wendet sie sich weiter strikt gegen Waffenlieferungen an die Ukraine. Wie dies zusammengehen soll, „Solidarität mit der Ukraine“ zu rufen und sich zugleich dem zu verweigern, was dafür getan werden muss (die LINKE wendet sich ja sogar gegen harte Wirtschaftssanktionen, die die Möglichkeiten des Putin-Regimes, Krieg zu führen, einschränken sollen), bleibt das Geheimnis der Partei. Mit der Lieferung von Kampfpanzern gerate Deutschland immer „näher an den Rand einer Kriegsbeteiligung“ (Handelsblatt vom 9. Januar 2023). Ihr Co-Chef Martin Schirdewan ergänzt, dass sich der Krieg durch Waffenlieferungen „zu einer größeren internationalen Konflikt ausweiten“ könne und sich damit das Risiko vergrößere, „dass andere Länder, auch Deutschland, in diesen Krieg mit hineingezogen werden“. Merkwürdige Aussagen: Der Krieg gegen die Ukraine ist doch längst ein internationaler Großkonflikt und die NATO-Mitgliedstaaten plus weitere sind zwar nicht unmittelbar Kriegspartei (und dürfen es auch nicht werden), sind aber schon lange „hineingezogen“ worden, weil man der Ukraine solidarisch zur Seite stehen will. Worauf will die Führung der Partei Die LINKE also hinaus? Glaubt sie, dass mit der Einstellung der Waffenexporte in die Ukraine, der Krieg beendet wäre? Welcher Frieden wäre das? Dazu gibt es keine Aussagen. Die Risiken, die mit der militärischen Unterstützung einhergehen, bestanden von Anfang an. Es sei noch einmal an die wutschnaubende Rede des Autokraten im Kreml erinnert, der vor jeglicher Einmischung schon am Beginn des Krieges gewarnt hat. Hätte man davor einknicken und die Aggression einfach hinnehmen sollen? Soll man heute der Ukraine empfehlen, die Waffen zu strecken?

Putin ist nicht gleich Hitler. Sein Angriffskrieg ist kein Griff nach der Weltherrschaft. Aber es bleibt ein Frontalangriff auf eine Völkerrechtsordnung, die zwischenstaatliche Gewalt ächten will und der Krieg ist mit der Absicht verbunden, anderen Völkern eine repressive Ordnung aufzwingen zu wollen – von der Unterdrückung im eigenen Land nicht zu reden. Insofern sind die historischen Erfahrungen mit der Appeasement-Politik gegenüber Nazi-Deutschland in den dreißiger Jahren nicht einfach in den Wind zu schlagen. Will die LINKE dieses historische Versagen (siehe dazu: Boverie 2021), das damals auch von linken Organisationen und Strömungen (wie der Kommunistischen Partei der USA) verantwortet wurde, wiederholen oder möchte sie daraus lernen: Linke Politik sollte darin bestehen, dem Verbrechen des Angriffskrieges, soweit wie möglich, Widerstand entgegenzusetzen. No Pasaran! Dies gilt im übrigen nicht nur für die Ukraine, sondern auch für die Verhinderung des Völkermords an den Jessiden durch den Islamischen Staat. Aber auch da hatte sich die LINKE für verbalen Protest entschieden. Und wer künftig glaubhaft gegen mögliche Aggressionen von NATO-Mitgliedsstaaten - in Rojava beispielsweise - auftreten will und Aktionen der Internationalen Gemeinschaft gegen solche Kriegshandlungen einfordert, muss dieselben Kriterien auf den russischen Krieg anwenden.

Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Dietmar Bartsch, hat eine Europäische Friedensinitiative gefordert (ebenfalls Handelsblatt vom 9.1.2023). Was soll das sein? Der Entwurf eines Friedensvertrages, über die Köpfe der Ukrainer*innen hinweg und an anderen Alliierten vorbei? Oder die zehnte Wiederholung eines Appells, die Waffen ruhen zu lassen? Soll die EU die beiden Seiten zu einem Friedensgespräch einladen? Weder die Ukraine (die mehr auf die USA und Großbritannien setzt), noch die Russische Föderation (die auf Augenhöhe mit den USA verhandeln will) werden das sonderlich ernst nehmen. Das ist traurig aber wahr. Soll „Europa“ (ist damit die EU gemeint?) die unumgänglichen Sicherheitsgarantien für die künftige Bewahrung des Friedens im Osten Europas geben? Worauf gestützt, wenn man EU-Rüstungsbemühungen doch grundsätzlich ablehnt?

Das ist Pseudo-Politik, aus der Verlegenheit geboren, als Bundestagsfraktion zumindest den Eindruck erwecken zu wollen, dass man zur Sache etwas Konkretes beizutragen habe. Mit der konkreten Reali-

tät haben solche „Initiativen“ nichts zu tun. Sie sollen nur die vorhandenen Widersprüche und die mit Händen zu greifende Politikunfähigkeit der Partei verschleiern. Wenn Die LINKE wieder auf die Beine kommen will – und das ist bitter nötig – wird sie sich auf eine wirklichkeitstaugliche Außen- und Friedenspolitik auf der Basis des Leitbildes des gerechten Friedens“ und der strikten Beachtung des Völkerrechts und der Menschenrechte verständigen müssen.

Literatur:

Adler, Sabine (2022): Die Ukraine und wir. Deutschlands Versagen und die Lehren für die Zukunft, Berlin

Ambühl, Michael/Meier, Nora/Thürer, Daniel (2022): Verhandeln – aber wie? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.05.2022

Artiuk, Volodymyr; Fedirko, Taras (2022): No, the West Didn't Halt Ukraine's Peace Talks with Russia, unter: <https://novaramedia.com>, abgefragt am 14.01.2023

Ashford, Emma (2022): The Ukraine War Will End with Negotiations, in: Foreign Affairs, October 31, 2022

Balibar, Etienne (2022): Das ukrainische Paradox. Die Entstehung der Nation aus dem Geist des Krieges, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8`22, Berlin

Benedikter, Roland (2022): Putins Krieg gegen die Ukraine und die Grenzen des Autoritarismus, Zeitschrift Sozialimpulse, Juni 2022

Boverie, Tim (2021): Mit Hitler reden. Der Weg vom Appeasement zum Zweiten Weltkrieg, Hamburg

Brandt, Peter/Gießmann, Hans Joachim/ Neuneck, Götz (2022): „...aber eine Chance haben wir“. Zum 100. Geburtstag von Egon Bahr, Bonn

Cooley, Alexander/Nexon, Daniel (2020): Exit from Hegemony. The Unraveling of the American Global Order, Oxford

Davies, Franziska (2022): Desinformationsexpertin – Russland, Ukraine und Frau Krone-Schmalz, in: Osteuropa

Debiel, Tobias, Interview in Focus, 17.8.2022

Dörre, Klaus (2022): Kontrollverluste, Autoritarismus und Exterminismus in der Großen Transformation. In: Frankenberg, Günter/ Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Treiber des Autoritären. Pfade von Entwicklungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt am Main

Eagleton (2022): Liz Truss Doesn't Care About Stopping the War in Ukraine, unter: <https://novaramedia.com>, abgefragt am 14.01.2023

Fischer, Sabine (2022): Friedensverhandlungen im Krieg zwischen Russland und der Ukraine: Mission impossible, SWP-Aktuell 2022(A66, 28.10.2022

Furet, Francois (1996): Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München

Ganser, Helmut W. (2022): Offenes Winterfenster, in: ipg-Journal vom 22.12.2022

Gießmann, Hans Joachim/Schäfer, Paul (2019): Friedensverhandlungen und Friedensverträge in: Hans Joachim Gießmann, Bernhard Rinke (Hg.), Handbuch Frieden, 2. Auflage, Wiesbaden 2019.

Herbert, Ulrich (2022): „Mit Hitler hat das nichts zu tun“, Interview in der taz vom 05.07.2022

Ischinger et al. (2015): Back to Diplomacy Back to Diplomacy. Final Report and Recommendations of the Panel of Eminent Persons on European Security as a Common Project November 2015.
www.osce.org

Ischinger, Wolfgang (2022): Zehn Punkte für den Frieden. In: Handelsblatt vom 29. Dezember 2022

Ischtschenko, Volodymir (2022): Towards the Abyss, Interview in: New Left Review, Januar/April 2022

Ischtschenko, Volodymir (2022): Wer kann diesen Krieg wollen? In; Jakobin 10`22

Jaitner, Felix (2022): Von autoritären Umbrüchen bis zum Krieg, Z, Nr. 130/2022

Kagarlitsky, Boris (2022): Nationwide Protest of Putin`s War. And Exodus From Putin`s Russia, in: The Nation, 21. Oktober 2022

Kahrs, Horst/ Lederer, Klaus (2022): Linkspartei in der Existenzkrise. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6`22

Kappeler, Andreas (2022): Kleine Geschichte der Ukraine, 8. Auflage, München

Khrushcheva, Nina L. 2022: The Origins of Putin`s Totalitarianism, in Social Europe, 29.04.2022

Koenen, Gerd (2020): Der Russland Komplex, 2. Auflage, München

Krause, Norbert (2022): Der Rückzug, Kiew, Butscha und Boris Johnson: Woran die ersten Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und Russland scheiterten. In: Nachdenkseiten vom 12. Dezember 2022

linXXnet (2022): Ukraine und Russland. Flugschrift eines Leipziger Projekts, unter: www.linXXnet.de

Majed, Ziad (2021): Syriens verwaiste Revolution, Hamburg

Martens, Zanda (2022): *Bedenke das Ende*, in: ipg-Journal, 07.11.2022

Merkel, Reinhard (2022):Verhandeln heißt nicht kapitulieren. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.12.2022

Münkler, Herfried (2022): Verhandeln, aber wie? Gastkommentar in der Neuen Zürcher Zeitung am 30.7.2022

Münkler, Harald (2023): Von Putin bis Erdogan: Wie pazifiziert man die Revisionisten? In: Blätter für deutsche und internationale Politik 1`23

Mützenich, Rolf (2022): Das Ende des nuklearen Tabus, in: ipg-Journal vom 12.10.2022

Plokyh, Serhii (2022): Die Frontlinie. Warum die Ukraine zum Schauplatz eines neuen Ost-West-Konflikts wurde. Hamburg

Putin, Wladimir (2018): Dokumentation der Rede= Putin und Russlands neue Waffen, unter: <https://augengeradeaus.net/2018/03>. Abgefragt am 18.01.23

- Putin, Wladimir (2021): Gastbeitrag in der „Zeit“ vom 22. 6. 2021: Offen sein, trotz der Vergangenheit.
- Putin, Wladimir (2021): On the Historical Unity of Russians and Ukrainians, 12.07.2021.
<http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181>
- Putin, Wladimir (2022 a.): Rede an die Nation vom 21.02.2022; <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/putin-rede-21.2.2022/>
- Putin, Wladimir (2022 b.): Rede vor dem Valdai-Forum am 27.10.2022; Botschaft der Russischen Föderation.pdf
- Romanciuk, Roman (2022): From Zelenskyy`s „surrender“ to Putin`s surrender: how to negotiate with Russia are going, In Ukrainska Pravda, 5. Mai 2022
- Ryan, Missy/Hudson, John/Sonne, Paul (2022): U.S. privately asks Ukraine to show it`s open to negotiate with Russia, in: The Washington Post, 05,11.2022
- Sachs, Jeffrey et al. (2022): Erreichen eines gerechten und dauerhaften Friedens in der Ukraine, in: Karenina vom 20.06.2022
- Sasse, Gwendolyn (2022): Der Krieg gegen die Ukraine, München
- Sasse, Gwendolyn (2023): Die Krim – annektiert, nicht befriedet, in: FAZ vom 5.1.2023
- Sattar, Majid (2023): Zwischen Risikoabwägung und Lageveränderung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. Januar 2023
- Schäfer, Paul (2022): In welches Dilemma uns Putins Krieg gestürzt hat und wie wir da wieder rauskommen, Homepage www.paulschaefer.info
- Scherbakowa, Irina/ Schlögel, Karl (2015): Der Russland-Reflex, Hamburg
- Schlichte, Klaus M. (2022): in: 3x Ukraine. Zur Politischen Soziologie eines Angriffskrieges. Leviathan Heft 3/22, S. 413-438
- Schlögel, Karl (2022): Entscheidung in Kiew. Ukrainische Lektionen, 4. Auflage, Frankfurt a.M.
- Schlögel, Karl (2022): Grenzland Europa. Unterwegs auf einem neuen Kontinent, München
- Schmies, Oxana (ed.) (2021): NATO`s Enlargement and Russia, Stuttgart
- Scholz, Olaf (2022): Es wird keinen Diktatfrieden geben, Interview, im Kölner Stadt Anzeiger vom 12.11.2022
- Schröter, Susanne (2022): Global gescheitert? Der Westen zwischen Anmaßung und Selbsthass, Freiburg
- Seddon, Max; Olearchyk, Roman; Masoudi, Arash (2022): Ukraine and Russia explores neutrality plan in peace talks, in: Financial Times vom 16.3.2022
- Shapiro, Jeremy (2022): Wir schlittern auf einen Atomkrieg zu, in: ipg-Journal vom 20.10.2022
- Starke, Christoph/Weimann, Joachim (2023): Der Krieg und die Macht der Verhandlung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Januar 2023
- Vad, Erich (2023): Was sind die Kriegsziele? Interview mit der Zeitschrift EMMA, 12.01.23.

Veser, Reinhard (2022): Mord durch Hunger. Streit über die Vergangenheit: Der Holodomor, die Ukraine und Russland. In: Frankfurter Allgemeine vom 28.11.2022, S. 8

Volmer, Ludger (1997/98): Rede vor dem Dt. Bundestag am 26.6. 1997. Mehr dazu in seinem Buch: Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis, Münster 1998

Wisotzky, Fabian (2022): Zurück zum russischen Imperium. Zur Geschichtspolitik Putins, www.rosa-luxemburg-stiftung. Analysen/02.03.2022, in Dossier Ukraine.

Wolff, Stefan(2023): Ukraine: the Kremlin`s misinformation. In: Social Europe. 20. Januar 2023

ZDF (2022): Dokumentarfilm „Generation Euromaidan – Sehnsucht nach Demokratie“, ausgestrahlt im ZDF am 14.11.2022

Zellner, Wolfgang (2022): Krieg bis zur Erschöpfung? In: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/22

Zhadan, Serhij (2022): Freiheit ist Freiheit. Niedertracht ist Niedertracht. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2022

Zhurzenko, Tatiana (2010): Borderlands into Bordered Lands. Geopolitics of Identity in Post-Soviet Ukraine. Stuttgart

Zhurzenko, Tatiana (2022): Ukraine – die erstarkte Nation. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6`22, Berlin